

# KONJUNKTUR AKTUELL

Berichte und Analysen zur wirtschaftlichen Lage

April 2008



# *Bericht über die wirtschaftliche Lage*

REDAKTIONSSCHLUSS: 21. APRIL 2008

REDAKTION: ABTEILUNG FÜR VOLKSWIRTSCHAFTLICHE ANALYSEN

*Die Beiträge für das erste Kapitel wurden von den Abteilungen für volkswirtschaftliche Analysen, die Analyse wirtschaftlicher Entwicklungen im Ausland, Integrationsangelegenheiten und Internationale Finanzorganisationen, Aufsichts- und Monetärstatistik sowie Außenwirtschaftsstatistik und Finanzierungsrechnung erstellt.*

# INHALT

<b>BERICHT ZUR WIRTSCHAFTLICHEN LAGE</b> .....	3
<b>ÜBERBLICK</b> .....	4
<b>AUSLAND</b> .....	6
<b>ÖSTERREICH</b> .....	13
<b>FINANZMÄRKTE</b> .....	20
<b>WIRTSCHAFTS- UND WÄHRUNGSPOLITIK IN DER EUROPÄISCHEN UNION</b> .....	23
<b>INTERNATIONALE ORGANISATIONEN UND SONSTIGE INTERNATIONALE GREMIEN</b> .....	27
<b>BERICHT ÜBER DIE WIRTSCHAFTLICHE LAGE</b> .....	29
<b>GRAFIKEN UND TABELLEN</b> .....	29

## **Bericht zur wirtschaftlichen Lage**

## Überblick

*Die Auswirkungen der Finanzturbulenzen, hohe und steigende Rohölpreise sowie anhaltend hohe Preise für Nahrungsmittel beeinträchtigen die Weltwirtschaft erheblich. In den letzten Monaten und Wochen sind Banken zunehmend in Schwierigkeiten geraten. Nach Schätzungen des IWF drohen dem internationalen Finanzsystem durch die Turbulenzen Verluste von bis zu 1.000 Mrd USD. Im Rahmen der Frühjahrstagung des IWF verabschiedete die G7-Gruppe einen Aktionsplan zur Eindämmung der akuten Krise wie auch vorbeugende Maßnahmen.*

*Die Erwartungen für das weltweite Wirtschaftswachstum wurden vom IWF im World Economic Outlook vom Frühjahr mit 3,7% für das Jahr 2008 deutlich nach unten revidiert. Insbesondere gibt es Rezessionsbefürchtungen für die US-Wirtschaft. Dagegen bleibt die Konjunktur in den asiatischen Gebieten (Ausnahme Japan) dynamisch, auch in Ost-, Süd- und Südosteuropa bleibt das Wachstum robust. In der EU und im Euroraum ist die Wirtschaftsentwicklung solide, allerdings gehen die Prognosen von erheblich gedämpften Wachstumsraten für heuer aus. Österreichs Volkswirtschaft behauptet sich noch gut, eine Verflachung ist voraussichtlich aber im 2. Halbjahr 2008 zu erwarten. Der österreichische Arbeitsmarkt ist weiter in einer sehr guten Verfassung: Die Beschäftigung steigt kräftig, die Arbeitslosigkeit geht zurück und das Stellenangebot verbesserte sich in den ersten Monaten 2008 abermals.*

*Infolge der anhaltenden Rohölpreishausse auf mittlerweile weit über 100 USD/Barrel und Preiserhöhungen bei Lebensmitteln ist der Inflationsdruck hoch bzw. hat sich rezenten Daten zu Folge noch beschleunigt. Dies gilt für die EU wie auch für den Euroraum. Die Inflationsraten in der EU-27 bewegten sich im März 2008 in einer Bandbreite von 1,9% (Niederlande) bis 16,6% (Lettland). Österreich liegt mit 3,5% zwar leicht unter dem Durchschnitt des Euroraums, allerdings nahm der Preisauftrieb gegenüber den beiden Vormonaten insbesondere durch die kräftigen Verteuerungen bei Treibstoffen wieder deutlich zu. Im Euroraum wurde mit 3,6% (März 2008) die höchste Preissteigerung seit Bestehen der Währungsunion verzeichnet. In seiner Sitzung am 10. April 2008 ließ der EZB-Rat die Leitzinsen unverändert.*

*In den USA liegt die Steigerung der Verbraucherpreise bei 4% (Februar 2008), auch in Japan führten die teureren Rohstoffimporte zu einer – wenngleich auf sehr niedrigem Niveau - leichten Inflationsbeschleunigung auf 1,0%, nachdem sich das Preisniveau Jahre davor kaum bewegt hat.*

*Die Korrektur auf dem US-Häusermarkt setzt sich fort: Der Rückgang der „housing starts“ hielt auch im Februar an, fiel jedoch weniger kräftig aus als in den Vormonaten. Die Verkäufe bestehender Immobilien lagen um fast 24% unter dem Wert des Vorjahresmonats. Die Preise sinken seit 19 Monaten, wobei sich der Preisrückgang in den letzten Monaten beschleunigt hat. Die rückläufigen Häuserpreise sowie der gesunkene Wert des Finanzvermögens haben im vierten Quartal 2007 erstmals seit 5 Jahren zu einem Rückgang des Nettovermögens der*

*privaten Haushalte geführt. Die Wachstumsprognosen für 2008 für die USA wurden deutlich zurückgenommen, z.B. vom IWF auf +0,5%. Die US-Notenbank rechnet - trotz kräftiger Leitzinssenkungen und Liquiditätshilfen - für das erste Halbjahr 2008 mit einer Rezession.*

## **Ausland**

### **Euroraum**

#### *Inflation erreicht neue Höchstwerte*

Im Februar 2008 erreichte die HVPI-Inflationsrate mit 3,3% gemäß Eurostat den höchsten Wert seit Beginn der Währungsunion<sup>1</sup>. Im März beschleunigte sich die Teuerungsrate sogar auf 3,6%. Die Kerninflationsrate (ohne unverarbeitete Nahrungsmittel und Energie) betrug im Februar 2,4% und lag damit um einen halben Prozentpunkt über dem Vorjahreswert. Dieser Anstieg reflektiert vor allem das Anziehen der Preise von verarbeiteten Lebensmitteln.

Seit September 2007 hat sich die Inflationsrate stark erhöht und überschritt im November die 3%-Marke. Die Ursachen liegen vor allem im weltweiten Anstieg der Rohstoffpreise. In einigen Ländern des Euroraums treiben aber auch strukturelle Faktoren (z.B. mangelnde Konkurrenz im Einzelhandel) oder konjunkturelle Faktoren (hohe private Konsumnachfrage in Spanien) die Preise. Die daraus resultierende Verteuerung von Lebensmitteln und von Energie wird durch die fast tägliche Kaufentscheidung besonders spürbar. Die beiden größten Unterkomponenten des HVPI, Dienstleistungen und nicht-energetische Industriegüter, unterliegen hingegen noch keiner wesentlichen Beschleunigung ihrer Inflationsraten, wenngleich der Preisdruck auf den vorgelagerten Produktionsstufen recht hoch ist.

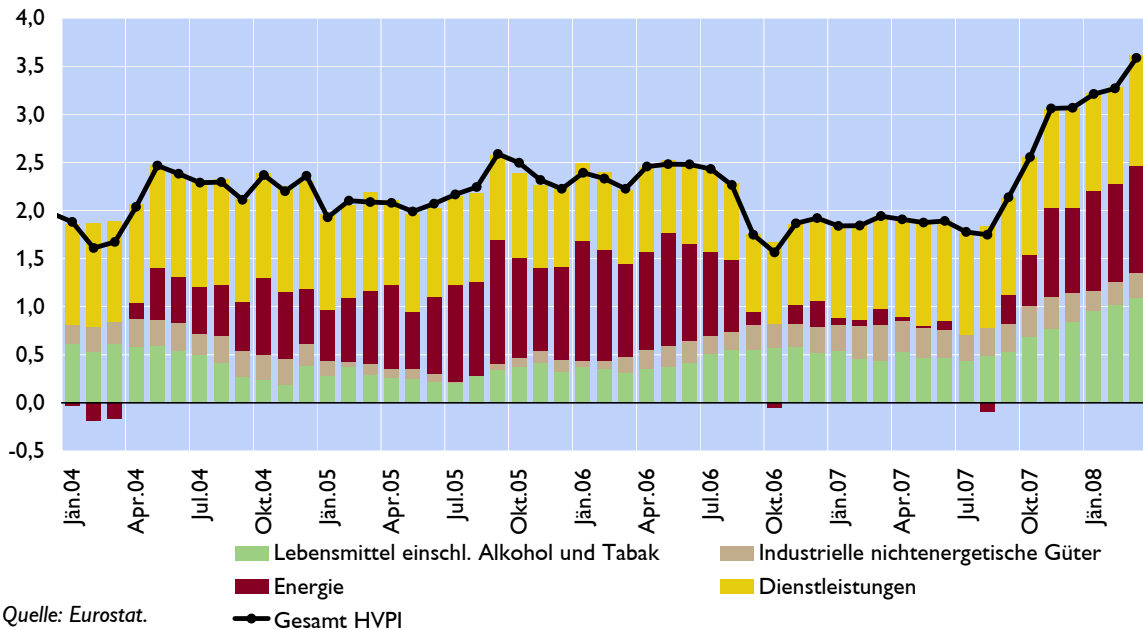
---

<sup>1</sup> Für Mai 2001 wurde bereits eine HVPI-Inflationsrate von 3,4% ausgewiesen, diese wurde aber später im Zuge von methodischen Änderungen auf 3,1% revidiert.

## Komponenten des HVPI

in Prozentpunkten

Letzter Wert: Mär. 08



Nach seinem neuerlichen Rekordstand von Mitte März 2008 bei USD 108,39 bewegte sich der Rohölpreis im Bereich der 100-Dollar-Marke. Der Durchschnittspreis lag im März bei 103,4 USD, das ist um 66% höher als im März des Vorjahres. In Euro gerechnet fiel der Anstieg mit 41% wesentlich geringer aus, wobei der Durchschnittspreis im März 66,16 EUR betrug. Mitte April 2008 wurden neuerliche Höchststände der Ölpreise von mehr als 110 USD/Barrel für die Sorte Brent verzeichnet. Ein Grund für die fortgesetzte Rohölpreishausse trotz Finanzmarkturbulenzen dürfte die ungebremste Nachfrage aus aufstrebenden Märkten sein sowie die Tatsache, dass Rohstoffe als Asset-Klasse gegenüber Finanzwerten attraktiver werden. Die offensichtliche negative Korrelation mit dem sinkenden US-Dollar verstärkt diesen Trend<sup>2</sup>. Daneben spielen wieder geopolitische Spannungen (Irak) sowie die OPEC-Entscheidung, die derzeitigen Fördermengen bis Ende Sommer beizubehalten, eine gewisse Rolle.

Gemäß der aktuellen Prognose der EZB-Experten soll die Inflationsrate im Jahresdurchschnitt 2008 zwischen 2,6% und 3,2% liegen, um dann im Folgejahr auf zwischen 1,5% und 2,9% zu sinken. Gegenüber den Projektionen des Eurosystems vom Dezember 2007 bedeutet dies eine Aufwärtsrevision um bis zu einem Prozentpunkt.

### *Vorlaufindikatoren deuten auf schwächeres BIP-Wachstum*

Im vierten Quartal 2007 ist das BIP im Euroraum laut Eurostat um 0,4% gestiegen; das bedeutet einen Rückgang um 0,3 Prozentpunkte gegenüber dem Vorquartal. Insgesamt

<sup>2</sup> Siehe: Andreas Breitenfellner, Jesus Crespo Cuaresma: Crude Oil Prices and the USD/EUR Exchange Rate: A forecasting Exercise. Mimeo.



pendelte sich das Wirtschaftswachstum im Euroraum im Verlauf von 2007 mit 2,6% über dem Potenzialwachstum ein. Das Wachstum des vierten Quartals wurde vor allem vom Außenbeitrag (+0,4 Prozentpunkte) getragen. Wichtige Konjunkturstütze waren auch die Bruttoanlageinvestitionen (+0,2 Prozentpunkte). Der Wachstumsbeitrag der anderen Komponenten war negativ.

Eine Fortsetzung der Wachstumsschwäche im laufenden Jahr ist unter anderem vom *Economic Sentiment Indicator* der EU-Kommission abzuleiten, der im März unter den historischen Mittelwert gesunken ist.

Gemäß der Prognose der EZB-Experten vom März 2008 soll die BIP-Wachstumsrate im Jahresdurchschnitt 2008 zwischen 1,3% und 2,1% zu liegen kommen; gegenüber Dezember 2007 wurde die Prognose damit um 0,6 Prozentpunkte nach unten revidiert.

### *Einkommen und Transfers passivieren Leistungsbilanz*

Im Jänner 2008 verzeichnete der Euroraum saisonal bereinigt ein im langfristigen Vergleich hohes Leistungsbilanzdefizit von 11 Mrd EUR (unbereinigt: -19 Mrd EUR). Gegenüber dem Vormonat, in dem bereits ein Passivum von rund einem Drittel des aktuellen Ausmaßes verbucht worden war, kippten Einkommen und Laufende Übertragungen per saldo in hohe Mittelabflüsse (- 5 und - 10 Mrd EUR). Dem gegenüber verbesserten sich die Salden aus dem Güter- und Dienstleistungshandel gegenüber Drittstaaten (ausgeglichenes Ergebnis bzw. 4 Mrd EUR). Die Güterexporte, die im Vormonat rückläufig waren, nahmen im Jänner deutlich stärker zu als die Importe (nominell jeweils +4,1 bzw. +2,5%).

## **USA**

### *USA: Deutliche Wachstumsabschwächung bei gestiegener Inflation, starke Abwärtsrevision der BIP-Prognose*

Nach einer sehr dynamischen konjunkturellen Entwicklung im dritten Quartal 2007 verlangsamte sich das annualisierte reale BIP-Wachstum im letzten Quartal 2007 markant auf 0,6% zur Vorperiode. Während rückläufige Wohnbauinvestitionen sowie der Lagerabbau negative Wachstumsbeiträge lieferten, legten auch die bisherigen Wachstumsstützen - Konsumausgaben und Nettoexporte - schwächer zu. Darin spiegeln sich die Auswirkungen der Immobilien- und Kreditkrise wider. Das Wachstum im Gesamtjahr 2007 war mit 2,2% das schwächste seit 2002.

Für 2008 deuten die jüngsten US-amerikanischen Konjunkturindikatoren in Richtung einer weiteren Wachstumsdämpfung. Konkret gibt es einen erneuten Rückgang des Konsumentenvertrauens im März, schrumpfende Einzelhandelsumsätze, eine schwache Industrieproduktion sowie den fünften Monat in Folge einen rückläufigen Index der Vorauseilenden Indikatoren des Conference Board. Generell wurden die Wachstumsprognosen für 2008 deutlich zurückgenommen, z.B. vom IWF auf +0,5%. Die US-Notenbank rechnet für das erste Halbjahr 2008 mit einer Rezession.

Der seit Herbst 2007 steigende Inflationsdruck hat zuletzt etwas nachgelassen. Die Verbraucherpreise erhöhten sich im Februar 2008 im Jahresabstand um 4,0%. Die im Februar auf 2,3% gesunkene Kerninflation lag weiter über der Komfortzone der US-Notenbank. Diese erwartet für das Gesamtjahr 2008 einen abschwungbedingten Rückgang des Anstiegs der Verbraucherpreise auf 2,1 bis 2,4%.

Die Lage auf dem US-Arbeitsmarkt hat sich deutlich verschlechtert. So verringerte sich von Jänner bis März 2008 die Zahl der Stellen außerhalb der Landwirtschaft bereits in drei aufeinanderfolgenden Monaten. Die Arbeitslosenquote erhöhte sich im März kräftig um 0,3 Prozentpunkte auf 5,1%.

### *Weitere Verschärfung der US-Immobilien- und Finanzmarktkrise*

Die Korrektur auf dem US-Häusermarkt setzt sich fort: Der Rückgang der „housing starts“ hielt auch im Februar an, fiel jedoch weniger kräftig aus als in den Vormonaten. Die Verkäufe bestehender Immobilien sind zwar im Februar gegenüber dem Vormonat leicht gestiegen (+2,9%), sie lagen allerdings um fast 24% unter dem Wert des Vorjahresmonats. Da der Bestand an unverkauften Häusern aber nach wie vor sehr hoch ist wird der Abwärtsdruck auf Baubeginne und Preise von Wohnimmobilien anhalten. Die Preise sinken seit 19 Monaten, wobei sich der Preisrückgang in den letzten Monaten beschleunigt hat. Die rückläufigen Häuserpreise sowie der gesunkene Wert des Finanzvermögens haben im vierten Quartal 2007 erstmals seit 5 Jahren zu einem Rückgang des Nettovermögens der privaten Haushalte geführt.

Banken sind wegen Verlusten und Abschreibungen als Folge der Subprime-Krise bei der Kreditvergabe weiterhin sehr zurückhaltend. Nach Schätzungen des IWF drohen dem internationalen Finanzsystem durch die Krise Verluste von bis zu 1.000 Mrd USD. Es geraten immer mehr Banken in Schwierigkeiten. Die Investmentbank Bear Stearns wurde Mitte März in einer konzertierten Aktion von Fed und JP Morgan gerettet.

### *Kräftige Leitzinssenkungen und Liquiditätshilfen seit September 2007*

Seit September 2007 senkte die Fed den Leitzins in sechs Schritten um insgesamt 300 Basispunkte und damit stärker und schneller als nach dem Platzen der Internetblase und den Terroranschlägen vom 11. September 2001. Die letzte Senkung des Zielsatzes für die Fed Funds Rate angesichts der jüngsten Zuspitzung der Finanzmarktkrise erfolgte am 18.3., und zwar um 75 Bp auf 2,25%. Gleichzeitig wurde der Diskontsatz im selben Ausmaß auf 2,5% zurückgenommen. Die Bedeutung des Diskontsatzes ist seit Schaffung der Primary Dealer's Credit Facility am 16.3. gestiegen, da sie ebenfalls zu diesem Satz vergeben wird. Diese Fazilität gehört zu dem umfangreichen Auffangnetz, das in den vergangenen zwei Wochen für den Finanzsektor geknüpft wurde. Die nächste FOMC-Sitzung findet am 29./30. April statt.

## **Japan**

### *Gebremste Wachstumsaussichten, gestiegene Verbraucherpreise*

Trotz globaler Finanzmarktkrise beschleunigte sich in Japan das reale BIP-Wachstum im vierten Quartal 2007 im Vorquartalsabstand auf 0,9%. Robuste Bruttoanlageinvestitionen sowie anhaltend hohe Exporte stützten das Wachstum. Die private Bautätigkeit im Inland war hingegen infolge strengerer Bauvorschriften weiter rückläufig. Wachstumsmotor im Gesamtjahr 2007 waren erneut die Exporte, während der positive Beitrag des privaten Konsums schwächer als im Jahr zuvor ausfiel, sodass sich der BIP-Zuwachs leicht – auf 2,1% – verlangsamte.

### ***Wachstumsabschwächung für 2008 erwartet***

Für 2008 wird eine weitere Abschwächung der konjunkturellen Dynamik in Japan erwartet. Der IWF und die OECD nahmen ihre Wachstumsprognosen auf jeweils 1,4% zurück. Als Gründe dafür werden eine schwächere globale Nachfrage und eine nur zögerliche Erholung der inländischen Baubranche angeführt. Die Quartalsumfrage der Zentralbank (Tankan) signalisiert eine deutlich verschlechterte Stimmung bei den japanischen Unternehmen. Die Regierung erwartet für das am 1. April begonnene Fiskaljahr ein reales BIP-Wachstum von 2,0%.

Während sich der anhaltende Abwärtsdruck bei den Löhnen dämpfend auf die Verbraucherpreisentwicklung auswirkt, beginnen gestiegene Importpreise bei Rohstoffen inflationserhöhend zu wirken. So beschleunigten sich der Anstieg des VPI im Februar im Vorjahresvergleich und die entsprechende Änderungsrate in der Kerninflation auf jeweils 1,0%.

## **Asien**

### ***Robuste Konjunktur zunehmend von Binnennachfrage gestützt; steigende Verbraucherpreise***

In den aufstrebenden Volkswirtschaften Asiens (ohne Japan) setzt sich das robuste Wirtschaftswachstum fort. Der IWF erwartet eine leichte Abschwächung auf 8,1% (2007: 9,7%) im laufenden Jahr. Die Wachstumsmotoren sind weiterhin China und Indien.

Das reale BIP-Wachstum in China beschleunigte sich 2007 weiter auf 11,4%. Nun soll über eine straffere Kredit- und Geldpolitik die hohe Investitionsnachfrage gezügelt werden. Zudem wurde die Politik der moderaten graduellen Aufwertung des Yuan gegenüber dem US-Dollar Ende 2007 etwas gelockert, sodass der Yuan seither deutlicher aufwertete. Trotz eines Preisstopps für administrierte Preise beschleunigte sich der Anstieg der Verbraucherpreise im Februar 2008 auf 8,7% weiter. Ursache dafür waren insbesondere die anziehenden Nahrungsmittelpreise. Der nationale Volkskongress erklärte den Kampf gegen die Preissteigerungen zum vorrangigen Ziel und erwartet für das Gesamtjahr 2008 einen Anstieg des VPI um 4,8%. Auch in den meisten Ländern Asiens ist der Inflationsdruck infolge hoher Preise bei Nahrungsmitteln und Rohstoffen weiter stark. In Indien setzte sich die konjunkturelle Dynamik leicht abgeschwächt fort. Die insgesamt guten Konjunkturaussichten für Asien werden zusehends von der Inlandsnachfrage untermauert, während eine geringere Auslandsnachfrage, verschärfte

Finanzierungsbedingungen und die geldpolitische Straffung in etlichen Ländern das Wachstum dämpfen werden.

### **EU-Mitgliedsstaaten in Zentral-, Ost- und Südosteuropa**

#### **Stärkeres Wachstum in der Slowakei, in Bulgarien und Rumänien, weiter gedämpfte Dynamik in Ungarn**

Die robuste Konjunktur in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten hielt im vierten Quartal 2007 weiter an. Das reale BIP-Wachstum war mit 6,2% im gewichteten Durchschnitt äußerst dynamisch und beschleunigte sich gegenüber dem dritten Quartal 2007 um 0,2 Prozentpunkte.

Das reale Wirtschaftswachstum fiel in der Slowakei, der Tschechischen Republik, Bulgarien und Rumänien stärker als im Vorquartal aus. In der Tschechischen Republik und in der Slowakei war die starke Expansion zumindest zum Teil auf Vorzieheffekte im Zusammenhang mit fiskalpolitischen Reformmaßnahmen im Jahr 2008 zurückzuführen (eine Erhöhung des niedrigsten Mehrwertsteuertarifs und die Einführung von Arztgebühren in der Tschechischen Republik; eine Steuererhöhung auf Tabakerzeugnisse in der Slowakei). In Bulgarien und Rumänien wurde die Wirtschaftsentwicklung vor allem von einer Erholung des Agrarsektors nach dem von einer Missernte geprägten Vorquartal günstig beeinflusst.

#### **Wirtschaftswachstum in den zentral-, ost- und südosteuropäischen EU-Mitgliedstaaten**

Wachstumsrate des realen BIP in % gegenüber der Vorjahresperiode

	2006	2007	2007q1	2007q2	2007q3	2007q4
Bulgarien	6.3	5.7	5.5	7.3	4.9	6.9
Estland	11.2	7.0	10.1	7.6	6.4	4.8
Lettland	11.9	10.2	11.2	11.0	10.9	8.0
Litauen	7.7	8.8	8.1	8.0	10.8	8.0
Polen	6.2	6.5	7.2	6.4	6.4	6.1
Rumänien	7.9	6.0	6.1	5.7	5.7	6.6
Slowakische Rep.	8.5	10.4	8.3	9.3	9.4	14.3
Slowenien	5.7	6.1	7.2	6.0	6.4	4.7
Tschechische Rep.	6.4	6.5	6.5	6.5	6.3	6.6
Ungarn	3.9	1.3	2.7	1.2	0.9	0.8

Quelle: Eurostat.

In den baltischen Staaten, in Polen, Slowenien und Ungarn fiel das Wachstum hingegen schwächer aus. In den baltischen Staaten, in Polen und Slowenien war dafür ein geringerer Wachstumsbeitrag der Binnennachfrage verantwortlich, während sich der Beitrag der Außenwirtschaft etwas günstiger als noch im Vorquartal entwickelte. In Ungarn hingegen war der Rückgang auf einen niedrigeren Wachstumsbeitrag der Nettoexporte bei anhaltender Schwäche der Binnennachfrage zurückzuführen.

#### **Leitzinsanhebungen in Polen, Ungarn und Rumänien angesichts steigender Inflationsraten**

Die polnische Zentralbank (NBP) erhöhte am 26. März ihren Leitzinssatz um 25 Basispunkte auf 5,75%. Als Grund dafür nannte die NBP die hohe VPI-Inflationsrate von 4,2% im Februar und damit das abermalige Verfehlen ihres Inflationszieles von  $2,5\% \pm 1$  Prozentpunkt (gemessen am VPI). Weiters wurde das nach wie vor hohe Wachstum hervorgehoben, welches auch in der ersten Jahreshälfte 2008 über dem Potentialwachstum liegen wird.

Die ungarische Notenbank (MNB) erhöhte am 31. März ihren Leitzins um 50 Basispunkte auf 8%. Begründet wurde die Entscheidung mit dem hohen Risiko einer dauerhaft über dem Inflationsziel von 3% (gemessen am VPI) zu liegen kommenden Inflationsrate. Als weiteren Grund nannte die MNB steigende Risikoprämien für in Forint denominierte Veranlagungen.

Die rumänische Nationalbank (BNR) erhöhte am 26. März ihren Leitzinssatz um 50 Basispunkte auf 9,5%. Begründet wurde der Schritt mit der hohen Teuerungsrate von zuletzt 8% im Februar. Wie in der gesamten Region war die Preisentwicklung stark von Lebensmittel- und Energiepreisen getrieben. Der bestehende Inflationsdruck wurde durch einen Nachfrageüberhang aufgrund eines starken Lohn- und Kreditwachstums weiter verstärkt.

### *Währungspolitische Schritte*

Die ungarische Notenbank beschloss am 25. Februar die Aufgabe der Wechselkursbindung des Forint an den Euro. Seit 2001 war die ungarische Währung mit einer Schwankungsbreite von  $\pm 15\%$  an eine Zentralparität zum Euro gebunden, welche 2003 von 276,1 HUF per EUR auf 282,36 HUF per EUR erhöht wurde. In ihrer Erklärung verwies die MNB darauf, dass ein System flexibler Wechselkurse die Erreichung des Inflationszieles besser unterstützt als ein System fixer Wechselkurse und damit zum Erreichen der nominalen Konvergenzkriterien beiträgt.

Am 4. April beantragte die Slowakei am Rande eines informellen Treffens der EU-Finanzminister in Slowenien eine Bewertung der Konvergenzfortschritte des Landes von der Europäischen Kommission und der EZB. Eine positive Prüfung ist Voraussetzung dafür, dass das Land den Euro wie geplant im Jahr 2009 einführen kann. Die entsprechenden Konvergenzberichte sollen am 7. Mai vorgelegt werden.

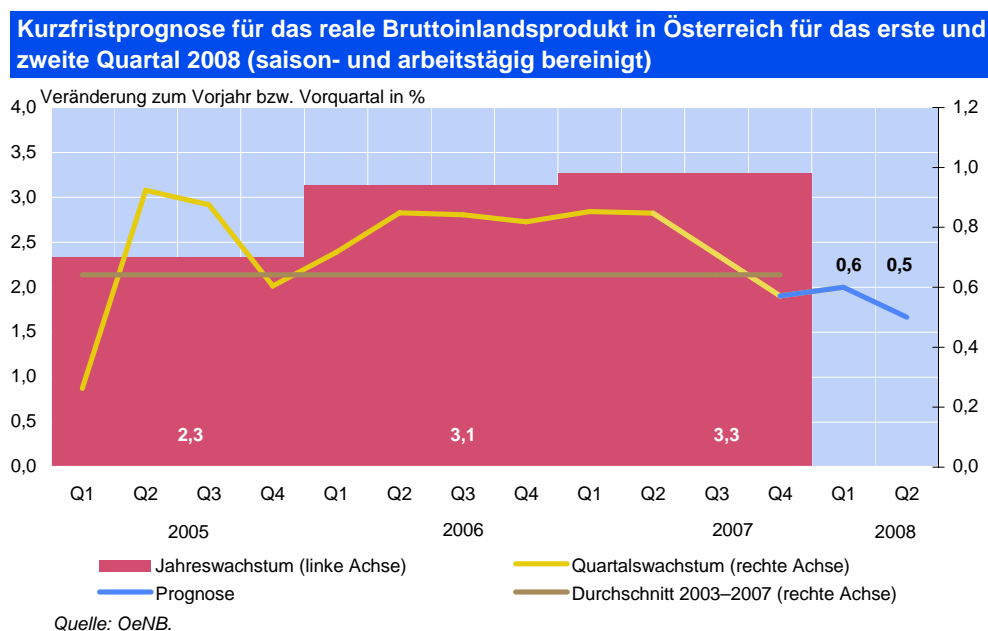
## Österreich

### Realwirtschaft

#### Nur moderate Konjunkturabschwächung für Österreichs Wirtschaft im ersten Halbjahr 2008: Ergebnisse des OeNB-Konjunkturindikators vom März 2008

Trotz der internationalen Finanzmarktkrise und ihrer weltweit dämpfenden Effekte stellen sich die Aussichten für die österreichische Wirtschaft im ersten Halbjahr 2008 als erstaunlich günstig dar. Wie schon bisher erwartet, wird das reale BIP-Wachstum im Gesamtjahr 2008 merklich schwächer ausfallen als in den beiden Jahren zuvor, ein dramatischer Einbruch der Konjunktur zeichnet sich für Österreich derzeit jedoch nicht ab. Auf Basis der verfügbaren Daten – die jedoch nur die bis zu Beginn dieses Jahres eingetretenen Entwicklungen abbilden – lässt der Konjunkturindikator der OeNB ein Wachstum des realen BIP von 0,6% im ersten und von 0,5% im zweiten Quartal 2008 (saison- und arbeitstägig bereinigt, im Vergleich zum Vorquartal) erwarten.

Konjunkturprognosen gestalten sich im derzeitigen Spannungsfeld zwischen ausgeprägten Finanzmarkturbulenzen und einer nach wie vor guten Verfassung der Realwirtschaft in Österreich als außerordentlich schwierig. Während die außenwirtschaftlichen Unsicherheiten stark gestiegen sind, zeigen die verfügbaren Daten in weiten Bereichen ein robustes Bild der österreichischen Wirtschaft. Daher ist davon auszugehen, dass es im ersten Halbjahr 2008 zu keinem markanten Einbruch der Konjunktur kommen wird.



Die Dynamik der österreichischen Exporte nahm im Verlauf des Jahres 2007 aufgrund des stetig zunehmenden Außenwerts des Euro und der sich abschwächenden globalen Konjunktur zwar ab, die Ausfuhren entwickelten sich aber auch im vierten Quartal noch relativ gut. Infolge des starken Wertverlusts des US-Dollar gegenüber dem Euro ist aber von einer weiteren Abschwächung der Exportdynamik im ersten Halbjahr 2008

auszugehen. Dies wird auch durch die rückläufige Dynamik der Exportaufträge signalisiert. Die Binnenkonjunktur entwickelt sich sowohl nach Branchen als auch nach Nachfragekomponenten sehr unterschiedlich. Die Dynamik der Sachgütererzeugung hat zwar nachgelassen, die Branche verfügt aber noch über überdurchschnittliche Auftragsbestände. Die Bauwirtschaft und die Tourismusbranche entwickeln sich derzeit sehr gut. Im Bereich der unternehmensnahen Dienstleistungen zeigt sich hingegen eine deutliche Wachstumsverlangsamung. Auch gehen die Unternehmen laut der EU-Konjunkturumfrage von einer ungünstigen weiteren Entwicklung der Geschäftslage aus.

Die Investitionstätigkeit ist im Gesamtjahr 2007 sogar stärker als im Jahr zuvor gewachsen. Jedoch zeigte sich bereits im Verlauf des Jahres 2007 eine deutliche Wachstumsverlangsamung, die sich im laufenden Jahr fortsetzen dürfte. Der private Konsum war trotz starkem Beschäftigungswachstums auch während der Hochkonjunkturphase der letzten beiden Jahre nicht in Schwung gekommen. Die – vor allem aufgrund der starken Erhöhungen der Energie- und Nahrungsmittelpreise – gestiegene Inflation dämpft zusätzlich die Realeinkommen der Haushalte. Daher ist auch für die nächsten Monate keine dynamischere Konsumnachfrage zu erwarten.

#### **Kurzfristprognose für das reale Bruttoinlandsprodukt in Österreich für das erste und zweite Quartal 2008 (saison- und arbeitstägig bereinigt)**

2005				2006				2007				2008	
Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4	Q1	Q2
<i>Veränderung zum Vorjahresquartal in %</i>													
2.3	2.2	2.2	2.7	3.2	3.1	3.0	3.3	3.4	3.4	3.3	3.0	2.8	2.4
<i>Veränderung zum Vorquartal in %</i>													
0.3	0.9	0.9	0.6	0.7	0.8	0.8	0.8	0.9	0.8	0.7	0.6	0.6	0.5
<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>													
2.3				3.1				3.3					

Quelle: OeNB, Eurostat.

Die schon bei der letzten Veröffentlichung des OeNB-Konjunkturindikators im Jänner betonten Risiken für die österreichische Konjunktur haben sich durch die Entwicklungen der letzten Wochen weiter erhöht. Die durch die US-Immobilienkrise ausgelösten massiven Verwerfungen auf den internationalen Finanzmärkten ziehen immer weitere Kreise, internationale Organisationen revidieren deshalb ihre Prognosen kontinuierlich nach unten. Entscheidend für eine Begrenzung des Effekts der Finanzmarktkrise auf die konjunkturelle Entwicklung – speziell in den USA – wird sein, das Vertrauen der Finanzmarktakteure rasch wiederherzustellen. Angesichts der gegebenen Unsicherheiten dürfte das freilich noch eine erhebliche Zeit in Anspruch nehmen.

Das Ausmaß der Transmission der Krise auf Europa hängt auch davon ab, ob und in welchem Ausmaß die Finanzkrise hier zu Investitions- und Konsumzurückhaltung führt. Dabei könnte es ein Vorteil für Österreich sein, dass das heimische Bankensystem durch

die US-Immobilienkrise kaum direkt betroffen ist. Durch seine starke Außenhandelsverflechtung kann sich Österreich den weltweit schwächeren Wachstumserwartungen jedoch nicht entziehen. Erhöht werden die Risiken noch durch den Ölpreis, der die 100-Dollar-Marke schon klar hinter sich gelassen hat. Gleichzeitig stützt der starke Wertverlust des US-Dollar zwar die US-Konjunktur, stellt für den Euroraum jedoch eine zusätzliche Belastung dar.

**Box: Zwei Szenarien als Illustration an denkbaren Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft in Österreich**

In dieser Box werden mögliche Auswirkungen der Finanzmarkturbulenzen auf die Realwirtschaft in Österreich abgeschätzt. Dazu werden zwei Szenarien entwickelt. Die Effekte dieser Szenarien auf die österreichische Wirtschaft werden mit dem makroökonomischen Modell der OeNB simuliert. Indirekte Effekte über die anderen Länder des Euroraums werden mittels Elastizitäten aus dem makroökonomischen Modell der OeNB berechnet. Es ist zu betonen, dass beide dargestellten Szenarien stark auf Annahmen zu möglichen Kanälen, über die die Finanzmarkturbulenzen die Wirtschaft beeinflussen, getrieben sind.

Im ersten Szenario ("Leichte Krise") wird davon ausgegangen, dass die US-Wirtschaft lediglich in eine kurze und nicht allzu tiefe Rezession abgleitet. Das zweite Szenario ("Starke Krise") geht von einer tiefen Rezession mit einer starken Übertragung auf die Weltwirtschaft aus. Es wurden fünf Transmissionskanäle (Außenhandel, Wechselkurs, Kreditvergabe, Vermögenseffekte, Vertrauenseffekte) untersucht.

In Summe ergibt Szenario I ("Leichte Krise") einen negativen Wachstumseffekt auf Österreich von 0,3 Prozentpunkten im Jahr 2008 und von 0,6 Prozentpunkten im Jahr 2009. In Szenario II wird die österreichische Wirtschaft deutlich stärker in Mitleidenschaft gezogen (-0,8 bzw. -1,3 Prozentpunkte). Addiert man diese Effekte rein mechanisch zu den Wachstumsraten gemäß der Prognose vom Dezember 2007 (2,5% für 2008 und 2,3% für 2009), so ergibt sich für 2008 ein BIP-Wachstum von 1,7% bis 2,2%, für 2009 von 1,0% bis 1,7%.

	<i>Szenario I ("Leichte Krise")</i>			<i>Szenario II (Starke Krise)</i>		
	<i>Annahmen</i>	<i>Effekte auf BIP-Wachstum in Österreich</i>		<i>Annahmen</i>	<i>Effekte auf BIP-Wachstum in Österreich</i>	
		<i>2008</i>	<i>2009</i>		<i>2008</i>	<i>2009</i>
<i>Außenhandel</i>	US-Importe: -2%	-0,03	-0,04	US-Importe: -5%	-0,07	-0,09
<i>Wechselkurs</i>	USD/EUR: -10%	-0,10	-0,25	USD/EUR: -25%	-0,20	-0,53
<i>Kreditvergabe</i>	-			Kreditvergabe: -5%	-0,12	-0,09
<i>Vermögenseffekte</i>	Aktienkurse: -10%	-0,03	-0,03	Aktienkurse: -25%	-0,06	-0,06
<i>Vertrauenseffekte</i>	Investitionen: je -1/4 (1/2) pp. Sparquote: +(1/8) 1/2 pp	-0,15	-0,26	Investitionen: je -1/2 (1) pp. Sparquote: +(1/4) 1 pp	-0,30	-0,52
<b>Summe</b>		<b>-0,30</b>	<b>-0,57</b>		<b>-0,75</b>	<b>-1,29</b>
BIP-Wachstum laut Prognose vom Dezember 2007 (2008: 2,5, 2009: 2,3)						
Wachstum lt. Szenarien		<i>2,2</i>	<i>1,7</i>		<i>1,7</i>	<i>1,0</i>

Bedingt durch die derzeit robuste Konjunktur in Österreich erscheint ein Einbruch im ersten Halbjahr 2008 wie in Szenario I derzeit nicht wahrscheinlich. Gemäß den Simulationen würden sich die stärksten Effekte im zweiten Halbjahr 2008 zeigen. Im Fall einer starken Krise muss jedoch auch schon von einer Beeinträchtigung im ersten Halbjahr 2008 ausgegangen werden.

Unter den derzeit gegebenen Rahmenbedingungen ist besonders hervorzuheben, dass in die zur Berechnung des OeNB-Konjunkturindikators verwendeten Daten lediglich die bis Anfang des Jahres 2008 stattgefundenen Entwicklungen Eingang finden konnten. Die Entwicklungen der letzten Wochen schlagen sich in diesen Daten daher noch nicht nieder. Während die Entwicklung im ersten Quartal davon kaum mehr berührt sein



sollte, ist die prognostizierte Wachstumsrate für das zweite Quartal 2008 eher als Obergrenze zu interpretieren.

### ***Seitwärtsbewegung bei Vertrauensindikatoren***

Der Indikator der wirtschaftlichen Einschätzung hat sich nach einem Rückgang im Februar wieder etwas erholt und liegt im März bei 106,6 Punkten. Damit zeigt sich das Vertrauen nach dem in Juli 2007 einsetzenden Rückgang seit Dezember 2007 stabil. Gegenüber Februar zeigt sich in der Industrie und bei den Dienstleistungen eine leichte Verbesserung, während sich die Stimmung im Bau deutlich verschlechterte. Das Vertrauen der Konsumenten und im Einzelhandel blieb unverändert. Der IFO-Geschäftsklimaindex für Deutschland hat sich im März den dritten Monat in Folge verbessert. Diese Verbesserung ist vor allem auf die Beurteilung der aktuellen Geschäftslage zurückzuführen, während die Erwartungen stagnieren.

### ***Inflation steigt im März wieder auf 3,5%***

Die Inflation blieb im Februar 2008 mit 3,1% (HVPI) noch gleich hoch wie im Vormonat. Im März erreichte sie mit 3,5% (HVPI und VPI) allerdings wieder das HVPI-Niveau vom Dezember 2007. Hauptverantwortlich für die Teuerung (VPI) waren wie bereits schon im Vormonat die Ausgabengruppen „Verkehr“ und „Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke“ (beide in Summe 2,1 Prozentpunkte). Preisrückgänge fanden vor allem in der Ausgabengruppe „Nachrichtenübermittlung“ statt. HVPI und VPI wiesen erstmals seit September 2007 wieder gleiche Werte auf. Materialausgaben zur Wohnungsinstandhaltung mit einer überdurchschnittlichen Preissteigerungsrate sind im HVPI nicht enthalten, was allerdings durch Preiserhöhungen vor allem für Bewirtungsdienstleistungen, die im HVPI stärker gewichtet sind, wieder ausgeglichen wurde.

### ***Arbeitsmarkt auch im März in ausgezeichneter Verfassung***

Der österreichische Arbeitsmarkt präsentierte sich laut vorläufigen Zahlen des BMWA im März 2008 weiterhin in ausgezeichneter Verfassung. Die Anzahl der vorgemerkten Arbeitslosen nahm im Jahresabstand um 11,5% ab. Die Anzahl der gemeldeten offenen Stellen – die derzeit bis Februar vorliegen – wuchs auch im Februar mit 8,7% stark und bestätigte damit das überraschend starke Wachstum im Jänner. Ebenfalls sehr kräftig fiel mit +2,7% das Beschäftigungswachstum aus. Die Arbeitslosenquote laut Eurostat lag im Februar 2007 bei 4,1%.

### ***Budgetäre Notifikation vor dem ersten April 2008***

Im Rahmen der Frühjahrs-Notifikation vor dem 1. April 2008 meldete das BMF an die Europäische Kommission für das Jahr 2007 ein Maastrichtdefizit des Gesamtstaats von 1,5 Mrd EUR bzw. 0,5% des BIP. Dieser Wert bedeutet gegenüber der Herbst-Notifikation (vor dem 1. Oktober 2007), dem Update des Stabilitätsprogramms vom Dezember 2007

und dem in der Pressekonferenz von BM für Finanzen Molterer (26. Februar 2008) verkündeten Defizit eine Verbesserung von 0,2% des BIP.

Das Defizit des Bundessektors zum Zwecke der Maastricht Notifikation ist um 300 Mio EUR bzw. 0,1% des BIP geringer als in der Pressekonferenz verlautbart, und beträgt 0,6% des BIP. Im Vergleich zum im Update des Stabilitätsprogramms (Dezember 2007) bzw. zum in der Herbst-Notifikation 2007 angekündigten Defizit des Bundessektors ergibt sich sogar eine Verbesserung von 0,5% des BIP. Der vorläufige Budgetüberschuss der Länder und Gemeinden für 2007 ist hingegen deutlich geringer als im Update des Stabilitätsprogramms und der Herbst-Notifikation angekündigt. Gemäß der vorliegenden Frühjahrs-Notifikation 2008 beläuft sich das Finanzierungsdefizit der Landesebene auf 15 Mio EUR bzw. 0,0% des BIP; Der Überschuss des Gemeindefektors (inkl. Wien) beträgt 603 Mio EUR oder 0,2% des BIP; wobei Wien etwa die Hälfte des Überschusses beisteuert. Insgesamt liefern Länder und Gemeinden mit einem Budgetsaldo von +0,2% des BIP nur die Hälfte des im Stabilitätsprogramm anvisierten Konsolidierungsbeitrags.

	OeNB			
	Frühjahrs- Notifikation April 2008	Herbst- Notifikation Okt. 2007	Herbst- Prognose 2007	Stabilitäts- programm Dez. 2007
<b>2007</b>				
<b>Budgetsaldo</b>	-0,5%	-0,7%	-0,7%	-0,7%
<i>davon:</i>				
Bundessektor	-0,6%	-1,1%	n.a	-1,1%
Länder	0,0%	0,2%	n.a	0,2%
Gemeinden	0,2%	0,2%	n.a	0,2%
Sozialversicherungsträger	-0,1%	0,0%	n.a	0,0%
<b>Zinsausgaben</b>	2,7%	2,6%	2,7%	2,7%
<b>Primärsaldo</b>	2,2%	1,9%	1,9%	2,0%
<b>Schuldenquote</b>	59,1%	59,9%	59,9%	59,9%
<b>2008</b>				
<b>Budgetsaldo</b>	-0,6%	n.a	-0,7%	-0,6%
<i>davon:</i>				
Bundessektor	-1,0%	n.a	n.a	-1,0%
Länder	0,2%	n.a	n.a	0,2%
Gemeinden	0,3%	n.a	n.a	0,3%
Sozialversicherungsträger	0,0%	n.a	n.a	0,0%
<b>Zinsausgaben</b>	2,6%	n.a	2,6%	2,6%
<b>Primärsaldo</b>	2,0%	n.a	1,8%	2,1%
<b>Schuldenquote</b>	57,7%	n.a	58,3%	58,4%

Quelle: Statistik Austria, BMF, OeNB; Rundungen können Rechnerdifferenzen ergeben

Die Daten der Länder und der Gemeinden beruhen in der Frühjahrs-Notifikation großteils noch auf Schätzungen bzw. Hochrechnungen einzelner Rechnungsabschlüsse. Endgültige Rechnungsabschlüsse für Länder und Gemeinden liegen üblicherweise erst im Zuge der Herbst-Notifikation vor.

Dennoch soll anhand der vorläufigen Bundes-, Länder- und Gemeindeergebnisse eine vorsichtige Einschätzung der Erfüllung des internen Stabilitätspakts erfolgen. Gemäß gültigem internen Stabilitätspakt (2005-2008) haben sich die verschiedenen Ebenen verpflichtet, im Jahr 2007 einen gesamtstaatlichen Budgetsaldo von -0,7% des BIP zu erreichen, wobei folgende Aufteilung des Konsolidierungsbeitrages vereinbart worden

war: Bundessektor: -1,4% des BIP; Landessektor (inklusive Wien): +0,7% des BIP; Gemeinden (exklusive Wien): 0% des BIP. Während der Bundessektor (-0,6% des BIP) und die Gemeinden (ohne Wien: +0,1% des BIP) ihren vereinbarten Konsolidierungsbeitrag übererfüllt haben, dürften die Länder (inkl. Wien: +0,1% des BIP) ihr Ziel abermals verfehlt haben. Da seit 2007 eine Bewertung der Zielerreichung anhand des ESVG 95 erfolgt, erhöhen – anders als in den Vorjahren - auch Einnahmen aus dem Verkauf von Immobilien an Landesimmobiliengesellschaften nicht mehr den Konsolidierungsbeitrag nach internem Stabilitätspakt; allerdings können Ausgaben im Zuge von Naturkatastrophen (Hochwasser September 2007) nach wie vor ignoriert werden. Zudem können alle Partner des internen Stabilitätspakts einander Überschüsse übertragen. Überdies wird auf Sanktionen verzichtet, wenn der Staat insgesamt sein Stabilitätsziel erfüllt – für 2007 sind also keine Sanktionen zu erwarten. Die endgültige Beurteilung der Zielerreichung nach den Regeln des internen Stabilitätspakts erfolgt auf Basis eines Berichts der Statistik Austria, der üblicherweise im Herbst übermittelt wird.

Der Bereich der Sozialversicherung weist für 2007 ein Defizit von 300 Mio EUR bzw. 0,1% des BIP auf. Aufgrund der ausgeglichenen Salden in den vorangegangenen Jahren war auch für 2007 in der Herbst-Notifikation bzw. im Stabilitätsprogramm ein ausgeglichener Saldo präliminiert worden.

Für 2008 erwartet das BMF ein gesamtstaatliches Defizit von 1,7 Mrd EUR bzw. 0,6% des BIP. Dieser Wert entspricht dem in der Fortschreibung des Stabilitätsprogramms vom Dezember 2007 angegebenen Wert. Die OeNB projektierte in ihrer Prognose im Herbst 2007 einen Wert von 0,7% des BIP – allerdings unter der Annahme eines Defizits von 0,7% des BIP für 2007. Die Konsolidierungsbeiträge der einzelnen Gebietskörperschaften werden in derselben Höhe angenommen, wie im Update des Stabilitätsprogramms vom Dezember 2007. Im Vergleich zum (vorläufigen) Ergebnis für das Jahr 2007 ergibt sich folgende Änderung: Für den Bundessektor wird ein um 0,4% des BIP höheres Defizit, nämlich 1,0% des BIP, erwartet. Demgegenüber sollen Länder und Gemeinden den im internen Stabilitätspakt vorgesehenen Konsolidierungsbeitrag von 0,2% des BIP bzw. 0,3% des BIP erbringen. Im Lichte der Ergebnisse der vorangegangenen Jahre (speziell 2006 und 2007) erscheint dies allerdings eine recht optimistische Annahme zu sein. Für den Bereich der Sozialversicherung wird wieder ein ausgeglichener Saldo präliminiert.

Die Staatsschuld erreichte im vergangenen Jahr einschließlich der Rechtsträgerverbindlichkeiten 161,3 Mrd EUR bzw. 59,1% des BIP. Damit liegt der gesamtstaatliche Schuldenstand 2007 erstmals seit 1992 wieder unter dem Maastricht-Referenzwert von 60% des BIP. Im Vergleich zum Vorjahr stieg das Niveau des Schuldenstands nur geringfügig mehr als das Defizit, nämlich um 1,9 Mrd Euro (positives Stock-Flow Adjustment: 0,15% des BIP). Aufgrund dieser geringen Niveauerhöhung sank die Schuldenquote um 2,7 Prozentpunkte von 61,8% des BIP im Jahr 2006 auf 59,1% des BIP 2008.

Der Schuldenstand per Ende 2008 wird vom BMF auf 165 Mrd EUR bzw. 57,7% des BIP geschätzt.

## Finanzmärkte

### *Rückgang der Aktienkurse und der Anleiherenditen*

Die Kurse auf den wichtigsten internationalen Aktienmärkten gingen seit Jahresbeginn 2008 deutlich zurück. Diese Entwicklung ist großteils auf die hohe Unsicherheit über die weitere Entwicklung auf den globalen Finanzmärkten zurückzuführen.

Mit einem Stand von 12.325,4 (11. April 2008) notierte der Dow Jones Index, um 7,1% niedriger als zu Jahresbeginn 2008. Seit dem Allzeithoch von 14.164,5 Mitte Oktober 2007 verzeichnete der Dow Jones Index einen Rückgang um 13,0%. Finanzmarkturbulenzen, schlechte Unternehmensnachrichten und unerwartet schwache Konjunkturindikatoren waren dafür verantwortlich. Neuen Konjunkturdaten zufolge sank in den USA der Auftragseingang der Industrie im Februar überraschend deutlich. Eine moderate Rezession der US-Wirtschaft im ersten Halbjahr 2008 wird nun nicht mehr ausgeschlossen. Besonders ausgeprägt waren die Kursrückgänge an den US Börsen in den ersten Jännerwochen dieses Jahres. Mehrere Leitzinssenkungen der Fed (zuletzt am 18. März um 75 Basispunkte auf 2,25%), sowie das von der Regierung geplante und mittlerweile verabschiedete Konjunkturbelebungs paket führten dann zu einer teilweisen Stabilisierung der Aktienkurse.

Der Nikkei-Index lag am 11. April 2008 bei 13.323,7 Punkten und damit um 13,0% unter dem Wert zu Beginn des Jahres 2008. Der Rückgang des Nikkei-Index' ist unter anderem auf die möglichen negativen Auswirkungen der wirtschaftlichen Entwicklung in den USA auf die japanische Konjunktur und die Exporte zurückzuführen.

Der Dow-Jones-EuroSTOXX Index lag am 11. April 2008 bei 352,7 Punkten und damit um 15,0% unter dem Wert Anfang des Jahres 2008. Im Vergleich mit Jänner 2001 konnten neun der achtzehn EuroSTOXX Sektoren Zuwächse verzeichnen. Die stärksten Zuwächse wiesen der Grundstoffsektor (+138,4%) und die Bauindustrie (+63,7%) auf; den stärksten Rückgang gab es bei den Technologiewerten (-61,3%), gefolgt von den Medien (-55,5%).

Der ATX lag am 11. April 2008 bei 3.882,0 Punkten. Seit Jahresbeginn 2008 war damit ein Rückgang des ATX um 14,0% zu verzeichnen. Seit dem Allzeithoch von 4.981,9 Punkten am 9. Juli 2007 sank der ATX um 22,1%. Die Entwicklung des ATX ist in erster Linie als Folge der internationalen Aktienmarktentwicklung zu sehen.

Als Maß für die Unsicherheit auf den Aktienmärkten im Euroraum und in den USA kann die implizite Volatilität des DAX beziehungsweise des Standard & Poor's Index verwendet werden. Die implizite Volatilität des Standard & Poor's Index lag am 11. April bei 23,5% und die des DAX bei 22,2%. Die Volatilität des DAX stieg damit seit Jahresbeginn 2007 um 5,9 Prozentpunkte und die des S&P um 1,0 Prozentpunkte. Die Volatilität auf den Aktienmärkten war damit weiterhin relativ hoch. Dies spiegelt die

Unsicherheit der Marktteilnehmer über die weitere wirtschaftliche Entwicklung wie auch auf den internationalen Finanzmärkten wider.

Am 11. April 2008 lag die Rendite zehnjähriger US-Staatsanleihen bei 3,5% und damit um 56 Basispunkte unter dem Wert zu Beginn des Jahres 2008. Die Rendite zehnjähriger deutscher Bundesanleihen lag am 11. April bei 3,9% und somit 42 Basispunkte niedriger als zu Jahresbeginn 2008. Dies ist auf die Abwärtsentwicklung der Kurse auf den Aktienmärkten und der damit verbundenen stärkeren Nachfrage nach Anleihen zurückzuführen. Die Rendite zehnjähriger österreichischer Bundesanleihen lag am 11. April bei 4,1% und damit um 33 Basispunkte unter dem Wert zu Jahresbeginn 2008.

Die Unsicherheit über die weitere Konjunktorentwicklung und die weitere Entwicklung der Unternehmensergebnisse hatte sowohl im Euroraum als auch in den USA seit Jahresbeginn eine Ausweitung der Renditedifferenz zwischen Anleihen von BBB und AAA gerateten Unternehmen zur Folge.

## **Investmentfonds**

### *Nettokapitalabfluss von 6,92 Mrd EUR*

Das sehr schwierige Börsenumfeld im Jahr 2007 stimmte die Anleger bei Neuinvestitionen äußerst zurückhaltend. Per Ende Dezember 2007 verwalteten die 28 österreichischen KAGs mit 2.329 aufgelegten Investmentfonds einen Vermögensbestand (inkl. „Fonds in Fonds“-Veranlagungen) von 165,6 Mrd EUR. Moderate Kursgewinne von 3,19 Mrd EUR standen einem Nettokapitalabfluss von 6,92 Mrd EUR gegenüber, sodass sich das netto in Investmentfonds investierte Kapital (exklusive „Fonds in Fonds“-Veranlagungen) 2007 um 3,74 Mrd EUR bzw. 2,7% verringerte und per Ende Dezember 2007 137,09 Mrd EUR betrug. Von Anfang Jänner 2007 bis Ende Dezember 2007 errechnete sich eine kapitalgewichtete durchschnittliche Gesamtperformance aller österreichischen Investmentfonds (Publikumsfonds und Spezialfonds) von +1,9%. Per Ende Dezember 2007 wurden in den Ländern der Währungsunion (exkl. Österreich) 67,60 Mrd EUR (49,3%), in Ländern der übrigen Welt 39,12 Mrd EUR (28,5%) und im Inland 30,37 Mrd EUR (22,2%) veranlagt. Die höchste Wachstumsrate konnten in der Fondskategorie Geldmarktfonds, gefolgt von den Immobilienfonds und den Alternativen Fonds festgestellt werden. Rentenfonds und Aktienfonds verzeichneten Abnahmen. Im Berichtsjahr konnte die seit Jahren zu beobachtende stärkere Wachstumsdynamik der Veranlagungen in Investmentfonds gegenüber den Einlagen von inländischen Nichtbanken nicht fortgesetzt werden.

## **Versicherungen**

### *Weiterhin Expansion bei Auslandsaktiva*

Die Summe der Aktiva (exklusive Rückversicherungsgeschäft) der in Österreich meldepflichtigen Versicherungen ist im Jahr 2007 um 5,1 Mrd EUR auf 88,0 Mrd EUR angestiegen. Damit lag die Zuwachsrate im Jahr 2007 in Höhe von 6,2% leicht unter der

des Vorjahres in Höhe von rund 8%. Im Jahr 2007 stiegen die Auslandsaktiva mit 15,9% mehr als doppelt so rasch wie die Summe der Aktiva. Der Zuwachs der Auslandsaktiva machte 88,8% des Wachstums aller Aktiva aus. Mit 33,3 Mrd EUR erhöhten sie ihren Anteil an den Gesamtkativen um 3 Prozentpunkte auf knapp 38% der Aktiva. Obwohl die ausländischen Anteilswerte und sonstigen ausländischen Wertpapiere (zu 80% ausländische Investmentzertifikate) in der zweiten Jahreshälfte um 0,8 Mrd EUR zurückgingen, verzeichneten sie im gesamten Jahr mit 17,4% (+0,9 Mrd EUR) ein mehr als doppelt so rasches Wachstum als die Bilanzsumme. Den stärksten absoluten Zuwachs verzeichneten die ausländischen Renten mit 1,9 Mrd EUR (+9,3%). Ihr Anteil an der Bilanzsumme erhöhte sich um 0,7 Prozentpunkte auf 25,3%. Der Abstand zu den inländischen „Investmentzertifikaten“, der noch immer die bedeutendste Anlagekategorie darstellt, verringerte sich auf 2,5 Prozentpunkte. Ende 2006 betrug er noch fast 4 Prozentpunkte. Am stärksten wuchsen die sonstigen Auslandsaktiva aufgrund von Forderungen zwischen verbundenen Unternehmen (Risikoausgleich) und zwar um 54,4% (+1,8 Mrd EUR). Der Rückgang der Darlehen setzte sich ungebremst fort: -21,3% bzw. -0,9 Mrd EUR. Ihr Anteil betrug 2007 nur noch 3,9% (2006: 5,2%). 1996 machte diese Kategorie über ein Drittel der Veranlagungen der Versicherungen aus.

## **Wirtschafts- und Währungspolitik in der Europäischen Union**

### *3. März 2008: Europäischer Verbrauchervertrauensindex gesunken*

Der von der EU-Kommission berechnete Index des Verbrauchervertrauens sank im Euroraum im Februar auf 100,1 Punkte, nachdem er im Jänner 101,7 Punkte betragen hatte. Damit zeigen sich die Verbraucher in Europa so skeptisch wie seit über zwei Jahren nicht mehr. Gründe waren vor allem steigende Preise für Lebensmittel und Energie.

### *4. März 2008: ECOFIN-Rat*

Der ECOFIN erörterte die Grundzüge der Wirtschaftspolitik, eine Mitteilung der EU zu Staatsfonds, einen Zwischenbericht zu Finanzmarktstabilität, sowie Prioritäten für das EU-Budget 2009. Weiters verabschiedete der ECOFIN 11 Stabilitäts- und Konvergenzprogramme. Deutschland drängte auf Überarbeitung der Zinsbesteuerungsrichtlinie (diese gelte bisher nur für natürliche Personen sowie nur für Zinsen auf Sparguthaben). Die Kommission soll bis Mai 2008 erste Vorschläge unterbreiten. Österreich, Luxemburg und Belgien fordern die Beibehaltung des Bankgeheimnisses.

Die Europäische Kommission präsentierte den Entwurf über die Aktivitäten von Staatsfonds. Zu den Staatsfonds soll eine gemeinsame EU-Positionierung in multilateralen Foren (IWF, OECD) erreicht werden. Hervorgehoben wurden die Vorteile eines offenen Wirtschafts- und Investitionsumfeldes. Gleichzeitig wurde aber betont, dass sich die Anlageziele der Staatsfonds oftmals nicht nur an rein kommerziellen Interessen orientieren und daher eine genaue Beobachtung ihrer Aktivitäten weiterhin erforderlich ist.

### *6. März 2008: EZB-Rat lässt Leitzins bei 4%*

In seiner Sitzung hat der EZB-Rat die Leitzinsen infolge erheblicher Risiken für die mittelfristige Preisstabilität unverändert bei 4% belassen.

Sitzung erfolgte auch die Feststellung des geprüften Jahresabschlusses 2007 der EZB. Im Jahr 2007 erzielte die EZB einen Überschuss von 286 Mio EUR; das Geschäftsjahr 2006 schloss sie mit einem Überschuss in Höhe von 1379 Mio EUR. Der Rückgang ist vor allem auf die Aufwertung des Euro gegenüber dem US-Dollar und – in geringerem Maße – gegenüber dem japanischen Yen zurückzuführen. Wie im Jahr 2006 wurde auf Grundlage der Einschätzung des EZB-Rats in Bezug auf die Risiken, denen die EZB ausgesetzt ist, ein Betrag in Höhe des Überschusses für eine Rückstellung zur Absicherung gegen Wechselkurs-, Zinsänderungs- und Goldpreisrisiken verwendet,



wodurch sich der ausgewiesene Nettogewinn auf genau null verringerte. Die Rückstellung dient der Abdeckung von Verlusten, die sich aus den genannten Risiken ergeben können, insbesondere von Bewertungsverlusten, die nicht durch die Neubewertungskonten gedeckt sind. Das Ausmaß der Rückstellung wird jährlich überprüft.

#### *März 2008: Konzertierte Aktion der führenden Notenbanken um Kreditklemme abzuwenden*

Um die Spannung auf den Geld- und Kreditmärkten zu lindern und eine allgemeine Kreditklemme zu verhindern, stellten die EZB und die Fed zusätzlich Liquidität in Höhe von 200 Mrd USD zur Verfügung. Weiters wurde die Dollar-Liquidität, die die EZB und die Schweizerische Nationalbank ihren Geschäftsbanken zur Verfügung stellen, um insgesamt 12 Mrd USD auf 36 Mrd USD aufgestockt.

#### *13./14. März 2008: Europäischer Rat*

Im Zentrum der Diskussionen des Europäischen Rats (ER) standen die Finanzmarktstabilität, der zweite Dreijahreszyklus der Lissabon-Strategie, die Energie- und Klimapolitik sowie eine Union für das Mittelmeer. Hinsichtlich Finanzmarktstabilität billigt der ER den Zwischenbericht des ECOFIN-Rates. Der ER fordert eine Verstärkung des Aufsichtsrahmens und Risikomanagements im Finanzsektor. Die EK soll bis September 2008 Vorschläge für die Überprüfung der Capital Requirements Directive (CRD) vorlegen. Eine Einigung ist bis April 2009 anzustreben.

Der ER leitet den zweiten Dreijahreszyklus (2008-2010) der Lissabon-Strategie ein. Der Schwerpunkt des neuen Zyklus liegt bei der Umsetzung der vereinbarten Ziele.

Der ER bekennt sich zur Vorreiterrolle der EU in Sachen Klimapolitik und kündigt den Übergang zu einer „kohlenstoffarmen Wirtschaft“ an. Das Emissionshandelssystem wird als wesentliches Element einer integrierten Klima- und Energiepolitik der EU hervorgehoben. Gefordert wurde die Berücksichtigung der besonderen Situation energieintensiver Industrien und Vorkehrungen für den Fall, dass andere Länder ihren internationalen Verpflichtungen zum Klimaschutz nicht nachkommen.

Weiters stimmt der ER im Grundsatz einer Union für das Mittelmeer zu. Ein Sondergipfel am 13. Juli 2008 in Paris soll über die Festlegung der konkreten Modalitäten entscheiden.

#### *25./26. März 2008: EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)*

Am 25./26. März 2008 fand eine turnusmäßige Aussprache des ECON mit EZB-Präsident Trichet statt. Präsident Trichet rechnet auch für den Rest des Jahres 2008 im Euroraum mit einer Inflationsrate von deutlich über 2%, wobei mittelfristig vor allem Energie- und Nahrungsmittelpreise sowie mögliche Zweitrundeneffekte Risiken für die Preisstabilität darstellen. Das BIP-Wachstum wird moderat sein und im Euroraum für 2008 in der Bandbreite von 1,3% - 2,1% erwartet.

Vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Finanzmarkturbulenzen ist Wachsamkeit mehr denn je geboten. Trichet unterstützt die Forderung nach einer Weiterentwicklung des Lamfalussy-Konzepts vor allem hinsichtlich Transparenz und Selbstregulierung.

In einer Aussprache mit EU-Kommissarin Kroes wurden die wiederholten Staatsbeihilfen für Kreditinstitute mit Liquiditätsproblemen von zahlreichen Mitgliedern des Europäischen Parlaments kritisch beurteilt. Kroes betont, dass sämtliche Beihilfen transparent abgewickelt werden müssen und von der EU-Kommission geprüft werden.

Es gab auch eine Präsentation des Berichtsentwurfs zu Private Equity und Hedge Fonds. Beide Bereiche wiesen enorme Vermögenszuwächse auf, jedoch keine Verbesserung der Transparenz.

## ***2. April 2008: EZB schreibt erstmals Sechsmonats-Tender aus***

Die EZB hat erstmals einen langfristigen Tender mit einer Laufzeit von sechs Monaten im Ausmaß von 25 Mrd EUR ausgeschrieben. Diese Maßnahme ist eine Reaktion auf die anhaltenden Spannungen am europäischen Geldmarkt, hervorgerufen durch das fehlende gegenseitige Vertrauen unter den Banken infolge der Finanzmarktkrise.

## ***4./5. April 2008: informeller ECOFIN-Rat in Brdo***

Beim informellen ECOFIN einigten sich die EU-Finanzminister auf eine verstärkte Kooperation, um zukünftig Finanzkrisen zu vermeiden. Die Minister und die Zentralbankgouverneure unterzeichneten 4. April 2008 ein Memorandum of Understanding, das unter anderem die Einrichtung „grenzüberschreitender Stabilitätsgruppen“ vorsieht. Die Unterzeichnenden wollen die Krisenvorbereitung in normalen Zeiten verstärken und das Management einer grenzüberschreitenden Krise erleichtern. Die Stabilitätsgruppen sollen in unregelmäßigen Abständen, aber nicht nur in Krisensituationen zusammentreffen. Darüber hinaus haben Rating-Agenturen angekündigt, selbstregulierende Maßnahmen zu setzen um die Integrität des Rating-Prozesses zu stärken.

Die Minister haben sich für eine koordinierte und effiziente finanzielle Hilfe für den Westbalkan ausgesprochen.

Weiters erörterten die Minister die Wirtschaftssituation im Gefolge der Finanzmarkturbulenzen und bereiteten die EU-Position für die IWF-Frühjahrstagung vor.

#### ***7./8. April 2008: EP-Ausschuss für Wirtschaft und Währung (ECON)***

In einer Aussprache mit dem Präsidenten der Eurogruppe Jean Claude Juncker zeigt sich dieser besorgt über die derzeitigen Preissteigerungen, betont aber, dass das wirtschaftliche Fundament im Euroraum solide ist. Er gehe aber davon aus, dass die gegenwärtige Prognose der EK für das Wirtschaftswachstum von 1,8% für den Euroraum wohl nach unten zu korrigieren sei.

Kerstin af Jochnick (Vorsitzende des Committee of European Banking Supervisors, CEBS) berichtete über die jüngsten Aktivitäten von CEBS im Zusammenhang mit der Finanzmarktkrise. CEBS sieht insbesondere vier Bereiche in denen Verbesserungen der Marktteilnehmer nötig sind: Erstens die Stärkung der internen Steuerungsmechanismen. Zweitens die verstärkte Durchführung von Stress-Tests. Drittens Handbücher für die Vorgangsweise in Krisenfällen. Und viertens die Weiterentwicklung von gruppenbezogenen Ansätzen eines Liquiditäts-Risikomanagements.

In der Anhörung unterschiedlicher Marktteilnehmer zu Hedgefonds und Private Equity-Fonds kam es unter anderem zu folgenden Schlussfolgerungen:

Die Verluste der Hedge Fonds sind Folge und nicht Ursache der Probleme im Bankensektor. Eine direkte Aufsicht von Hedge Fonds ist nicht zielführend, eine indirekte Aufsicht über Banken, die Anteile an Hedge Fonds halten, ist sinnvoller. Hedge Fonds bedeuten keine systemische Gefährdung und tragen die Risikoverantwortung selbst. Hedge Fonds sind allerdings umstritten, weil es an Rechenschaftspflicht fehlt, diese kann nur über mehr Transparenz erreicht werden.

#### ***9. April 2008: Vertrag von Lissabon im österreichischen Parlament ratifiziert***

Der EU-Reformvertrag wurde durch den Nationalrat mit 151 zu 27 Stimmen im österreichischen Parlament angenommen. Österreich ist damit das achte Land in der EU, das den Vertrag ratifiziert hat.

#### ***10. April 2008: Der EZB-Rat ließ den Leitzins bei 4% unverändert***

Auf seiner Sitzung beschloss der EZB-Rat, den Mindestbietungssatz für die Hauptrefinanzierungsgeschäfte sowie die Zinssätze für die Spitzenrefinanzierungsfazilität und die Einlagefazilität unverändert bei 4,00 %, 5,00 % bzw. 3,00 % zu belassen. Die geldpolitische Analyse und die aktuellen Daten bestätigten eindeutig, dass die

Preisstabilität auf mittlere Sicht angesichts des weiterhin sehr kräftigen Geldmengen- und Kreditwachstums Aufwärtsrisiken unterliegt.

## **Internationale Organisationen und sonstige internationale Gremien**

### ***7. – 17. März 2008: Art. IV-Konsultation***

Von 7. bis 17. März 2008 nahm der IWF seine (jährlichen) wirtschaftspolitischen Art.IV-Konsultationen mit Österreich vor.

Schwerpunkt war diesmal ein Follow Up zum Financial Sector Assessment Program (FASP), in dem der IWF dem österreichischen Finanzsektor und seiner Aufsicht insgesamt gut beurteilte. Er wies allerdings auch darauf hin, dass die starke Ausrichtung der österreichischen Banken auf Osteuropa, die sich für das Wachstum bisher so positiv ausgewirkt hat, auch eine Risikoanhäufung darstellt.

Weiters wurden der Finanzausgleich und das Verhältnis von Bund zu Ländern und Gemeinden (Schlagwort: Österreich-Konvent) erörtert. Hier bemängelte der IWF, dass die Länder dem innerösterreichischen Stabilitätspakt nicht in vollem Umfang nachkommen und konstatiert ein beträchtliches Einsparungspotential. Auch sei eine deutliche Verbesserung der Transparenz notwendig.

Der IWF äußerte sich positiv zum hohen Wirtschaftswachstum Österreichs von über 3% in den letzten beiden Jahren, was auf Lohnmoderation, erhöhte Wettbewerbsfähigkeit und das besondere Engagement in Osteuropa zurückzuführen sei. Für die Jahre 2008 und 2009 erwartet der IWF ein Wirtschaftswachstum in Österreich von etwa 2%.

### ***7. März 2008: stellvertretende Präsidentin der Weltbank legt Amt zurück***

Ana Isabel de Palacio hat mit 15. April 2008 ihren Posten als stellvertretende Präsidentin der Weltbank aus persönlichen Gründen vorzeitig niedergelegt.

### ***31. März 2008: Das Exekutivdirektorium des IWF stimmt der neuen Quotenformel zu***

Das Exekutivdirektorium des IWF hat einer neuen Quotenformel zur Berechnung der Kapitalanteile zugestimmt. Dadurch erhalten die Entwicklungs- und Schwellenländer mehr Einfluss im IWF. Der Beschluss muss noch von den Gouverneuren in einem schriftlichen Abstimmprozess bis 28. April abgesegnet werden. Aus der Festlegung der neuen Quotenformel resultieren teilweise beträchtliche Quotenerhöhungen einzelner

Länder. In Summe werden die Quoten von 54 Mitgliedsstaaten im Ausmaß von 9,55% der bisherigen Gesamtquote angehoben. Am stärksten profitieren die Schwellen- und Entwicklungsländer, deren Stimmrechte auf Kosten der Industrieländer - insbesondere der europäischen - erhöht werden. Damit konnte ein zwei Jahre dauernder schwieriger politischer Prozess erfolgreich zu Ende geführt werden.

#### *9. April 2008: IWF plant Gold-Verkauf*

Der IWF plant den Verkauf von etwa 403 Tonnen seiner insgesamt 3.217 Tonnen Goldreserven. IWF-Direktor Strauss-Kahn bezeichnete diesen Schritt als einen Meilenstein, der die Institution auf eine solide finanzielle Grundlage stelle und seine Struktur und Arbeit modernisiert. Um Turbulenzen auf dem Goldmarkt zu vermeiden, wird der Verkauf über einen längeren Zeitraum erfolgen.

#### *12./13. April 2008: Frühjahrstagung des IWF und der Weltbank*

Die Finanzminister und Notenbankgouverneure der G7 einigten sich kurz vor Beginn der Frühjahrstagung von Weltbank und IWF in Washington auf einen Aktionsplan, um die weltweite Finanzkrise einzudämmen und mehr Kontrolle zu gewährleisten. Dabei sollen u.a. innerhalb von 100 Tagen die Banken Risiken und Abschreibungen vollständig offenlegen und bis Jahresende ihr Eigenkapital aufstocken. Weiters sollen Anlageprodukte transparenter bewertet werden.

Strauss-Kahn kündigte an, dass es im IWF Veränderungen bei der Stimmenverteilung hinsichtlich einer neuen Quotenformel, bei der Einnahmenseite des Budgets und der IWF-Strategie geben wird (siehe weiter oben Eintrag „31.März 2008“). Die Chancen stünden gut, dass es im Zuge des schriftlichen Abstimmprozesses der Gouverneure bis 28. April die nötige Mehrheit von 85% der Stimmen dafür geben wird. Betreffend Optimierung der Einnahmenseite des IWF-Budgets sagte das International Monetary and Financial Committee (IMFC) einem neuen Einkommensmodell Unterstützung zu, das unter anderem den Verkauf von 403 Tonnen IWF-Gold vorsieht.

Der IWF äußert Befürchtungen bezüglich einer Beschleunigung der Inflation aufgrund schnell steigender Preise für Nahrungsmittel und Energierohstoffe. Weitere Befürchtungen betreffen eine Zuspitzung der Finanzkrise und eine Vertrauenskrise für den US-Dollar und das Britische Pfund.

Im Rahmen der Weltbank-Frühjahrstagung, die zeitgleich mit der des IWF stattfindet, kündigte Weltbank-Präsident Zoellick an, die Weltbank werde in Kürze Gespräche mit den Staatsfonds aufnehmen mit dem Ziel, dass reiche Staatsfonds aus Schwellenländern einen Beitrag zur Entwicklungshilfe in den armen Staaten des afrikanischen Kontinents leisten sollen. Die Staatsfonds sollten 1% ihres Vermögens in afrikanische Unternehmen südlich der Sahara-Wüste investieren.

Gemäß World Economic Outlook des IWF wird das weltweite Wirtschaftswachstum für das Jahr 2008 mit 3,7% prognostiziert, nachdem es im Jänner 2008 noch um einen halben Prozentpunkt höher erwartet wurde.

## **Bericht über die wirtschaftliche Lage**

### **Grafiken und Tabellen**

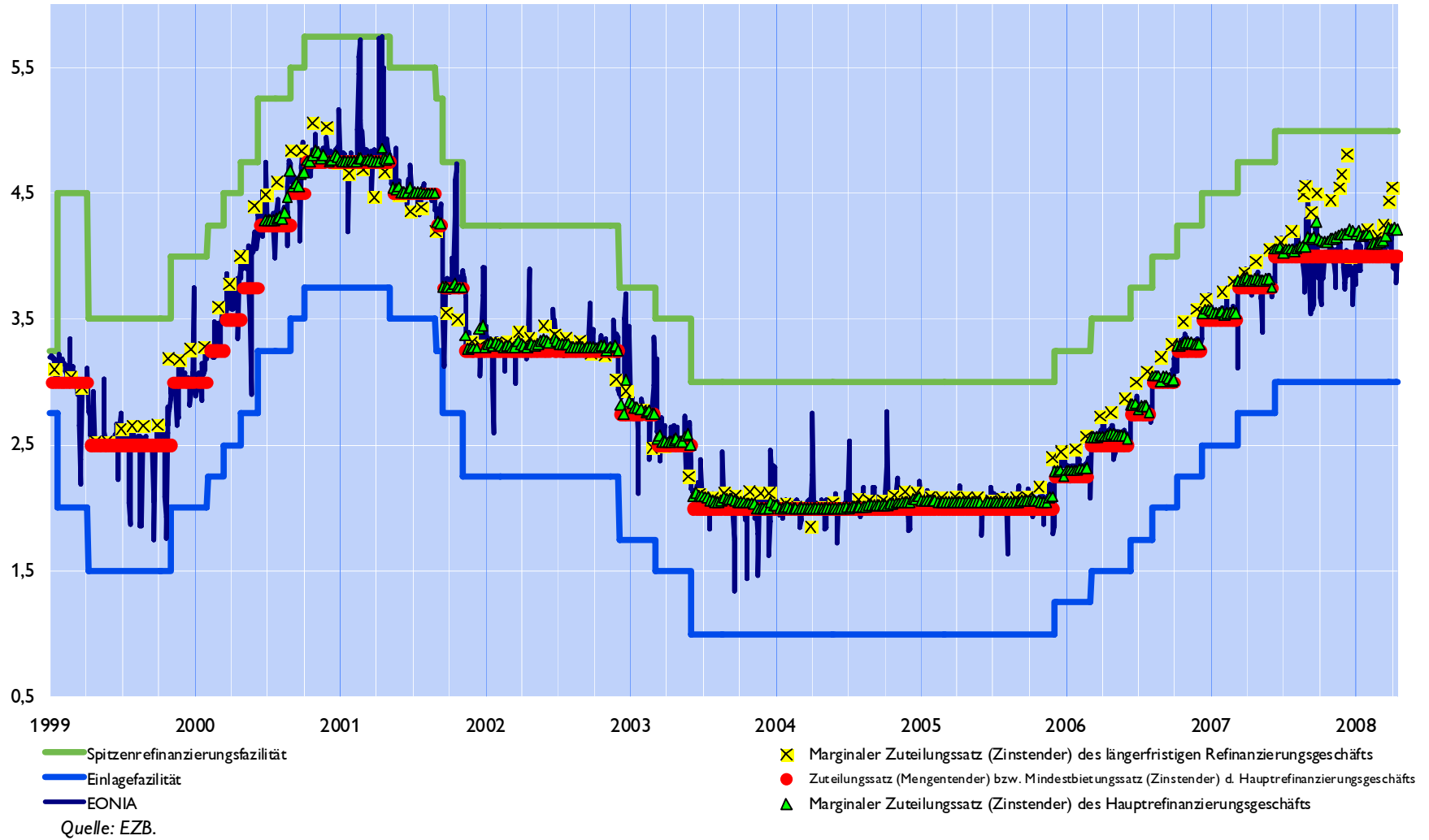
Redaktionsschluss: 18. April 2008

<b>Inhaltsverzeichnis</b>	Seite
<b>Zinsen und Wechselkurse</b>	
Zinssätze im Eurowährungsgebiet	A1
Zinsentwicklung im Euroraum und den USA	A2
Österreich: Rendite der 10jährigen Bundesanleihe	A2
Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft	A3
3-Monatsvergleich der Zinsstruktur	A4
Wechselkursentwicklung	A5
<b>Geldmenge und Ausleihungen</b>	
Entwicklung der Geldmenge M3	A6
Entwicklung der Ausleihungen	A7
Fremdwährungsausleihungen	A8
<b>Preise</b>	
HVPI nach COICOP - Verbrauchsgruppen und Sondergliederung	A9
Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex	A10
Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich	A11
Preisentwicklung bei Rohstoffen	A12
Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich	A12
<b>Konjunkturindikatoren</b>	
Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum	A13
Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich	A14
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum	A15
Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich	A16
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)	A17
Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)	A18
Produktionsindex in Österreich	A19
<b>Arbeitsmarkt</b>	
Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich	A20
Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes	A20
<b>Zahlungsbilanz</b>	
Euroraum	A21
Österreich	A21
Leistungsbilanz - Euroraum	A22
Kapitalbilanz - Euroraum	A22
<b>Weitere ausgewählte Indikatoren für Österreich</b>	
Budgetäre Notifikation (Maastricht) für Österreich	A23
Österreichisches Stabilitätsprogramm	A23
Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit	A24
Österreichischer Außenhandel	A25
Tourismus: Übernachtungen in Österreich	A26
Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A27
Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute	A28
<b>Aktien- und Devisenmärkte</b>	
Aktienmarkt	A29
Devisenmarkt und Gold	A30
<b>Internationale Vergleiche für ausgewählte Länder</b>	
Entwicklung der Verbraucherpreise	A31
Reales Bruttoinlandsprodukt	A32
Industrieproduktion	A33
Arbeitslosenquote	A34
Fiskalindikatoren und Leistungsbilanzsalden	A35
Grafiken zu den Fiskalindikatoren	A36

# Zinssätze im Euro-Währungsgebiet

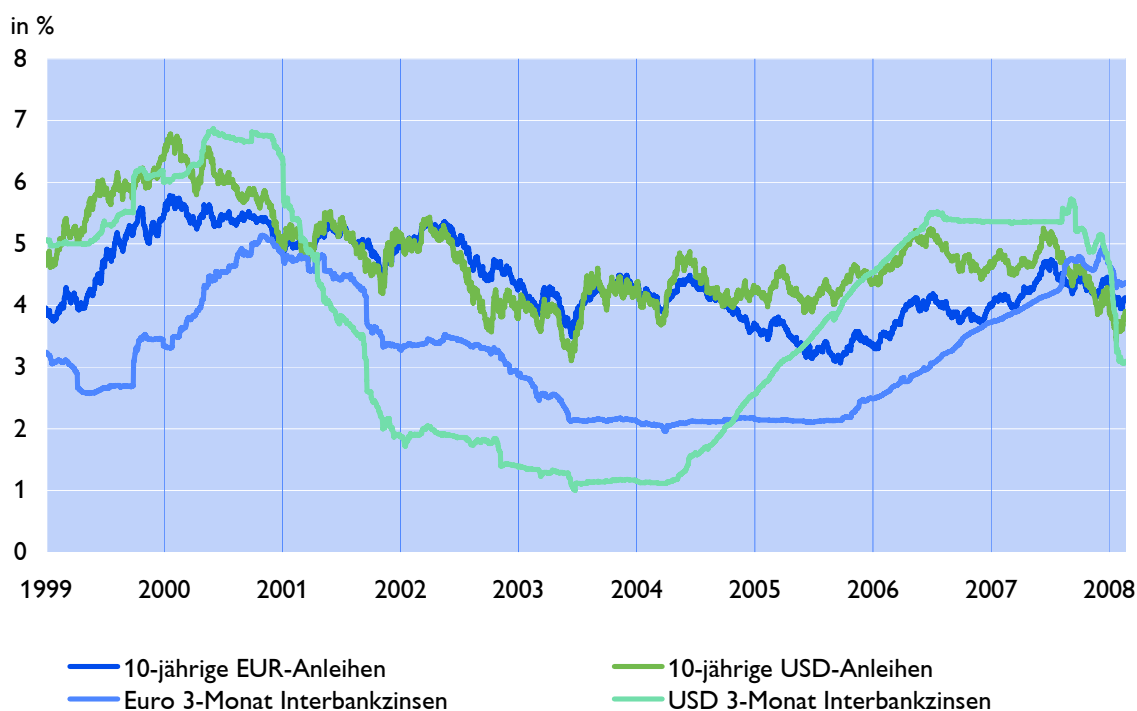
in %

vom 4.1.1999 bis 17.4.2008





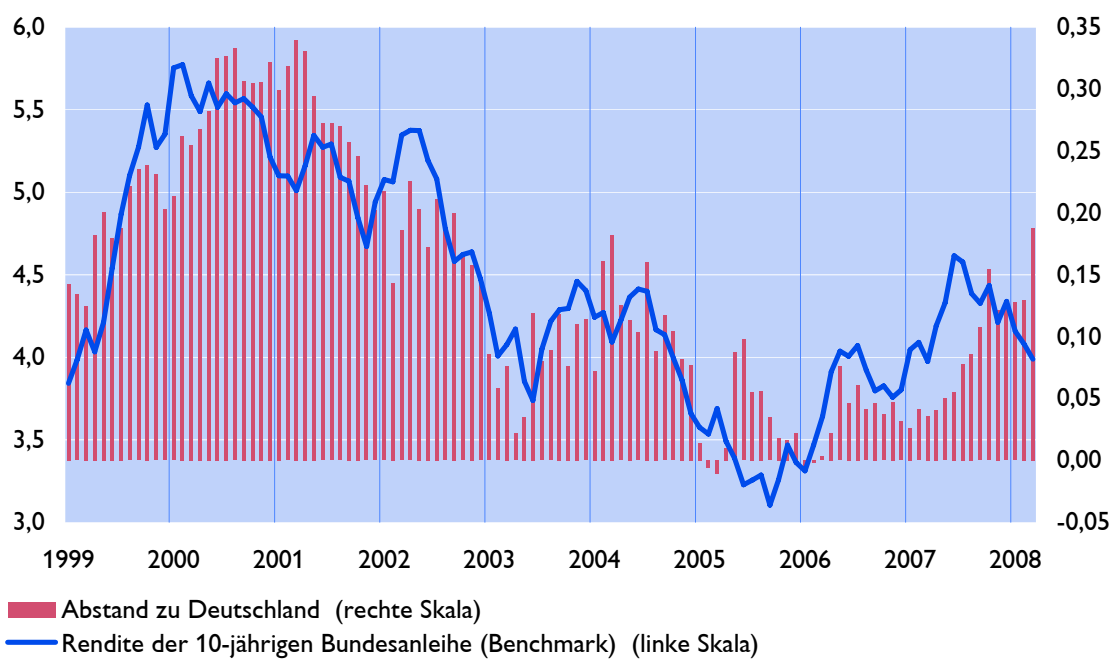
## Zinsentwicklung im Euroraum und den USA



## Österreich: Rendite der 10-jährigen Bundesanleihe (Benchmark)

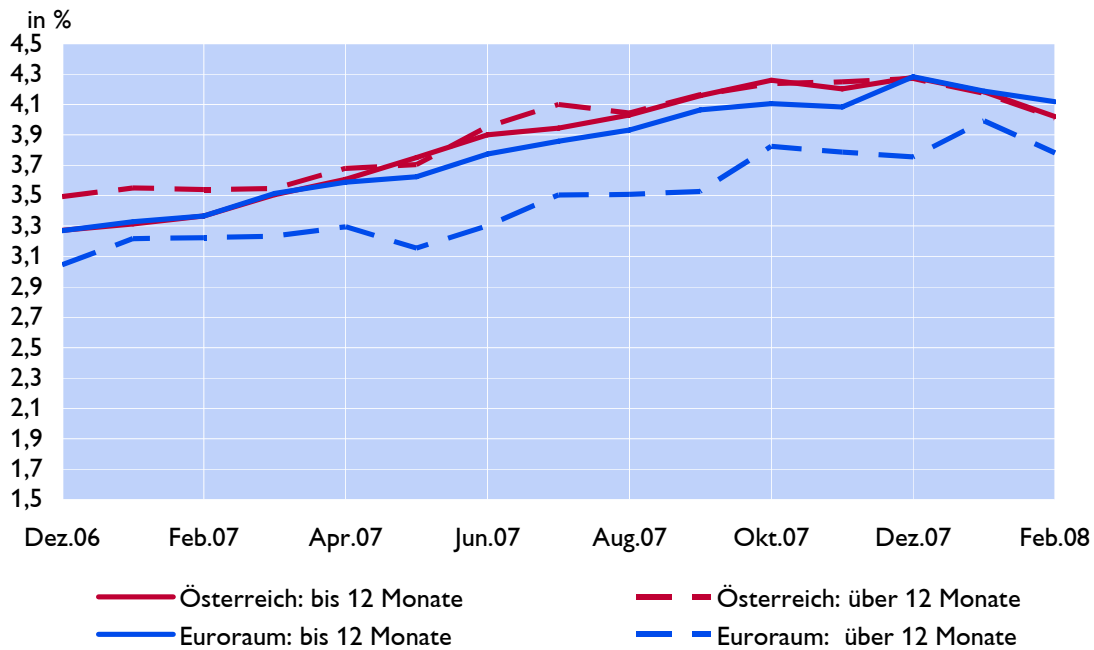
Monatsdurchschnitte in %

in Prozentpunkten

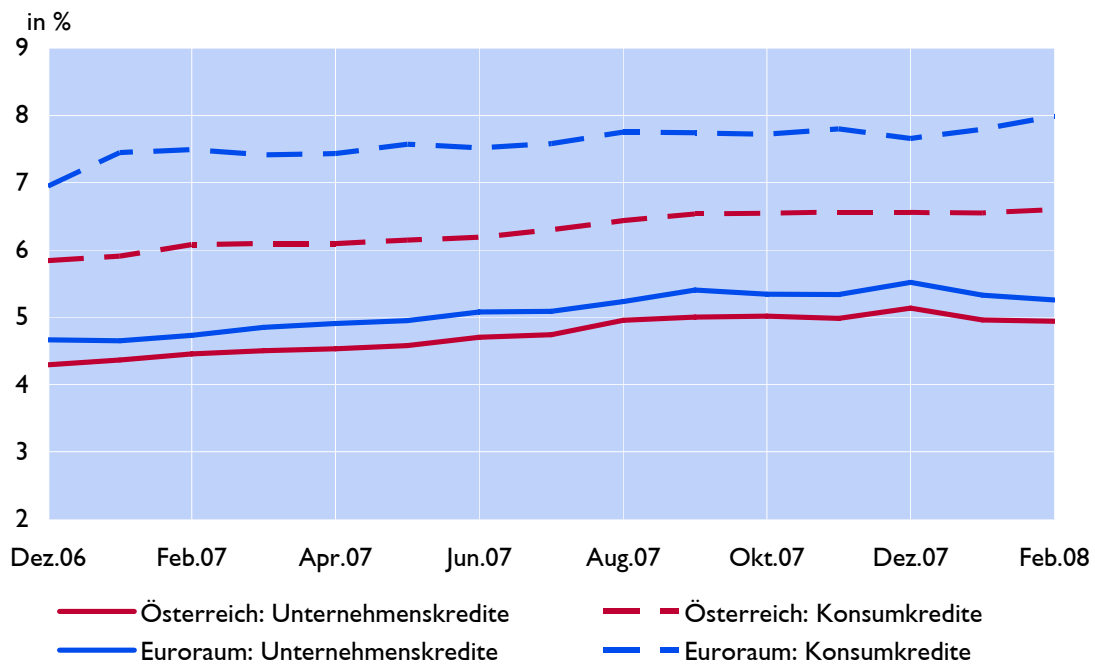


## Kundenzinsen im Euroraum und in Österreich - Neugeschäft

### Einlagenzinsen - private Haushalte

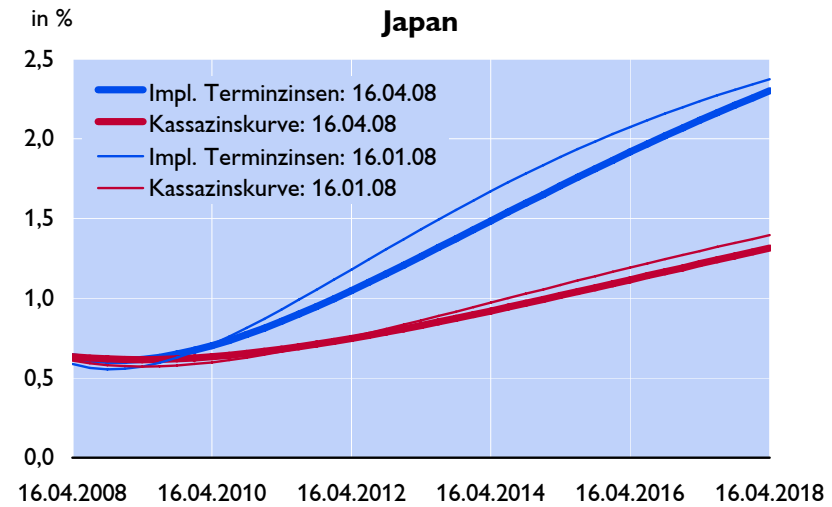
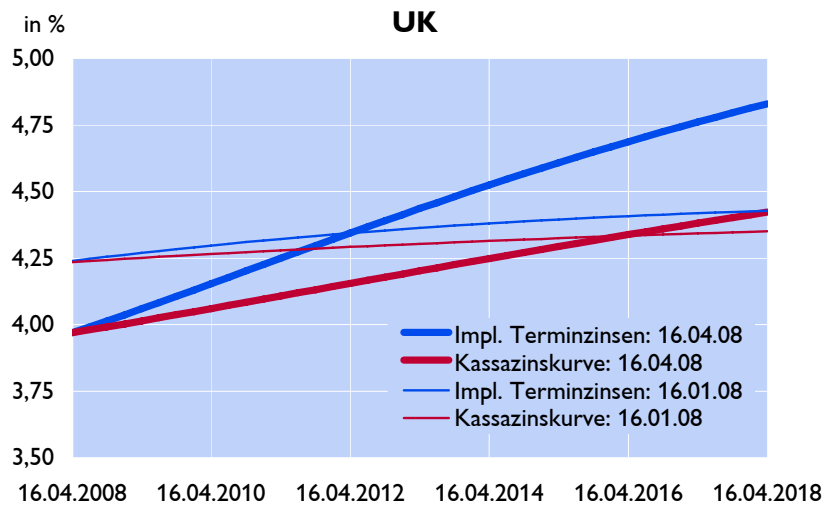
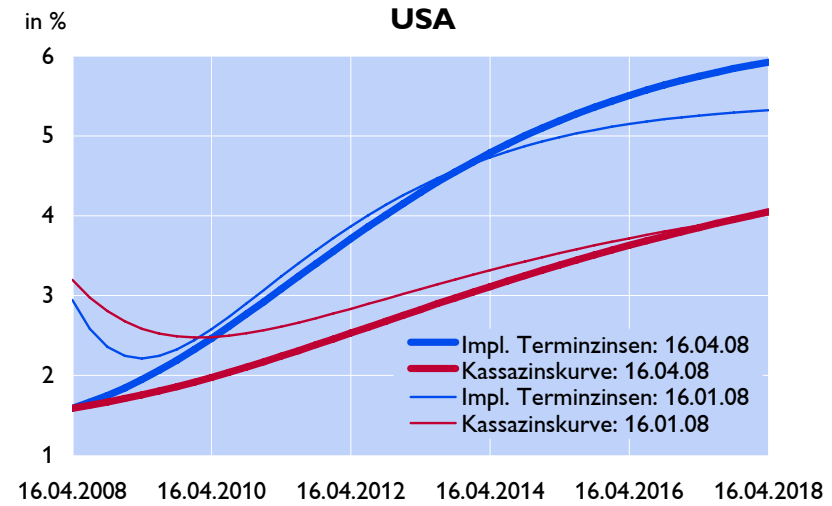
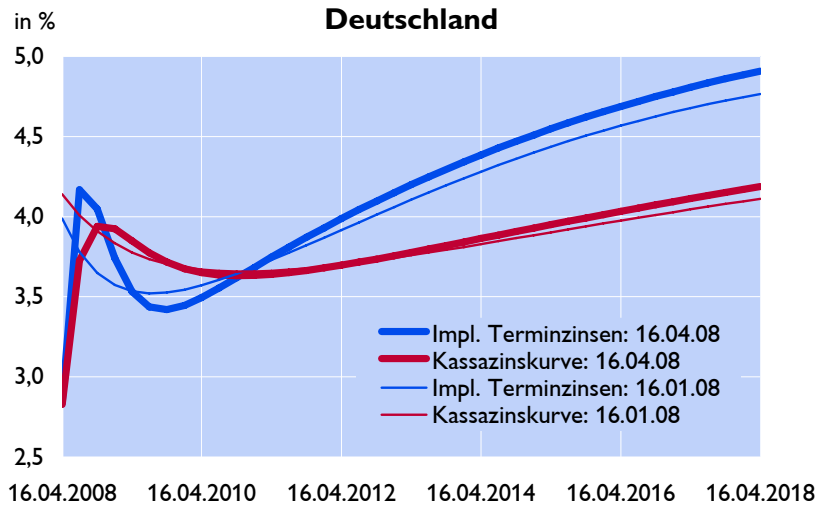


### Kreditzinsen



Quelle: OeNB, EZB.

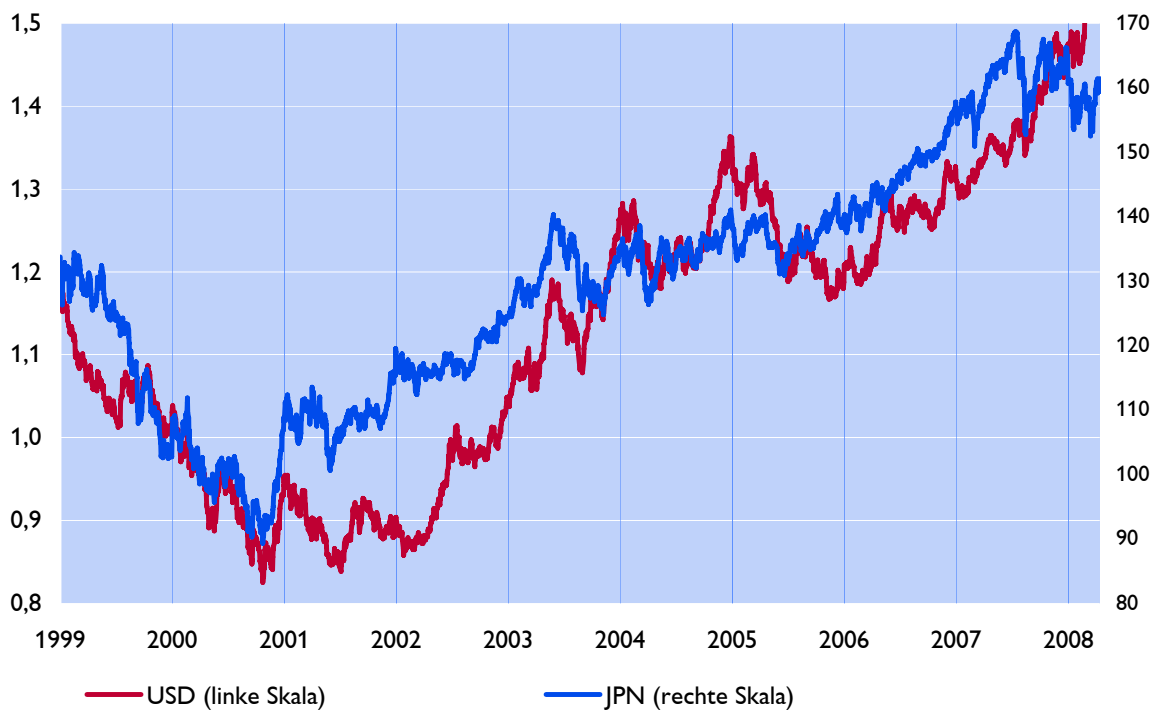
### 3-Monatsvergleich der Zinsstruktur: 16. Jänner 2008 mit 16. April 2008



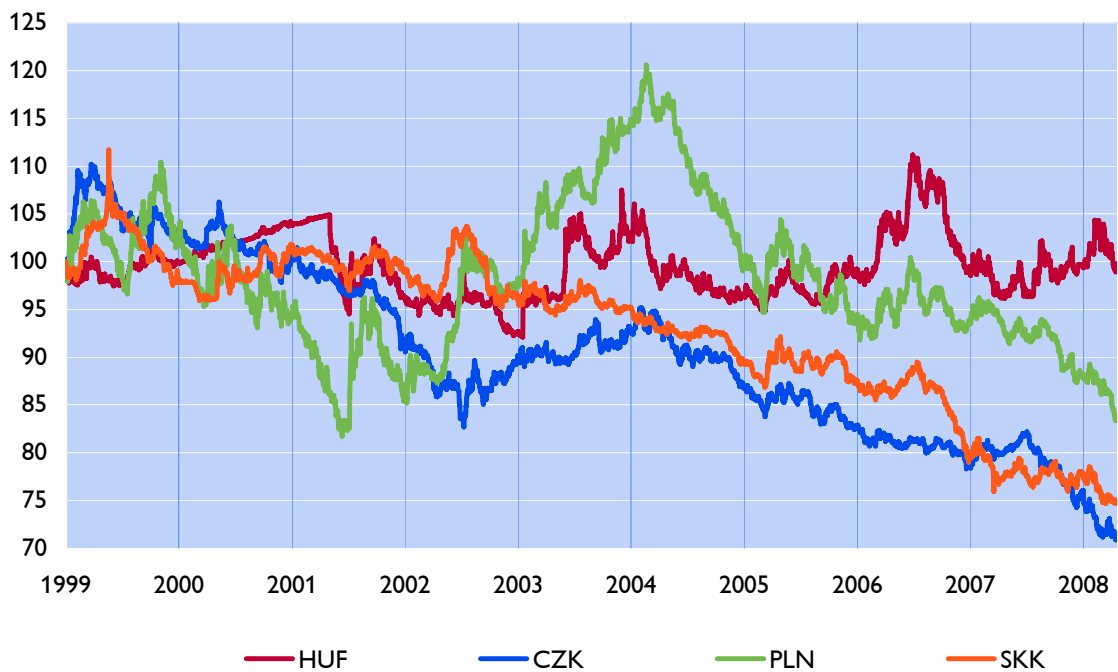
Quelle: OeNB.

## Wechselkursentwicklung

### US-Dollar und japanischer Yen zum Euro



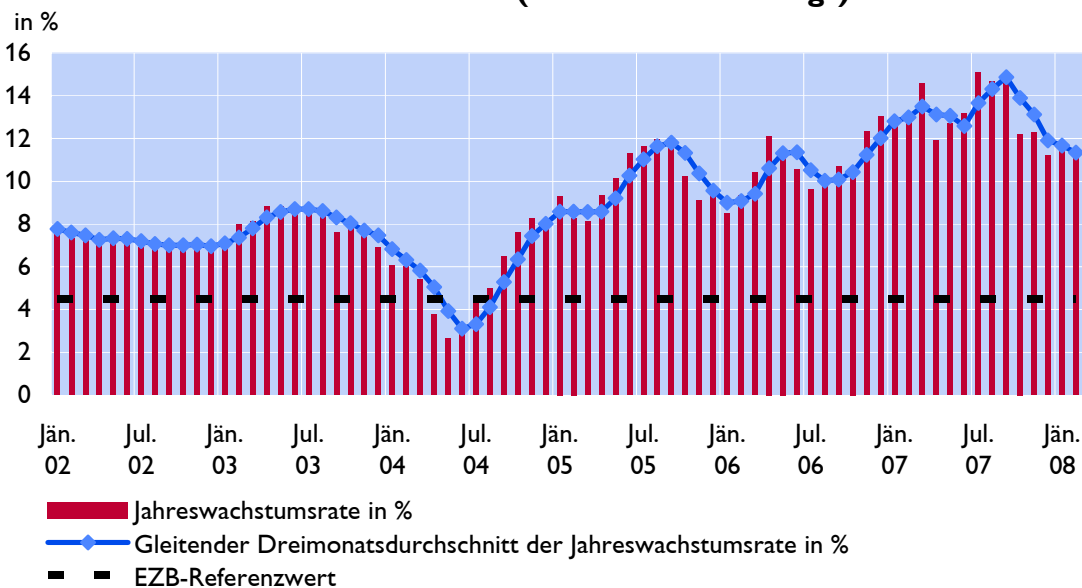
### 1.1.1999 = 100      Ausgewählte Währungen zum Euro



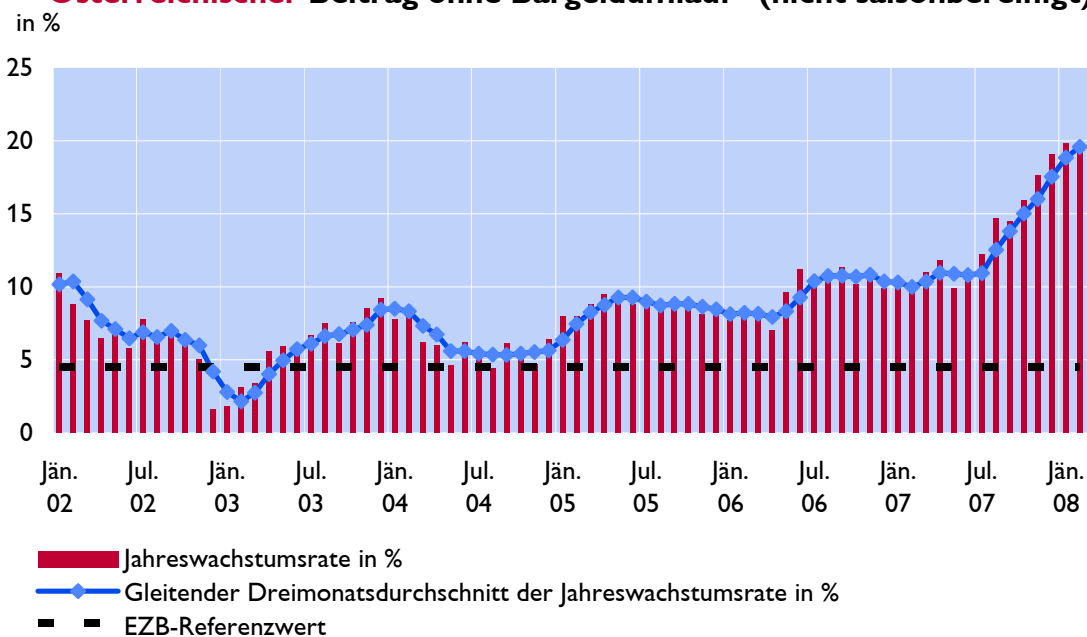
Quelle: Thomson Financial.

Entwicklung der Geldmenge M3

Euroraum (nicht saisonbereinigt)



Österreichischer Beitrag ohne Bargeldumlauf<sup>1)</sup> (nicht saisonbereinigt)



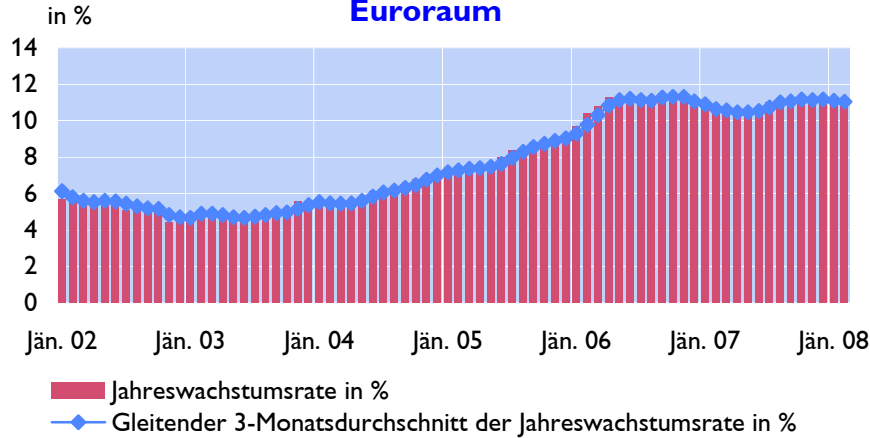
Quelle: OeNB, EZB.

1) Gem. EZB-Beschluss (ECB/2001/18) wird seit 1.1.2002 mit Anwendung des Euro-Banknotenverteilungsschlüssels eine fiktive Größe für den nationalen Bargeldumlauf betrachtet, wodurch die Aussagekraft der nationalen M3-Beiträge verzerrt wird. Um Verzerrungseffekte auszublenden, wird ab Berichtstermin Jän. 2002 der österr. M3-Beitrag nur noch ohne Bargeldumlauf dargestellt.

# Entwicklung der Ausleihungen

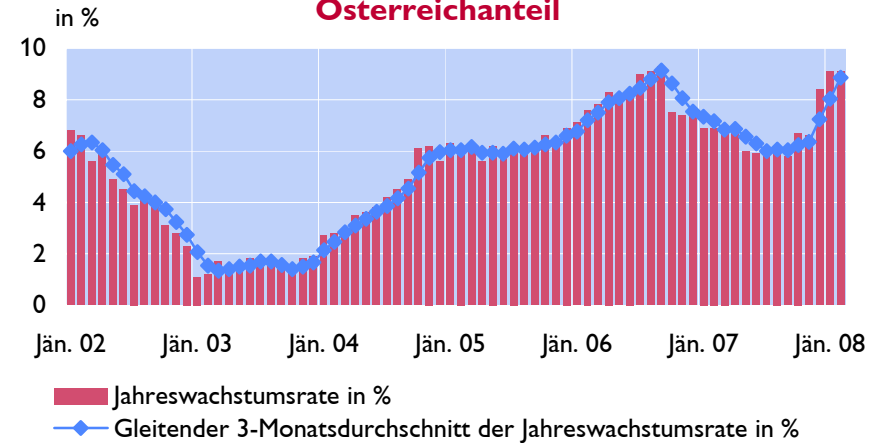
## Ausleihungen an den privaten Sektor

**Euroraum**



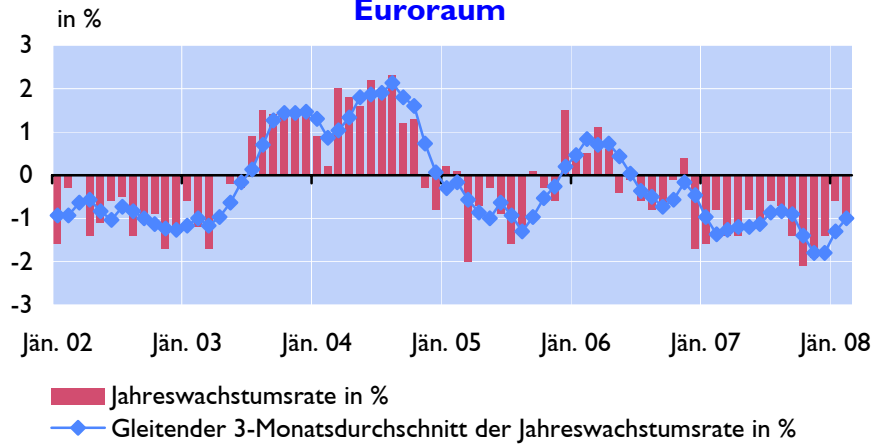
## Ausleihungen an den privaten Sektor

**Österreichanteil**



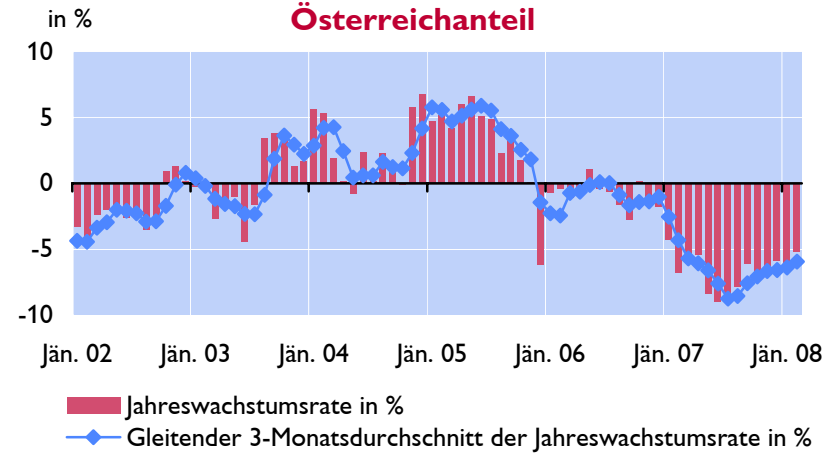
## Ausleihungen an die öffentliche Hand

**Euroraum**



## Ausleihungen an die öffentliche Hand

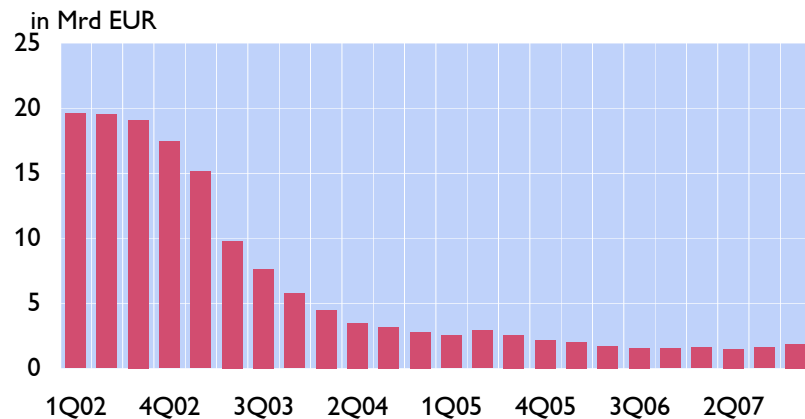
**Österreichanteil**



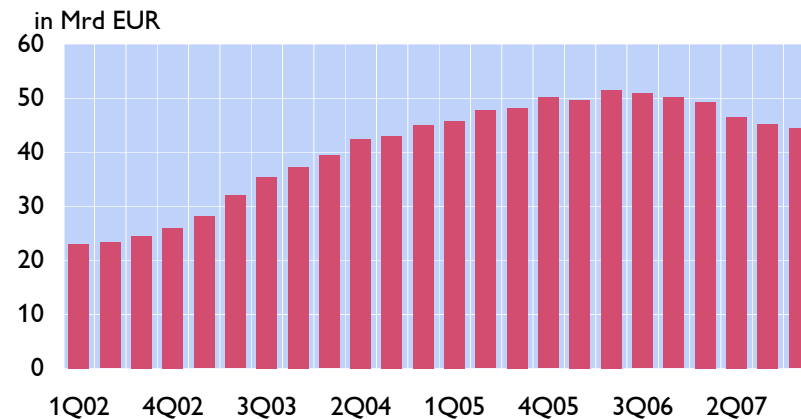
Quelle: OeNB, EZB.

# Fremdwährungsausleihungen

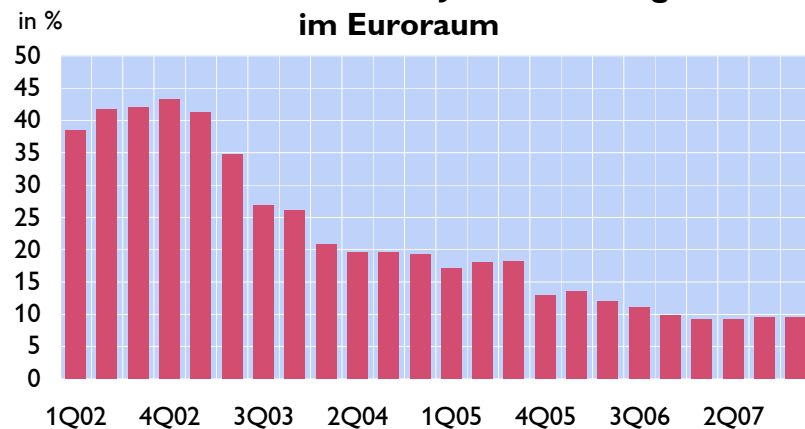
## Ausleihungen in JPY an Nichtbanken



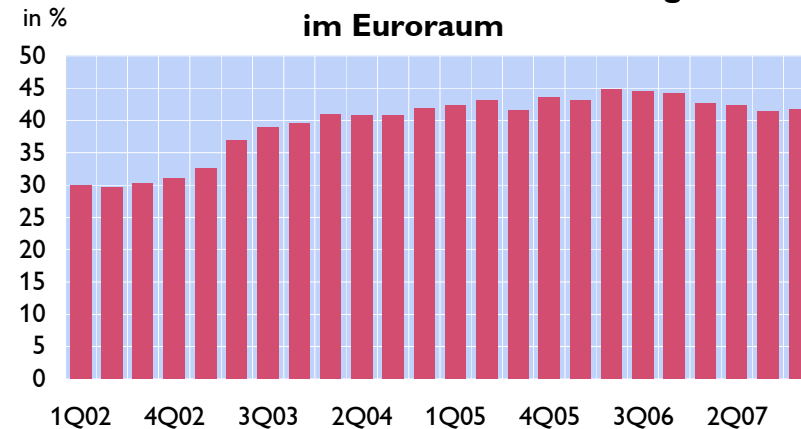
## Ausleihungen in CHF an Nichtbanken



## Anteile Österreichs an JPY Ausleihungen im Euroraum



## Anteile Österreichs an CHF Ausleihungen im Euroraum



Quelle: OeNB, EZB.

## HVPI nach COICOP<sup>1)</sup> - Verbrauchsguppen und Sondergliederungen

Euroraum	Gewicht 2008	2006	2007	Nov.07	Dez.07	Jän.08	Feb.08	Mär.08
<b>COICOP-Verbrauchsgruppen</b>	in %	Veränderung zum Vorjahr in %						
0 Gesamt-HVPI	100,00	2,2	2,1	3,1	3,1	3,2	3,3	3,6
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	15,79	2,3	2,7	4,3	4,8	5,4	5,8	6,2
2 Alkoholische Getränke und Tabak	3,72	2,7	3,4	2,6	2,5	2,9	3,0	3,1
3 Bekleidung und Schuhe	6,83	0,4	1,0	1,2	1,0	0,5	1,0	1,0
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	15,30	4,7	2,7	3,6	3,6	4,0	4,0	4,4
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,01	1,0	1,7	2,0	1,9	2,0	2,1	2,2
6 Gesundheitspflege	4,05	1,4	1,7	1,4	1,3	2,0	1,5	1,6
7 Verkehr	15,64	3,2	2,4	5,8	5,6	5,6	5,4	5,6
8 Nachrichtenübermittlung	3,29	-3,2	-1,9	-1,8	-2,2	-2,9	-3,1	-1,5
9 Freizeit und Kultur	9,67	0,1	0,2	0,3	0,1	0,1	0,0	0,6
10 Bildungswesen	1,06	2,9	7,8	9,4	9,4	9,4	9,6	9,6
11 Hotels, Cafes und Restaurants	9,28	2,6	3,2	3,2	3,4	3,2	3,3	3,6
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	8,36	2,1	2,3	2,3	2,3	2,2	2,3	2,4
<b>Ausgewählte Sondergruppen</b>								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	19,51	2,4	2,9	4,0	4,3	4,9	5,2	5,6
Unbearbeitete Lebensmittel	7,60	2,8	3,0	3,0	3,1	3,3	3,3	3,8
Flüss. Treib- u. Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm. Güter	5,47	6,8	1,8	16,3	15,2	17,5	16,7	17,8
Industriegüter	59,10	2,3	1,9	3,4	3,4	3,7	3,8	4,1
Industrielle nichtenergetische Güter	39,59	2,3	1,4	3,2	3,0	3,1	3,2	3,4
Energie	29,77	0,6	1,0	1,1	1,0	0,7	0,8	0,9
Dienstleistungen	9,81	7,7	2,6	9,7	9,2	10,6	10,4	11,3
Gesamtindex ohne Energie	40,90	2,0	2,5	2,5	2,5	2,5	2,5	2,8
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	90,19	1,6	2,1	2,3	2,4	2,4	2,5	2,8
82,58	1,5	2,0	2,3	2,4	2,3	2,4	2,4	2,7
<b>Österreich</b>								
Österreich	Gewicht 2008	2006	2007	Nov.07	Dez.07	Jän.08	Feb.08	Mär.08
<b>COICOP-Verbrauchsgruppen</b>	in %	Veränderung zum Vorjahr in %						
0 Gesamt-HVPI	100,00	1,7	2,2	3,2	3,5	3,1	3,1	3,5
1 Nahrungsmittel und alkoholfreie Getränke	12,90	1,5	4,2	6,4	7,0	7,4	8,1	7,7
2 Alkoholische Getränke und Tabak	2,96	0,4	2,3	2,4	2,1	4,8	5,1	6,1
3 Bekleidung und Schuhe	5,67	-0,2	2,2	4,7	5,2	3,3	4,0	1,2
4 Wohnung, Wasser, Strom, Gas, Brennstoffe	14,25	5,4	4,3	3,9	3,6	2,5	1,9	2,1
5 Hausrat und laufende Instandh. d. Hauses	7,89	0,6	1,2	2,0	2,3	2,8	2,8	2,6
6 Gesundheitspflege	5,22	1,2	2,0	2,3	2,3	2,4	1,6	1,6
7 Verkehr	15,10	2,9	0,4	4,3	5,2	5,9	5,9	8,1
8 Nachrichtenübermittlung	2,16	-4,5	4,5	-2,9	-7,7	-18,0	-15,2	-9,2
9 Freizeit und Kultur	11,58	-2,0	0,2	0,8	1,6	0,4	-0,5	0,4
10 Bildungswesen	1,02	7,2	1,9	2,5	2,4	2,2	2,3	2,5
11 Hotels, Cafes und Restaurants	14,59	1,8	2,2	2,6	3,1	3,2	3,6	3,7
12 Verschiedene Waren und Dienstleistungen	6,66	2,4	2,4	2,5	2,7	3,2	2,7	3,0
<b>Ausgewählte Sondergruppen</b>								
Lebensmittel inkl. Alkohol und Tabak	15,86	1,3	3,8	5,6	6,0	6,9	7,5	7,4
Unbearbeitete Lebensmittel	5,38	1,2	3,9	4,3	4,8	5,1	5,0	5,4
Flüss. Treib- u. Schmierstoffe f. priv. Verkehrsm. Güter	5,30	7,3	1,4	17,9	21,1	23,7	23,6	26,8
Industriegüter	53,47	1,6	2,4	4,7	5,3	5,2	5,4	5,3
Industrielle nichtenergetische Güter	37,61	1,7	1,9	4,3	4,9	4,5	4,5	4,5
Energie	28,64	0,4	1,3	2,0	2,4	2,1	2,1	1,6
Dienstleistungen	8,97	6,3	4,0	12,6	14,0	12,9	12,8	14,5
Gesamtindex ohne Energie	46,53	1,8	1,9	1,6	1,5	0,8	0,6	1,6
Gesamtindex o. Energie u. unb. Lebensmittel	91,03	1,3	2,0	2,4	2,5	2,2	2,2	2,5
85,65	1,3	1,9	2,3	2,4	2,0	2,1	2,4	

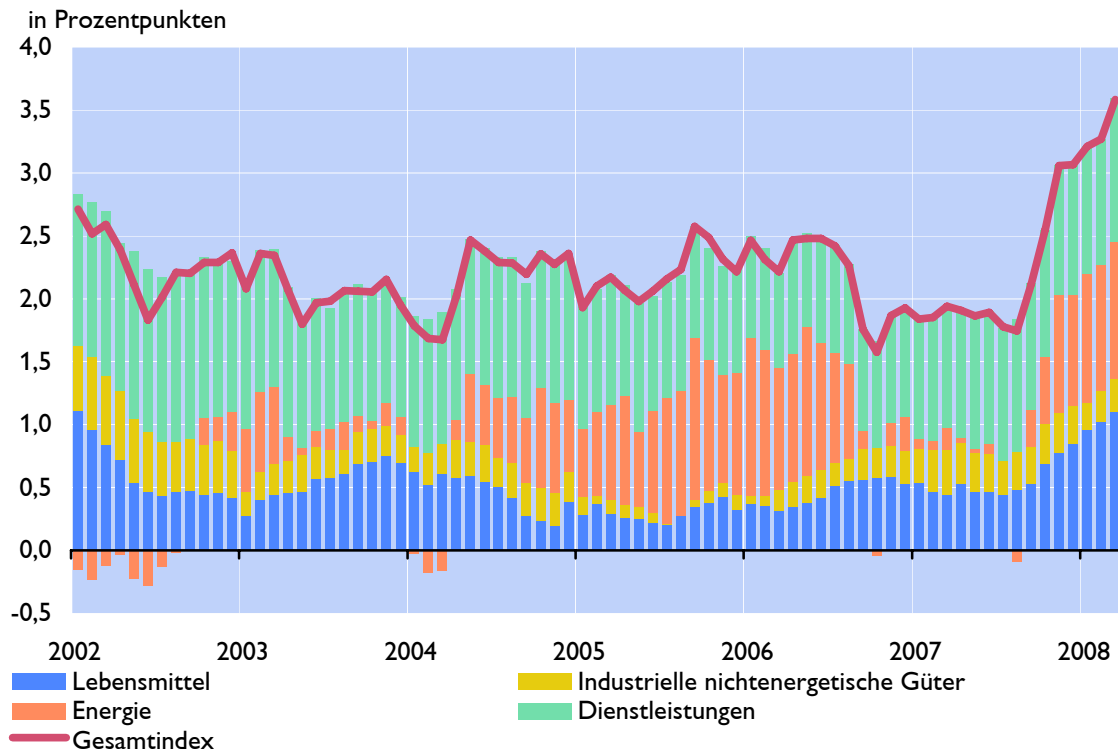
Quelle: Statistik Austria, Eurostat.

1) Classification of individual consumption of purposes.

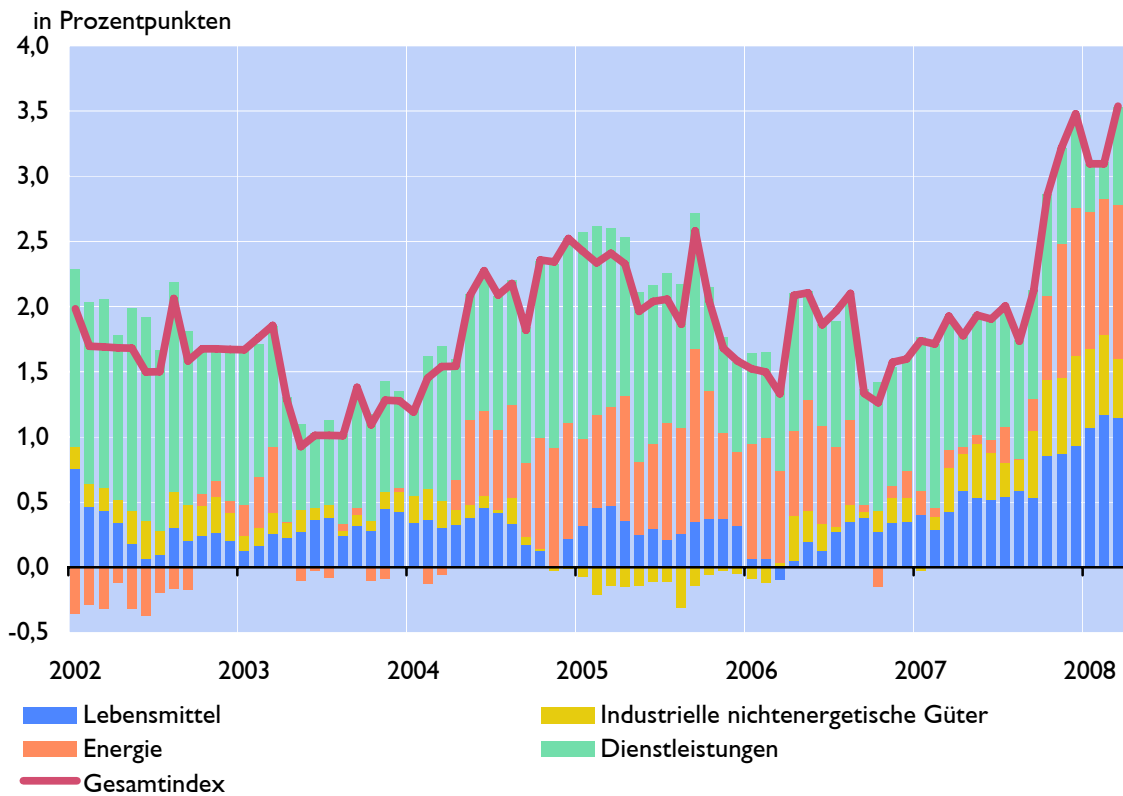


## Komponenten des Harmonisierten Verbraucherpreisindex

### Euroraum: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation



### Österreich: Inflationsrate und Beiträge zur Inflation

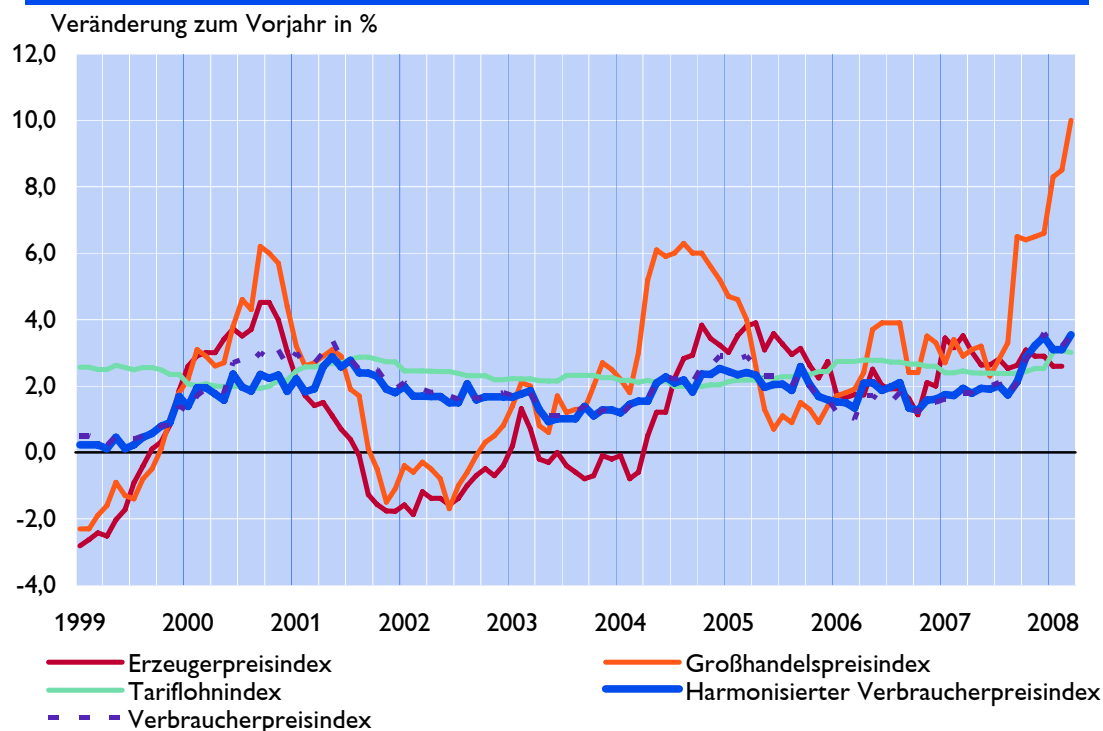


Quelle: Eurostat, Statistik Austria, OeNB.

## Ausgewählte Inflationsindikatoren für Österreich

Periode	Erzeugerpreisindex (EPI)	Großhandelspreisindex (GHPI)	Verbraucherpreisindex (VPI)	Harmonisierter Verbraucherpreisindex (HVPI)	Tariflohnindex (TLI)
Veränderung zum Vorjahr in %					
2003	-0,1	1,7	1,3	1,3	2,2
2004	1,6	5,0	2,1	2,0	2,1
2005	3,2	2,0	2,3	2,1	2,3
2006	1,8	2,9	1,5	1,7	2,7
2007	2,9	4,1	2,2	2,2	2,4
2008 <sup>1)</sup>	x	x	x	2,4	x
2009 <sup>1)</sup>	x	x	x	1,8	x
Mär.07	3,5	2,9	1,8	1,9	2,4
Apr.07	3,0	3,1	1,8	1,8	2,4
Mai.07	2,6	3,2	2,0	1,9	2,4
Jun.07	2,6	2,3	2,0	1,9	2,4
Jul.07	2,8	2,8	2,1	2,0	2,4
Aug.07	2,5	3,3	1,7	1,7	2,4
Sep.07	2,6	6,5	2,1	2,1	2,4
Okt.07	3,1	6,4	2,8	2,9	2,4
Nov.07	2,9	6,5	3,1	3,2	2,5
Dez.07	2,9	6,6	3,6	3,5	2,5
Jän.08	2,6	8,3	3,2	3,1	3,0
Feb.08	2,6	8,5	3,2	3,1	3,1
Mär.08	..	10,0	3,5	3,5	3,0

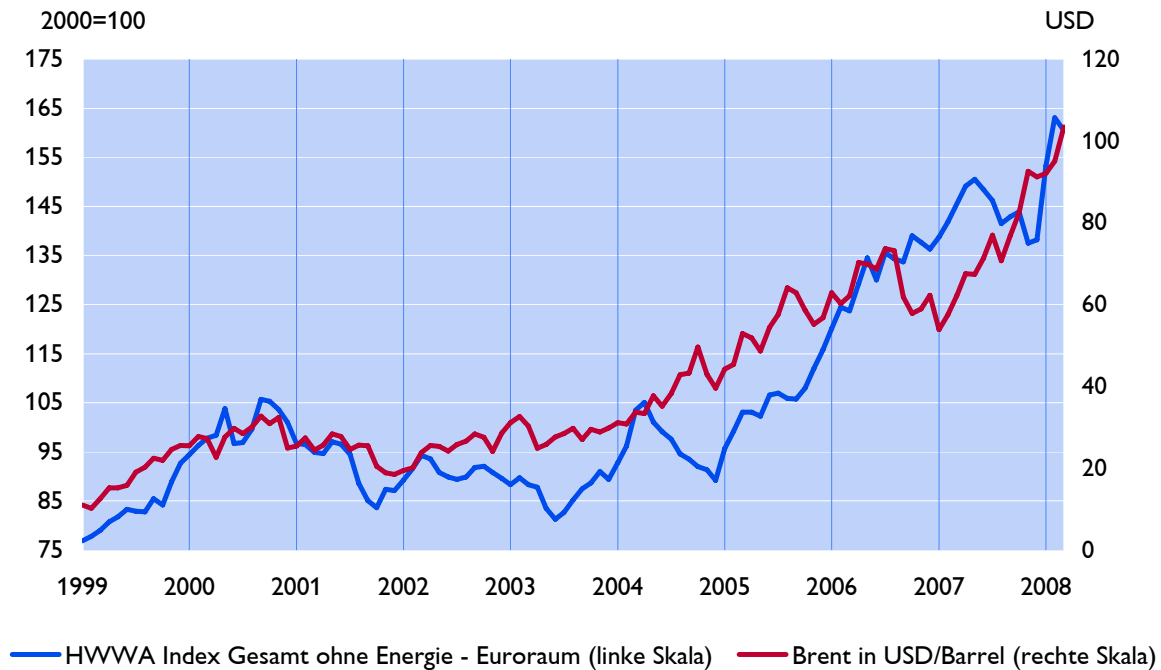
## Inflationsindikatoren für Österreich



Quelle: Statistik Austria.

1) Prognose der OeNB vom Dezember 2007.

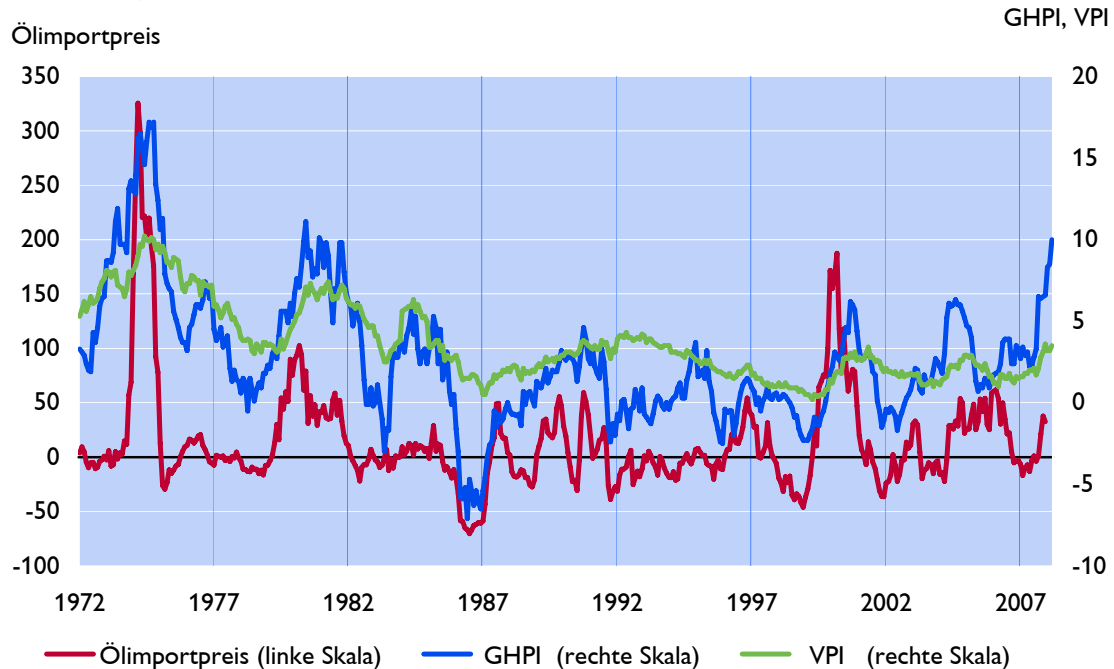
## Preisentwicklung bei Rohstoffen



Quelle: HWWA, Thomson Financial.

## Ölimportpreis- und Inflationsentwicklung in Österreich

Veränderung zum Vorjahr in %



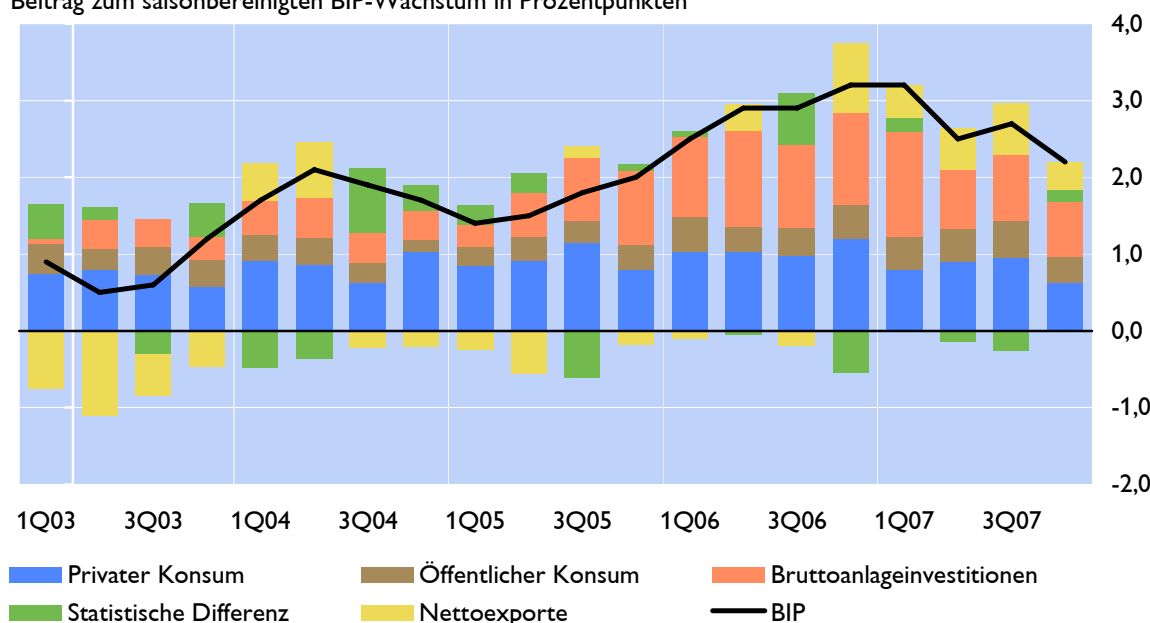
Quelle: Statistik Austria, WIFO.

**Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate im Euroraum**

Periode	BIP	Konsumausgaben	Bruttoanlageinvestitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
	Veränderung zum Vorjahr in % (real)				
2000	3,8	2,9	4,9	12,2	11,1
2001	1,9	2,0	0,5	3,9	2,1
2002	0,9	1,3	-1,4	1,8	0,4
2003	0,8	1,4	1,4	1,2	3,3
2004	2,1	1,6	2,4	7,2	7,0
2005	1,6	1,5	3,0	4,7	5,5
2006	2,8	1,8	5,0	7,9	7,7
2007	2,6	1,7	4,3	6,0	5,2
2008 <sup>1)</sup>	2,2	2,1	2,9	5,3	5,5
2009 <sup>1)</sup>	2,1	1,9	2,6	5,4	5,3
4Q05	2,0	1,5	4,6	5,5	6,2
1Q06	2,5	1,9	4,9	8,7	9,4
2Q06	2,9	1,8	5,8	8,0	7,5
3Q06	2,9	1,7	5,0	6,6	7,4
4Q06	3,2	2,1	5,5	9,0	7,1
1Q07	3,2	1,6	6,3	6,6	5,9
2Q07	2,5	1,8	3,5	6,0	5,0
3Q07	2,7	1,9	3,9	7,2	5,9
4Q07	2,2	1,3	3,2	4,4	3,8

**Wachstumsbeiträge zum realen BIP im Euroraum**

Beitrag zum saisonbereinigten BIP-Wachstum in Prozentpunkten



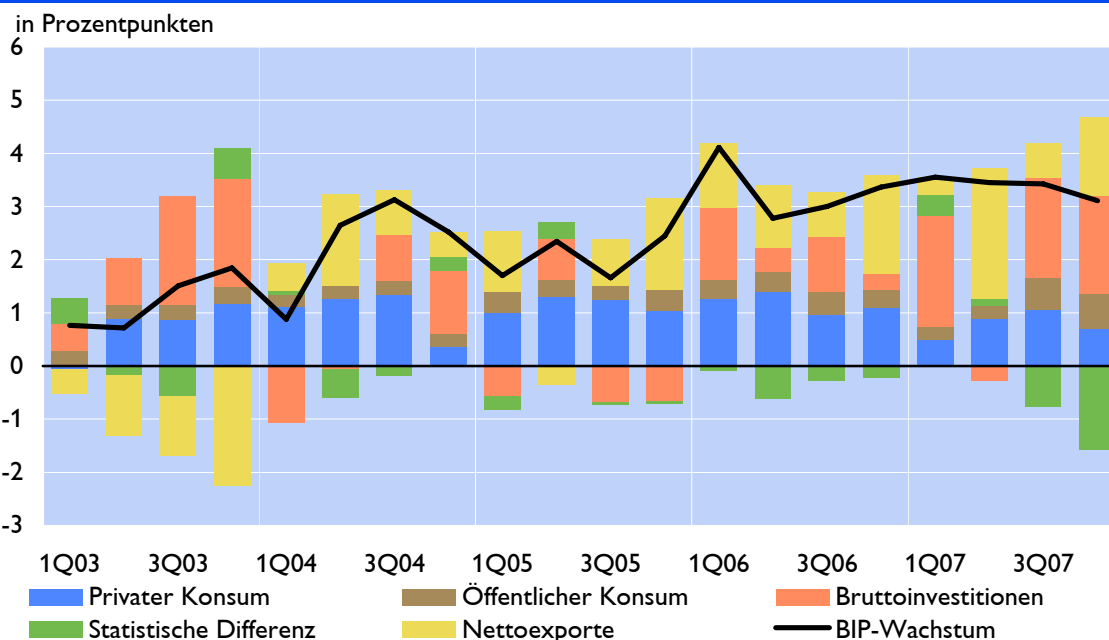
Quelle: Eurostat, OeNB.

1) Prognose EU-Kommission vom Herbst 2007.

## Entwicklung volkswirtschaftlicher Aggregate in Österreich

Periode	BIP	Konsum- ausgaben	Brutto- investitionen	Exporte i.w.S.	Importe i.w.S.
Veränderung zum Vorjahr in % (real - auf Basis von Vorjahrespreisen, nicht saisonbereinigt)					
2000	3,4	3,0	3,7	10,5	10,1
2001	0,8	0,4	-2,2	7,2	5,1
2002	0,9	0,5	-6,8	4,0	0,1
2003	1,2	1,4	6,6	2,3	5,3
2004	2,3	1,7	1,2	8,2	6,8
2005	2,0	2,0	-1,3	6,2	5,0
2006	3,3	2,1	3,7	7,5	5,6
2007	3,4	1,7	6,5	8,1	6,6
2008 <sup>1)</sup>	2,5	1,9	2,4	6,1	5,5
2009 <sup>1)</sup>	2,3	1,2	2,3	6,7	6,1
3Q05	1,7	2,1	-2,9	6,1	4,7
4Q05	2,4	1,9	-3,0	6,8	3,8
1Q06	4,1	2,1	7,8	9,7	8,6
2Q06	2,8	2,4	1,9	6,0	4,1
3Q06	3,0	1,9	4,6	5,8	4,6
4Q06	3,4	1,9	1,4	8,4	5,6
1Q07	3,6	1,0	11,6	8,5	9,1
2Q07	3,5	1,6	-1,2	9,0	5,0
3Q07	3,4	2,3	8,2	8,1	7,6
4Q07	3,1	1,8	9,0	6,8	4,8

## Wachstumsbeiträge zum realen BIP in Österreich



Quelle: WIFO (Quartale), Statistik Austria (Jahre), OeNB.

1) OeNB-Prognose vom Dezember 2007 - erstellt auf Basis saison- und arbeitstägig bereinigter Daten.

## Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für den Euroraum

Indikatoren	Eurosistem <sup>1)</sup> Dezember 2007		OECD Dezember 2007		IVF April 2008		EU-Kommission <sup>2)</sup> November 2007	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
<b>Hauptergebnisse</b>								
BIP, real	1,5-2,5	1,6-2,6	1,9	2,0	1,4	1,2	2,2	2,1
Privater Konsum, real	1,4-2,4	1,2-2,8	1,9	2,0	1,4	1,2	2,1	1,9
Öffentlicher Konsum, real	1,1-2,1	1,0-2,0	1,6	1,5	1,9	1,9	2,1	2
Bruttoanlageinvestitionen, real	0,9-3,9	0,7-3,9	2,2	2,4	1,8	1,0	2,9	2,6
Exporte, real	3,5-6,7	3,9-7,1	x	x	4,4	4,8	5,3	5,4
Importe, real	3,3-6,7	3,6-7,0	x	x	4,6	4,9	5,5	5,3
BIP Deflator	x	x	2,2	2,3	2,2	1,7	2,2	2,1
HVPI	2,0-3,0	1,2-2,5	2,5	2,0	2,8	1,9	2,1	2
Lohnstückkosten	x	x	2,1	2,0	0,7	0,5	1,8	1,5
Beschäftigte	x	x	1,1	0,8	0,8	..	1,0	0,8
Arbeitslosenquote	x	x	6,4	6,4	7,3	7,4	7,1	7,1
Leistungsbilanz	x	x	-0,1	-0,2	-0,7	-0,9	0,0	0,1
Öffentliches Defizit	x	x	-0,7	-0,6	-1,1	-1,1	-0,9	-0,8
Erdölpreis in USD/Barrel	88,6	83,7	90,0	90,0	95,5	94,5	78,8	76,0
Kurzfristiger Zinssatz in % USD/EUR	4,5	4,3	4,2	4,1	4,0	3,6	4,4	4,3
	1,46	1,46	1,45	1,45	1,47	1,48	1,42	1,42
BIP, real USA	x	x	2,0	2,2	0,5	0,6	1,7	2,6
BIP, real Welt (OECD: Wachstum von Gesamt OECD)	5,2	5,2	2,3	2,4	3,7	3,8	4,7	4,8
Welthandel (EU-Kommission: Weltimporte)	x	x	8,1	8,1	5,6	5,8	7,2	7,6

1) Die von Experten der EZB erstellten Projektionen (März und September) ergänzen die gesamtwirtschaftlichen Projektionen des Eurosystems, die halbjährlich (Juni und Dezember) von Experten der EZB und der nationalen Zentralbanken des Euro-Währungsgebietes gemeinsam erarbeitet werden. Bandbreiten basieren auf dem Durchschnitt der absoluten Abweichungen von früheren Projektionen.

2) Laut Interimsprognose der EK im Februar 2008 wird das reale Wirtschaftswachstum im Euroraum 2007 2,7 % und 2008 1,8 % betragen. Die Inflationsrate wird 2008 bei 2,6 % liegen.

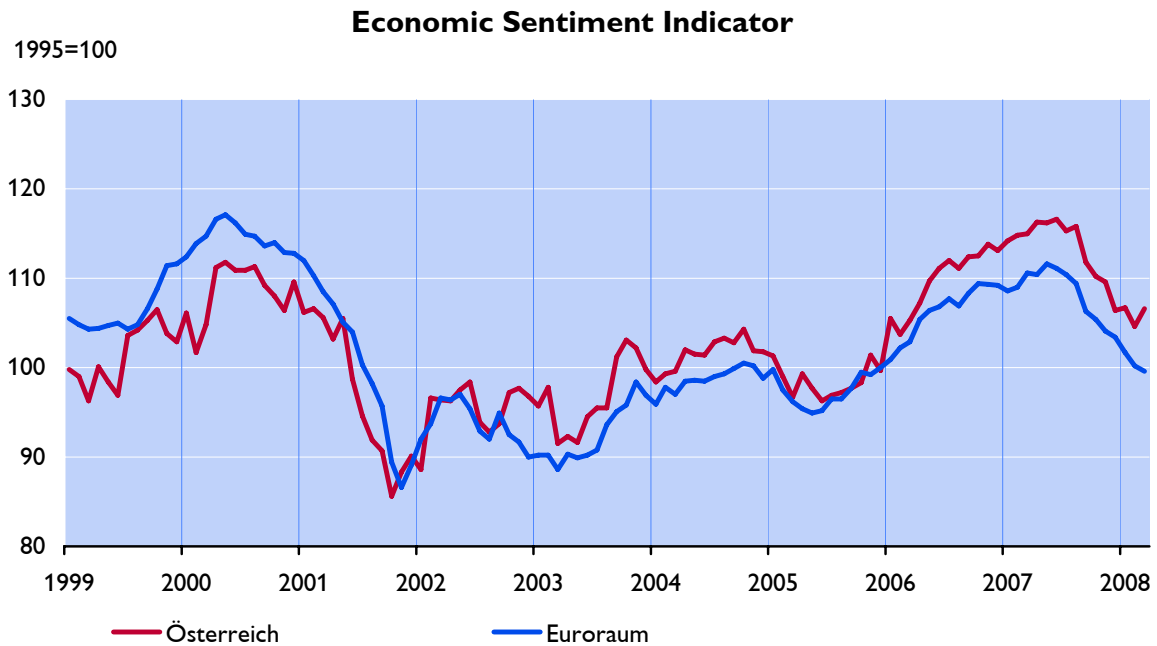
## Prognose der wichtigsten Wirtschaftsindikatoren für Österreich

Indikator	OeNB		WIFO		IHS		OECD		IWF		EU-Kommission	
	Dezember 2007		März 2008		März 2008		Dezember 2007		April 2008		November 2007	
	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009	2008	2009
<b>Hauptergebnisse</b>	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP, real	2,5	2,3	2,1	1,7	2,1	2,2	2,5	2,5	1,9	1,7	2,7	2,4
Privater Konsum, real	1,5	1,6	1,6	1,6	1,6	1,8	1,9	2,0	x	x	1,9	2,1
Öffentlicher Konsum, real	2,9	-0,1	2,5	1,0	3,0	-0,5	2,0	1,3	x	x	2,1	0,6
Bruttoanlageinvestitionen, real <sup>1)</sup>	2,6	2,3	2,2	1,8	2,7	2,6	2,6	1,8	x	x	3,2	2,4
Exporte, real	6,1	6,7	5,2	5,0	5,7	6,5	5,4	6,2	x	x	6,5	5,9
Importe, real	5,5	6,1	5,3	5,2	6,1	5,9	4,9	5,4	x	x	6,0	5,3
BIP je Erwerbstätigen	1,7	1,5	1,0	1,2	0,9	1,4	x	x	x	x	1,8	1,8
BIP Deflator	2,0	1,9	2,6	2,1	2,2	1,9	2,3	1,9	x	x	2,1	1,4
VPI	x	x	2,9	2,3	2,6	1,9	x	x	2,8	1,9	x	x
HVPI	2,4	1,8	2,9	2,3	x	x	2,4	2,0	x	x	1,9	1,8
Lohnstückkosten	1,6	1,2	2,5	1,8	x	x	x	x	x	x	1,0	0,8
Beschäftigte	0,8	0,8	1,8	0,7	1,2	0,8	x	x	x	x	0,9	0,6
	<i>in %</i>											
Arbeitslosenquote <sup>2)</sup>	4,2	4,3	4,2	4,3	4,3	4,4	5,3	5,5	4,4	4,5	4,2	4,2
	<i>in % des nominellen BIP</i>											
Leistungsbilanz	3,8	4,6	3,0	2,9	x	x	4,9	5,5	2,9	2,9	5,3	5,3
Finanzierungssaldo des Staates	-0,7	-0,4	-0,7	-0,7	-0,7	-0,2	-0,6	-0,2	x	x	-0,7	-0,4
Erdölpreis in USD/Barrel	88,6	83,7	95,0	97,0	96,0	96,0	90,0	90,0	95,5	94,5	78,8	76,0
Kurzfristiger Zinssatz in %	4,5	4,3	4,2	3,9	4,2	3,9	4,2	4,1	4,0	3,6	4,4	4,3
USD/EUR	1,46	1,46	1,60	1,60	1,48	1,43	1,45	1,45	1,47	1,48	1,42	1,42
	<i>Veränderung zum Vorjahr in %</i>											
BIP, real Euroraum	1,5-2,5	1,6-2,6	1,6	1,3	1,8	2,0	1,9	2,0	1,4	1,2	2,2	2,1
BIP, real USA	2,3	2,6	1,0	1,4	1,8	2,3	2,0	2,2	0,5	0,6	1,7	2,6
BIP, real Welt	4,7	4,7	3,9	3,6	x	x	x	x	3,7	3,8	4,7	4,8
Welthandel	6,5	7,0	5,3	5,0	6,0	7,0	8,1	8,1	5,6	5,8	7,0	7,2

Quelle: OeNB, WIFO, IHS, Europäische Kommission, IWF, OECD

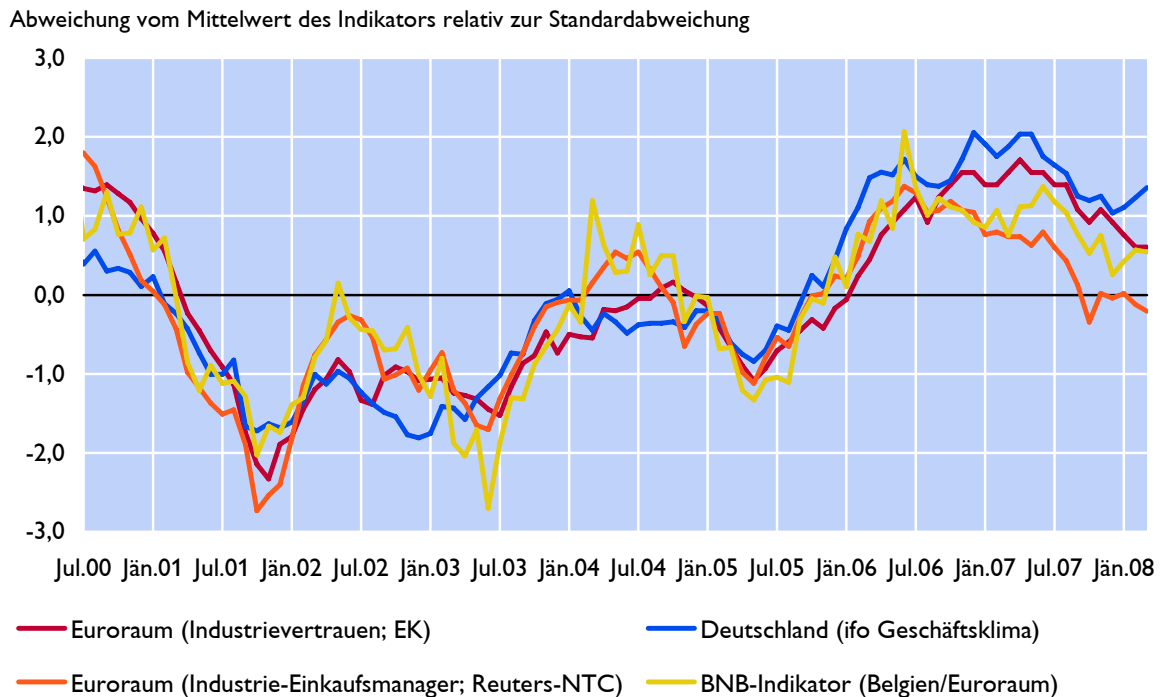
1) IHS: Bruttoinvestitionen. - 2) Eurostat-Definition; OECD: Definition der OECD.

## Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (I)



Quelle: Europäische Kommission.

### Geschäftsklima - Indikatoren



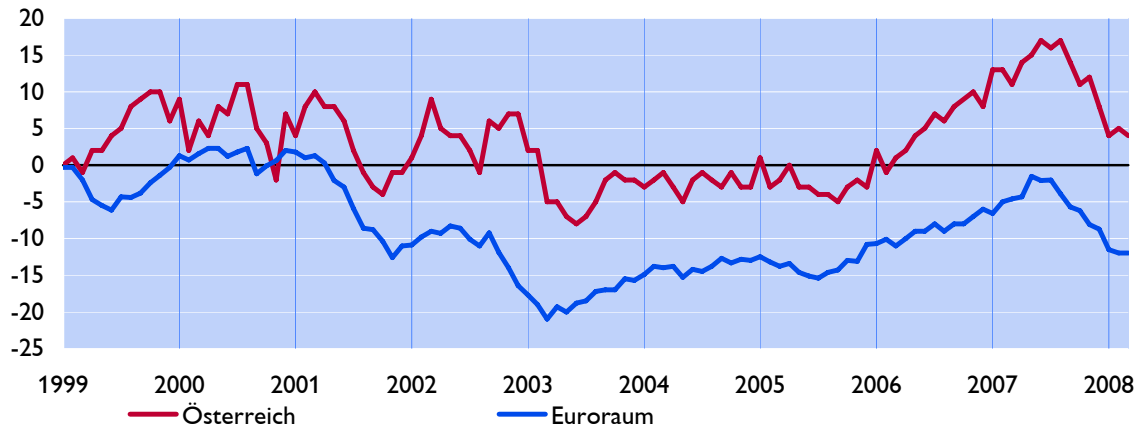
Quelle: EK, Institut für Wirtschaftsforschung, NTC Research, Belgische Nationalbank, OeNB.



## Vertrauensindikatoren für den Euroraum und Österreich (II)

### Konsumentenvertrauen

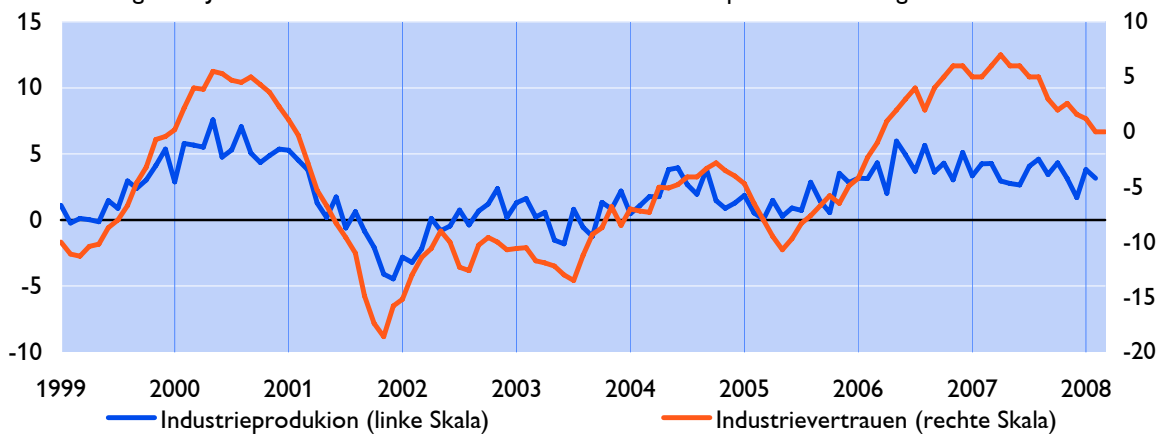
Saldo aus positiven und negativen Antworten



### Indikatoren der Industrie im Euroraum

Veränderung zur VJP in %

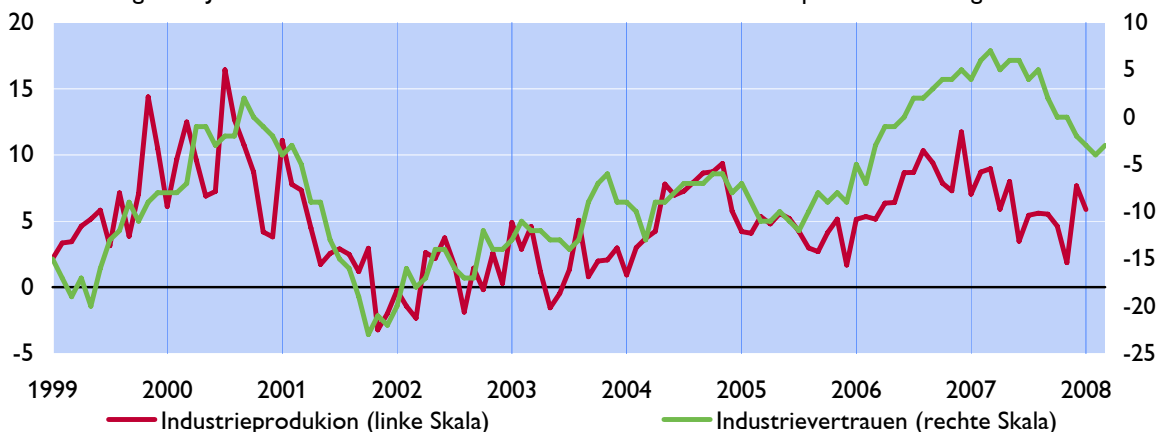
Saldo aus positiven und negativen Antworten



### Indikatoren der Industrie in Österreich

Veränderung zur VJP in %

Saldo aus positiven und negativen Antworten



Quelle: Europäische Kommission, Eurostat.

## Produktionsindex in Österreich nach ÖNACE - Gruppen C-F

Periode	Gesamtindex <sup>1)</sup>		Abschnitte						Verwendungskategorien					
			Bergbau	Sachgüter- erzeugung	Energie und Wasserversorgung	Bauwesen			Vorleistungen ohne Energie	Energie	Investitions- güter	Konsumgüter		
	ÖNACE C	ÖNACE D	ÖNACE E	ÖNACE F			langfristig	kurzfristig						
				insgesamt	Hochbau	Tiefbau								
	Ø 2005=100	Veränderung zum Vorjahr in %												
2003	89,6	4,1	-0,6	2,2	0,6	12,4	11,3	15,9	3,3	0,8	2,3	-6,1	2,2	
2004	95,1	6,1	-5,5	7,4	0,3	5,1	6,6	1,0	6,3	2,4	15,0	4,8	-1,2	
2005	100,0	5,2	-11,7	5,3	10,5	2,1	3,8	-0,8	5,4	9,6	5,6	-4,3	1,4	
2006	106,8	6,8	10,0	7,4	6,1	4,6	4,2	6,0	7,3	8,2	9,6	8,5	4,1	
2007	111,9	4,7	-0,6	5,5	1,2	3,8	2,8	7,5	6,1	1,1	6,3	2,9	3,2	
4Q06	118,9	6,3	12,8	8,3	-5,0	3,8	2,7	7,9	8,5	-1,8	11,9	10,7	5,0	
1Q07	101,9	7,9	1,2	9,1	-9,3	14,1	12,2	23,4	11,3	-7,5	10,0	7,8	2,5	
2Q07	111,0	5,8	-1,8	6,3	-0,1	6,8	5,9	9,6	7,4	-0,3	6,9	3,5	3,9	
3Q07	113,1	3,8	0,7	4,5	5,1	1,3	0,3	4,4	4,0	4,1	6,3	2,3	4,1	
4Q07	121,5	2,2	-2,0	2,5	11,3	-1,6	-2,5	1,6	2,4	9,2	3,1	-1,2	2,3	
Jän.07	90,9	8,3	-2,3	9,9	-7,3	14,0	11,4	28,9	8,9	-5,6	10,0	10,9	2,2	
Feb.07	97,9	7,8	-3,4	7,9	-6,3	18,9	19,2	18,0	12,6	-6,9	7,5	7,2	1,5	
Mär.07	116,8	7,6	8,5	9,6	-13,7	10,7	7,4	24,2	12,1	-9,7	12,1	6,0	3,8	
Apr.07	107,0	6,6	0,1	7,1	-4,9	9,5	9,0	11,5	9,0	-5,0	8,0	5,2	1,4	
Mai.07	109,4	6,4	-4,2	7,5	2,6	5,0	5,2	4,4	7,9	3,7	8,5	4,6	6,2	
Jun.07	116,6	4,7	-1,1	4,5	2,5	6,2	4,0	13,2	5,5	0,7	4,5	0,9	4,1	
Jul.07	114,3	4,0	-2,2	4,8	0,2	3,3	2,1	7,0	4,2	-0,6	3,4	6,2	6,7	
Aug.07	104,5	6,2	2,8	7,3	4,4	3,4	1,5	9,8	5,2	2,4	8,0	3,3	5,2	
Sep.07	120,6	1,6	1,6	2,0	11,0	-2,6	-2,5	-3,0	2,9	10,6	7,6	-1,7	0,7	
Okt.07	121,1	2,1	-5,9	2,1	13,3	-0,8	-1,1	0,4	1,9	7,9	5,8	-2,0	4,5	
Nov.07	122,8	1,2	1,8	1,5	9,9	-3,0	-4,4	2,1	0,8	9,0	-0,6	-3,4	0,0	
Dez.07	120,5	3,3	-1,8	3,9	11,0	-1,1	-1,9	2,6	5,1	10,4	4,2	2,2	2,3	
Jän.08	98,1	7,9	2,7	5,7	7,3	19,6	20,6	14,6	5,1	6,3	8,0	2,7	4,9	

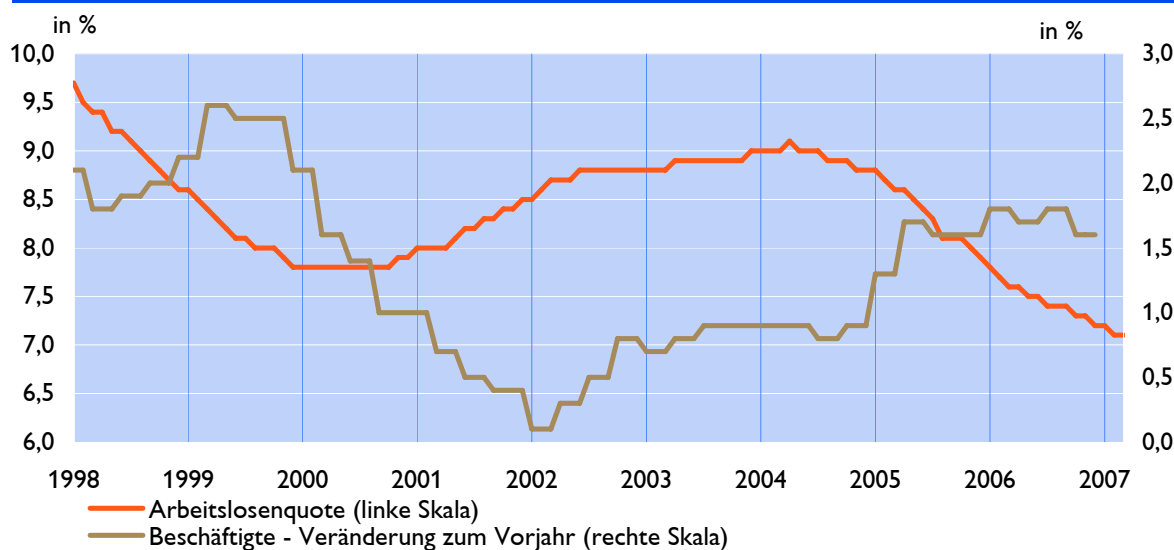
Quelle: Statistik Austria.

1) Nach Arbeitstagen bereinigt. Produktionsindex nach EU-Normen berechnet. Revisionen erfolgen laufend.

**Arbeitslosenquoten im Euroraum und in Österreich**

Indikator	2005	2006	2007	Okt.07	Nov.07	Dez.07	Jän.08	Feb.08
	Jahresdurchschnitt in %			in %				
<i>Arbeitslosenquote gesamt</i>								
<b>Euroraum</b>	8,9	8,3	7,4	7,3	7,2	7,2	7,1	7,1
<b>Österreich</b>	5,2	4,7	4,4	4,3	4,3	4,2	4,1	4,1
<i>Jugend-Arbeitslosenquote</i>								
<b>Euroraum</b>	17,2	16,1	14,8	14,7	14,6	14,5	14,4	14,4
<b>Österreich</b>	10,3	9,1	8,4	8,4	8,3	8,2	8,0	7,7

**Arbeitslosenquote und Beschäftigte im Euroraum**



**Kennziffern des österreichischen Arbeitsmarktes**

Periode	Unselbstständig Beschäftigte		Arbeitslose		Arbeitslosenquote in %		Offene Stellen	
	in 1.000	Ver.z.Vj. in %	in 1.000	Ver.z.Vj. in %	laut AMS	laut EU-Konzept	in 1.000	Ver.z.Vj. in %
	2005	3.230,3	1,0	252,7	3,6	7,3	5,2	26,2
2006	3.280,9	1,6	239,2	-5,3	6,8	4,7	32,9	25,6
2007	3.344,0	1,9	222,2	-7,1	6,2	4,4	38,2	16,1
Mär.07	3.299,5	2,7	237,7	-12,5	6,7	4,5	37,7	31,6
Apr.07	3.310,6	2,0	219,4	-5,6	6,2	4,5	41,6	27,8
Mai.07	3.336,6	1,8	197,8	-6,6	5,6	4,5	41,9	21,3
Jun.07	3.361,2	1,7	183,6	-6,5	5,2	4,4	42,9	19,8
Jul.07	3.436,8	1,7	185,4	-5,7	5,1	4,4	43,1	14,8
Aug.07	3.413,3	1,4	191,2	-4,8	5,3	4,4	42,2	14,0
Sep.07	3.397,2	1,8	186,1	-5,2	5,2	4,3	41,7	9,8
Okt.07	3.374,2	1,6	204,8	-4,6	5,7	4,3	37,9	3,6
Nov.07	3.357,4	1,7	223,6	-3,5	6,2	4,3	33,3	2,7
Dez.07	3.331,2	2,2	265,3	-4,9	7,4	4,2	31,7	-0,4
Jän.08	3.333,3	2,7	268,8	-9,0	7,5	4,1	34,0	11,7
Feb.08	3.363,2	3,0	243,9	-11,9	6,8	4,1	37,0	8,7
Mär.08	3.388,8	2,7	210,5	-11,5	5,8	..	39,5	4,7

Quelle: Eurostat, Hauptverband der österreichischen Sozialversicherungsträger, Arbeitsmarktservice Österreich.

Euroraum<sup>1)</sup>

Salden	2005	2006	2007	2006		2007			
				Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
in Mrd EUR									
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>8,6</b>	<b>-12,7</b>	<b>13,2</b>	<b>-6,0</b>	<b>16,4</b>	<b>-0,2</b>	<b>-4,9</b>	<b>9,8</b>	<b>8,5</b>
Güter	47,8	23,1	60,5	6,8	16,9	8,5	20,1	18,4	13,5
Dienstleistungen	31,6	34,9	42,5	10,2	7,5	7,8	12,6	14,5	7,6
Einkommen	1,8	6,2	-6,5	1,4	7,3	4,7	-21,1	2,1	7,8
Laufende Transfers	-73,1	-77,0	-83,5	-24,3	-15,4	-21,2	-16,6	-25,2	-20,5
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>11,4</b>	<b>9,0</b>	<b>14,4</b>	<b>2,1</b>	<b>4,5</b>	<b>4,9</b>	<b>2,4</b>	<b>1,2</b>	<b>5,9</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	<b>24,3</b>	<b>117,9</b>	<b>1,7</b>	<b>41,4</b>	<b>-42,2</b>	<b>4,8</b>	<b>23,6</b>	<b>90,6</b>	<b>-117,3</b>
Direktinvestitionen	-208,8	-136,5	-108,3	-41,5	-52,5	-14,6	-66,8	-37,8	10,9
Portfolioinvestitionen	141,3	276,3	232,5	21,1	116,8	129,8	72,4	76,2	-45,9
Finanzderivate	-16,3	2,5	-123,1	12,7	-2,7	-16,4	-23,2	-32,4	-51,1
Sonstige Investiitonen	90,0	-23,3	5,5	52,2	-101,5	-92,5	45,3	88,3	-35,6
Währungsreserven	18,2	-1,1	-4,7	-3,1	-2,4	-1,6	-4,1	-3,5	4,5
<b>Statistische Differenz</b>	<b>-44,1</b>	<b>-114,1</b>	<b>-29,2</b>	<b>-37,4</b>	<b>21,2</b>	<b>-9,5</b>	<b>-21,1</b>	<b>-101,5</b>	<b>102,9</b>

Quelle: EZB.

1) Zuflüsse (+); Abflüsse (-). Währungsreserven: Zunahme (-); Abnahme (+).

## Österreich

Salden	2005	2006	2007 <sup>1)</sup>	2006		2007 <sup>1)</sup>			
				Q3	Q4	Q1	Q2	Q3	Q4
in Mrd EUR									
<b>Leistungsbilanz</b>	<b>4,9</b>	<b>6,3</b>	<b>8,8</b>	<b>0,0</b>	<b>2,8</b>	<b>4,1</b>	<b>1,3</b>	<b>-0,3</b>	<b>3,7</b>
Güter	-1,4	0,3	1,3	-0,5	0,7	0,1	1,2	-0,9	0,9
Dienstleistungen	9,4	10,2	12,3	1,5	2,2	5,5	1,8	2,0	3,0
Einkommen	-1,6	-2,9	-3,8	-0,5	-0,6	-0,9	-1,4	-0,9	-0,6
Laufende Transfers	-1,4	-1,3	-1,0	-0,6	0,5	-0,6	-0,4	-0,5	0,4
<b>Vermögensübertragungen</b>	<b>-0,2</b>	<b>-0,8</b>	<b>-0,1</b>	<b>0,0</b>	<b>-0,5</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>	<b>0,0</b>
<b>Kapitalbilanz</b>	<b>-0,2</b>	<b>-5,2</b>	<b>-6,3</b>	<b>1,6</b>	<b>-1,3</b>	<b>-4,7</b>	<b>-1,4</b>	<b>4,0</b>	<b>-4,2</b>
Direktinvestitionen	-0,1	-2,5	-0,6	-0,3	0,3	-4,1	4,0	1,0	-1,4
Portfolioinvestitionen	-10,9	11,5	21,1	0,1	8,8	14,1	1,0	4,7	1,3
Finanzderivate	0,2	-5,4	-9,6	-0,3	-1,3	-3,6	-3,2	-2,9	0,1
Sonstige Investiitonen	10,3	-14,0	-22,8	1,2	-9,9	-14,6	-5,3	0,5	-3,5
Währungsreserven <sup>2)</sup>	0,4	0,5	-1,9	1,1	0,3	-0,2	0,0	-1,0	-0,7
<b>Statistische Differenz</b>	<b>-4,5</b>	<b>-0,3</b>	<b>-2,4</b>	<b>-1,6</b>	<b>-1,1</b>	<b>0,6</b>	<b>0,1</b>	<b>-3,8</b>	<b>0,6</b>

Quelle: OeNB; Transaktionen.

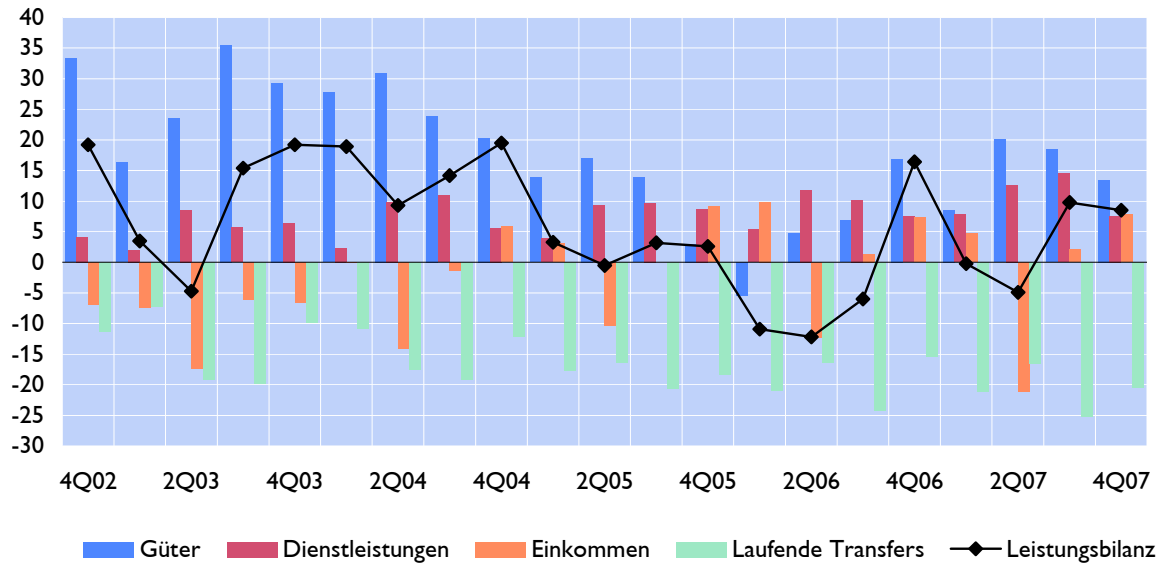
1) Vorläufige Daten.

2) OeNB: Gold, Devisen, IWF- Positionen, Sonderziehungsrechte etc; Zunahme: - / Abnahme: +

## Leistungsbilanz

### Euroraum: Teilkomponenten und Leistungsbilanzsaldo

in Mrd EUR

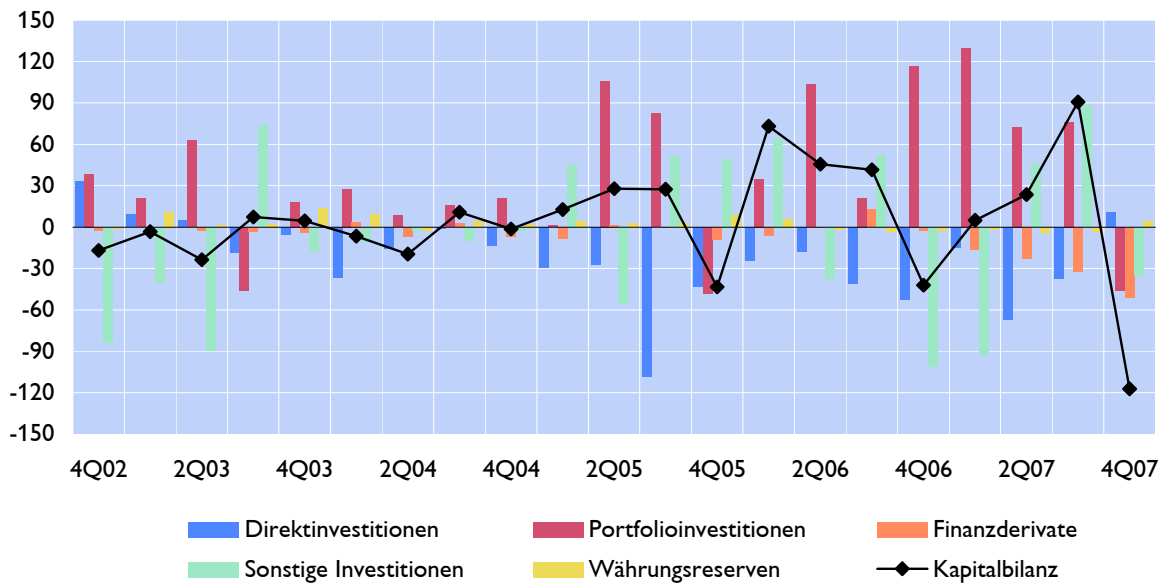


Quelle: EZB.

## Kapitalbilanz

### Euroraum: Teilkomponenten der Kapitalbilanz

in Mrd EUR



Quelle: EZB.

**Budgetäre Notifikation (Maastricht) für Österreich vom März 2008**

<i>in Mrd EUR</i>	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-8,8</b>	<b>-3,6</b>	<b>-3,9</b>	<b>-1,5</b>	<b>-1,7</b>
Bundessektor	-9,3	-4,4	-4,1	-1,7	-2,9
Länder (ohne Wien)	0,3	0,3	-0,3	-0,0	0,4
Gemeinden (mit Wien)	0,4	0,5	0,5	0,6	0,7
Sozialversicherungsträger	-0,2	-0,1	-0,0	-0,3	0,0
<b>Zinszahlungen</b>	<b>6,6</b>	<b>7,0</b>	<b>7,1</b>	<b>7,4</b>	<b>7,5</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>-2,2</b>	<b>3,4</b>	<b>3,2</b>	<b>5,9</b>	<b>5,8</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>150,8</b>	<b>155,7</b>	<b>159,5</b>	<b>161,3</b>	<b>165,0</b>

<i>in % des BIP</i>	2004	2005	2006	2007	2008
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-3,7</b>	<b>-1,5</b>	<b>-1,5</b>	<b>-0,5</b>	<b>-0,6</b>
Bundessektor	-3,9	-1,8	-1,6	-0,6	-1,0
Länder (ohne Wien)	0,1	0,1	-0,1	-0,0	0,2
Gemeinden (mit Wien)	0,2	0,2	0,2	0,2	0,3
Sozialversicherungsträger	-0,1	-0,0	-0,0	-0,1	0,0
<b>Zinszahlungen</b>	<b>2,8</b>	<b>2,9</b>	<b>2,7</b>	<b>2,7</b>	<b>2,6</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>-0,9</b>	<b>1,4</b>	<b>1,2</b>	<b>2,2</b>	<b>2,0</b>
<b>Verschuldung des Staates</b>	<b>63,8</b>	<b>63,5</b>	<b>61,8</b>	<b>59,1</b>	<b>57,7</b>

Quelle: Statistik Austria, BMF (2008).

**Österreichisches Stabilitätsprogramm vom November 2007**

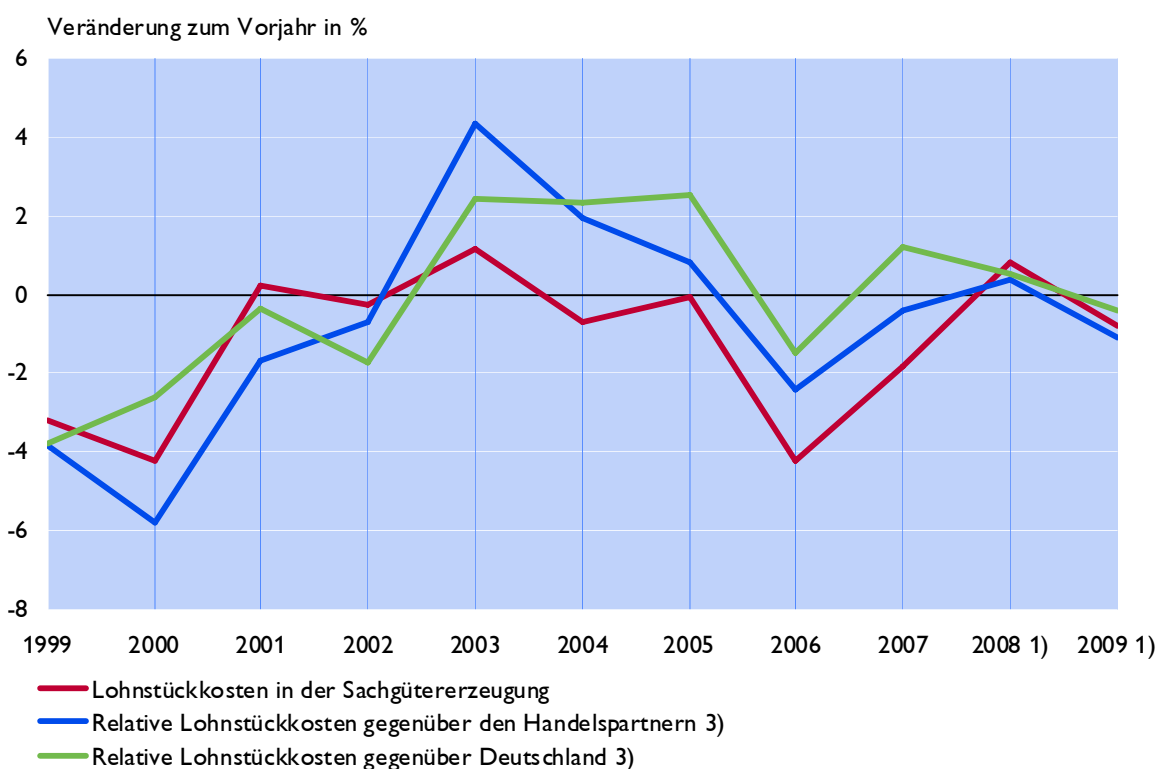
<i>in % des BIP</i>	2006	2007	2008	2009	2010
<b>Finanzierungssaldo Staat</b>	<b>-1,4</b>	<b>-0,7</b>	<b>-0,6</b>	<b>-0,2</b>	<b>0,4</b>
Bundessektor	-1,4	-1,1	-1,0	-0,7	-0,1
Länder (ohne Wien)	-0,1	0,2	0,2	0,2	0,2
Gemeinden (mit Wien)	0,2	0,2	0,3	0,3	0,3
Sozialversicherungsträger	0,0	0,0	0,0	0,0	0,0
<b>Staat:</b>					
Gesamteinnahmen	47,8	47,4	47,5	47,3	47,4
Gesamtausgaben	49,3	48,3	48,1	47,7	47,2
<b>Zinszahlungen</b>	<b>2,9</b>	<b>2,7</b>	<b>2,6</b>	<b>2,5</b>	<b>2,5</b>
<b>Primärsaldo</b>	<b>1,5</b>	<b>2,0</b>	<b>2,1</b>	<b>2,3</b>	<b>2,8</b>
<b>Verschuldung</b>	<b>61,7</b>	<b>59,9</b>	<b>58,4</b>	<b>57,0</b>	<b>55,4</b>

Quelle: BMF.

## Indikatoren der österreichischen Wettbewerbsfähigkeit

Indikator	2001	2002	2003	2004	2005	2006	2007	2008 <sup>1)</sup>	2009 <sup>1)</sup>
Produktivität - Gesamtwirtschaft	0,2	1,0	1,3	2,2	1,2	2,1	1,2	1,0	1,2
Bruttoverdienste je Arbeitnehmer	1,4	2,2	1,9	1,8	2,3	2,7	2,7	3,3	3,0
Lohnstückkosten - Gesamtwirtschaft	1,0	1,1	0,5	-0,6	1,2	0,4	1,5	2,5	1,8
Lohnstückkosten - Sachgütererzeugung	0,2	-0,3	1,2	-0,7	0,0	-4,2	-1,8	0,8	-0,8
Preisliche Wettbewerbsfähigkeit <sup>2)</sup>	-0,2	0,6	3,3	1,0	-1,0	-0,6	0,8	2,5	0,0
Relative Lohnstückkosten der Sachgütererzeugung <sup>3)</sup> gegenüber									
- den Handelspartnern	-1,7	-0,7	4,4	2,0	0,8	-2,4	-0,4	0,4	-1,1
- Deutschland	-0,3	-1,7	2,4	2,3	2,6	-1,5	1,2	0,5	-0,4

## Entwicklung der Lohnstückkosten in der Sachgütererzeugung



Quelle: WIFO.

1) WIFO-Prognose vom März 2008.

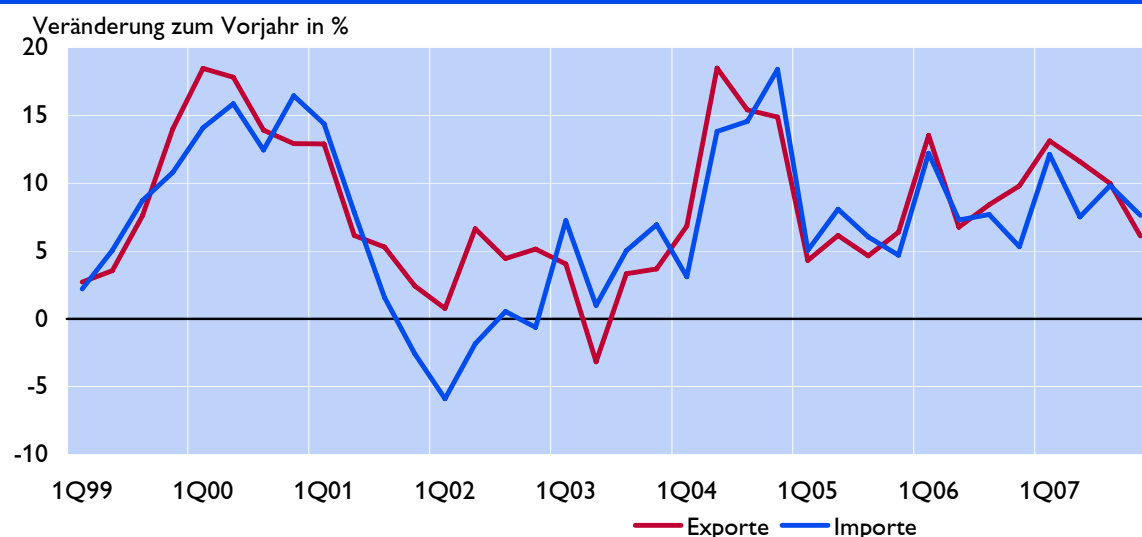
2) Real-effektiver Wechselkurs des Euro auf Basis des österreichischen Außenhandels.

3) Minus bedeutet Wettbewerbsverbesserung und Plus bedeutet Wettbewerbsverschlechterung.

## Österreichischer Außenhandel

Periode	Export	Import	Kumulativ					
			Veränderung zum Vorjahr in %	Export		Import		Saldo
				Mio EUR	% VJP	Mio EUR	% VJP	
2003	1,9	5,0	78.903	1,9	80.993	5,0	-2.091	
2004	13,9	12,5	89.848	13,9	91.094	12,5	-1.247	
2005	5,4	5,9	94.705	5,4	96.499	5,9	-1.793	
2006	9,5	8,0	103.742	9,5	104.201	8,0	-459	
2007	10,1	9,2	114.194	10,1	113.798	9,2	-458	
3Q06	8,4	7,7	75.701	9,4	76.666	9,0	-965	
4Q06	9,8	5,3	103.742	9,5	104.201	8,0	-459	
1Q07	13,1	12,1	28.042	13,1	27.912	12,1	131	
2Q07	11,6	7,5	56.623	12,3	55.707	9,8	916	
3Q07	10,0	9,8	84.446	11,6	84.166	9,8	280	
4Q07	6,1	7,6	114.194	10,1	113.798	9,2	396	
Jän.07	20,0	14,5	8.841	20,0	8.840	14,5	1	
Feb.07	16,2	14,0	17.834	18,1	17.807	14,2	27	
Mär.07	5,4	8,5	28.042	13,1	27.912	12,1	131	
Apr.07	17,8	12,0	37.271	14,2	36.886	12,1	385	
Mai.07	6,9	3,3	46.880	12,7	46.264	10,2	616	
Jun.07	10,8	7,8	56.623	12,3	55.707	9,8	916	
Jul.07	14,6	13,1	66.262	12,7	65.301	10,2	961	
Aug.07	9,6	6,9	74.805	12,3	74.155	9,8	650	
Sep.07	6,0	9,5	84.446	11,6	84.166	9,8	280	
Okt.07	14,8	13,8	95.468	11,9	94.874	10,2	594	
Nov.07	6,0	5,7	105.952	11,3	105.076	9,8	877	
Dez.07	-3,6	2,9	114.194	10,1	113.798	9,2	396	
Jän.08	7,2	4,3	9.476	7,2	9.224	4,3	648	

### Exporte und Importe



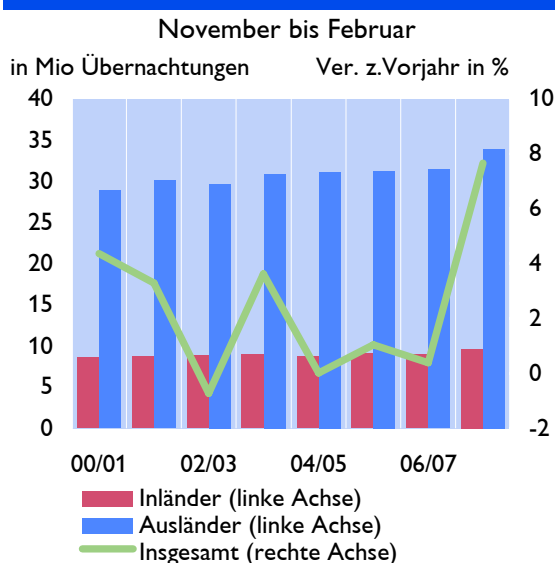
Quelle: Statistik Austria, OeNB.



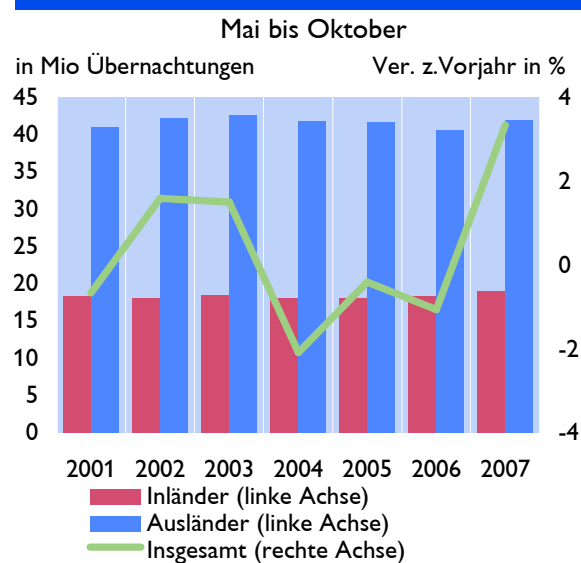
## Tourismus: Übernachtungen in Österreich

Periode	Insgesamt		davon Inländer		davon Ausländer	
	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %	in 1.000	Veränderung zum Vorjahr in %
2005	119.242	1,7	31.501	0,6	87.741	2,1
2006	119.361	0,1	32.121	2,0	87.240	-0,6
2007	121.417	1,7	32.998	2,7	88.419	1,4
Feb.07	15.541	0,8	3.227	-3,3	12.314	1,9
Mär.07	11.787	-5,5	2.614	0,0	9.173	-7,0
Apr.07	7.167	-0,2	2.115	5,6	5.052	-2,4
Mai.07	6.106	4,9	2.433	2,3	3.673	6,8
Jun.07	8.824	3,3	2.962	5,5	5.862	2,3
Jul.07	14.743	6,4	4.200	6,0	10.543	6,5
Aug.07	15.835	3,0	4.434	4,6	11.401	2,4
Sep.07	9.311	-1,2	2.756	-1,5	6.555	-1,1
Okt.07	6.099	2,8	2.209	5,1	3.889	1,6
Nov.07	3.614	9,3	1.754	8,3	1.860	10,3
Dez.07	9.365	9,5	1.967	9,5	7.398	9,4
Jän.08	13.708	5,3	2.488	6,9	11.220	4,9
Feb.08	16.839	8,4	3.388	5,0	13.451	9,2
Jänner bis Februar						
2007	28.565	-1,1	5.555	-4,2	23.011	-0,4
2008	30.547	6,9	5.876	5,8	24.671	7,2
Sommerseason						
Mai bis Oktober						
2006	58.946	-1,1	18.287	1,5	40.659	-2,2
2007	60.918	3,3	18.994	3,9	41.923	3,1
Wintersaison						
Nov. bis Feb.						
2006/2007	40.429	0,4	8.971	-0,8	31.458	0,7
2007/2008	43.527	7,7	9.596	7,0	33.930	7,9

### Wintersaison



### Sommerseason

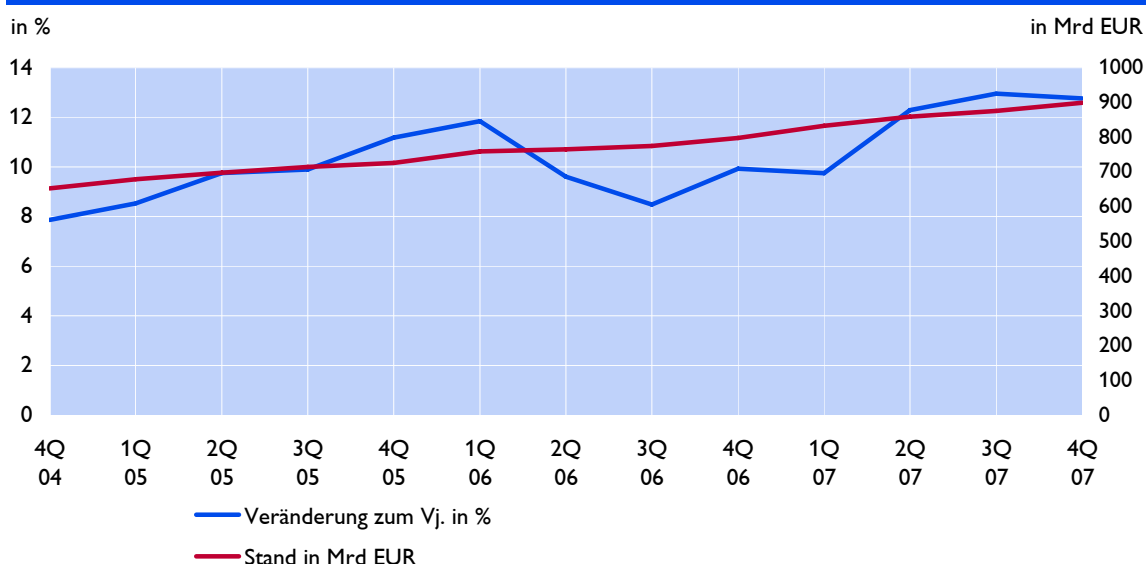


Quelle: Statistik Austria, OeNB.

## Geschäftsentwicklung der in Österreich tätigen Kreditinstitute <sup>1)</sup>

Bilanzpositionen	2007/12						
	Stand	Veränderung					
		zum Vorquartal		seit Jänner		zum Vorjahr (Jahresabstand)	
	in Mio EUR	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %	in Mio EUR	in %
<b>1. Aktiva</b>							
Kassenliquidität	10.740	996	10,2	3.256	43,5	3.256	43,5
Forderungen an inl. Kreditinstitute	153.861	3.398	2,3	20.468	15,3	20.468	15,3
Direktkredite an inl. Nichtbanken	285.096	2.698	1,0	9.889	3,6	9.889	3,6
<i>in EUR</i>	238.525	3.868	1,6	15.247	6,8	15.247	6,8
<i>in Fremdwährung</i>	46.572	-1.169	-2,4	-5.358	-10,3	-5.358	-10,3
Titrierte Kredite an inl. Nichtbanken	18.273	-1.151	-5,9	-1.543	-7,8	-1.543	-7,8
<i>in EUR</i>	18.135	-1.146	-5,9	-1.527	-7,8	-1.527	-7,8
<i>in Fremdwährung</i>	138	-5	-3,5	-16	-10,5	-16	-10,5
Sonstige Inlandsforderungen	77.922	9.536	13,9	12.229	18,6	12.229	18,6
Auslandsforderungen	351.005	8.559	2,5	57.484	19,6	57.484	19,6
<b>2. Passiva</b>							
Verbindlichkeiten geg.inl.Kreditinstitute	161.577	8.160	5,3	20.300	14,4	20.300	14,4
Einlagen von inländischen Nichtbanken	258.208	9.787	3,9	27.056	11,7	27.056	11,7
<i>in EUR</i>	252.846	9.426	3,9	25.745	11,3	25.745	11,3
<i>in Fremdwährung</i>	5.361	361	7,2	1.310	32,3	1.310	32,3
Eig. Inlandsemissionen an Nichtbanken	95.605	3.615	3,9	18.612	24,2	18.612	24,2
<i>in EUR</i>	86.041	3.358	4,1	15.083	21,3	15.083	21,3
<i>in Fremdwährung</i>	9.564	257	2,8	3.529	58,5	3.529	58,5
Sonstige Inlandsverbindlichkeiten	108.651	6.434	6,3	21.521	24,7	21.521	24,7
Auslandsverbindlichkeiten	273.352	-3.953	-1,4	14.100	5,4	14.100	5,4
<b>3. Bilanzsumme</b>	<b>899.538</b>	<b>24.150</b>	<b>2,8</b>	<b>101.780</b>	<b>12,8</b>	<b>101.780</b>	<b>12,8</b>

### Bilanzsumme der in Österreich tätigen Kreditinstitute



Quelle: OeNB.

1) Ab 2007 auf quartalsweise Datenerhebung umgestellt.

## Ertragslage der in Österreich tätigen Kreditinstitute

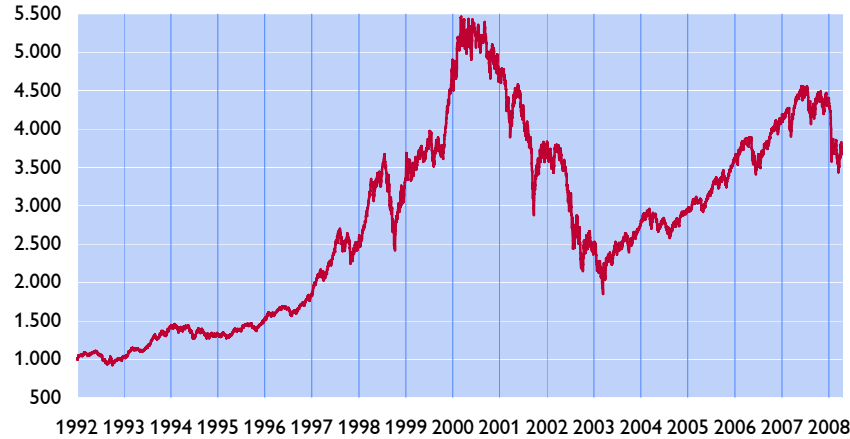
Ertragspositionen	1.-4. Quartal 2005		1.-4. Quartal 2006		1.-4. Quartal 2007	
	<i>in</i>	<i>Ver.z.Vj.</i>	<i>in</i>	<i>Ver.z.Vj.</i>	<i>in</i>	<i>Ver.z.Vj.</i>
	<i>Mrd EUR</i>	<i>in %<sup>1)</sup></i>	<i>Mrd EUR</i>	<i>in %<sup>1)</sup></i>	<i>Mrd EUR</i>	<i>in %<sup>1)</sup></i>
1. Zinsen und zinsähnliche Erträge	23,93	12,5	29,37	22,7	37,66	28,2
2. Zinsen und zinsähnliche Aufwendungen	16,83	19,1	22,20	31,9	30,26	36,3
<b>I. Nettozinsertrag (1. - 2.)</b>	7,09	-0,5	7,17	1,1	7,40	3,2
3. Erträge aus Wertpapieren und Beteiligungen	2,70	30,1	2,88	6,6	3,52	22,3
4. Saldo Ertrag/Aufwand aus Provisionen	3,94	16,4	4,29	8,8	4,71	9,8
5. Saldo Ertrag/Aufwand aus Finanzgeschäften	0,64	5,7	0,69	7,2	0,29	-57,9
6. Sonstige betriebliche Erträge	1,33	6,2	1,58	18,5	1,59	0,8
<b>II. Betriebserträge (I. + 3. + 4. + 5. + 6.)</b>	15,71	8,7	16,61	5,7	17,51	5,5
7. Allgemeine Verwaltungsaufwendungen	8,37	5,0	8,96	7,1	9,17	2,4
<i>davon Personalaufwand</i>	5,04	3,6	5,45	8,2	5,47	0,4
<i>davon Sachaufwand</i>	3,33	7,2	3,51	5,4	3,70	5,4
8. Abschreibungen auf Sachanlagen und immaterielle Vermögensgegenstände	0,71	-3,9	0,65	-8,2	0,61	-5,2
9. Sonstige betriebliche Aufwendungen	0,99	-2,5	1,18	19,4	1,06	-9,9
<b>III. Betriebsaufwendungen (7. + 8. + 9.)</b>	10,06	3,6	10,79	7,2	10,85	0,6
<b>IV. Betriebsergebnis (II. - III.)</b>	5,65	19,1	5,82	3,0	6,66	14,5
<b>Quartalsweise aktualisierte Vorschauwerte</b>						
<b>V. Erwartetes Jahresbetriebsergebnis</b>	5,60	19,1	5,75	2,6	6,74	17,3
10. Saldo aus Wertberichtigung auf Forderungen u. Zuführungen zu Rückstellungen f. Eventualverbindlichkeiten und für Kreditrisiken gegenüber den entsprech. Erträgen aus deren Auflösung (exkl. Wertpapiere)	1,96	15,1	1,85	-5,8	2,01	9,0
11. Saldo aus Wertberichtigungen auf Wertpapiere und Beteiligungen gegenüber den entsprech. Erträgen aus deren Auflösung	-0,48	-14,4	-2,87	496,1	-0,43	-85,0
<b>VI. Erwartetes Ergebnis der gewönl. Geschäftstätigkeit (IV. - 10. - 11.)</b>	4,12	15,7	6,77	64,2	5,16	-23,9
12. Erwartetes a.o. Ergebnis (Ertrag + / Aufwand -)	0,25	-279,9	-2,31	-1.036,6	0,01	-100,6
13. Erwartete Steuern von Einkommen, Ertrag und sonstige Steuern	0,49	10,4	0,50	2,2	0,38	-23,9
<b>VII. Erwarteter Jahresüberschuss (+)/-Fehlbetrag (-) (V.+ 12. - 13.)</b>	3,88	30,1	3,96	2,0	4,79	21,0

Quelle: OeNB.

1) Die Veränderungen wurden für die Basis "in Mio EUR" errechnet und anschließend gerundet.

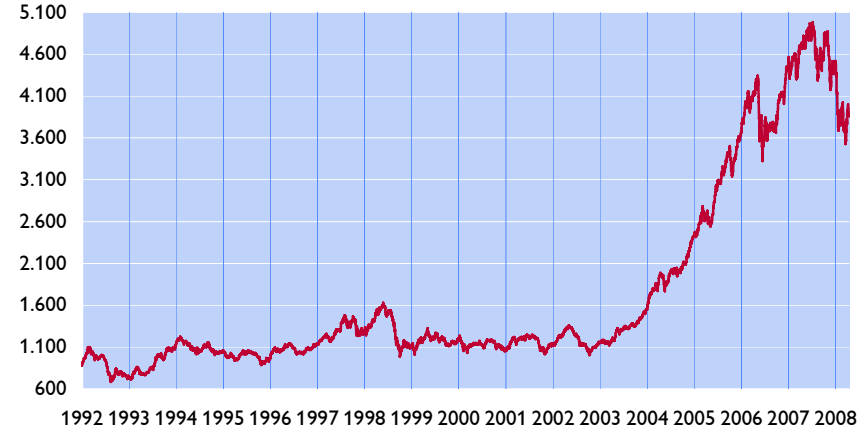
**Euro Stoxx 50**

Basis: 31.12.1991 = 1000



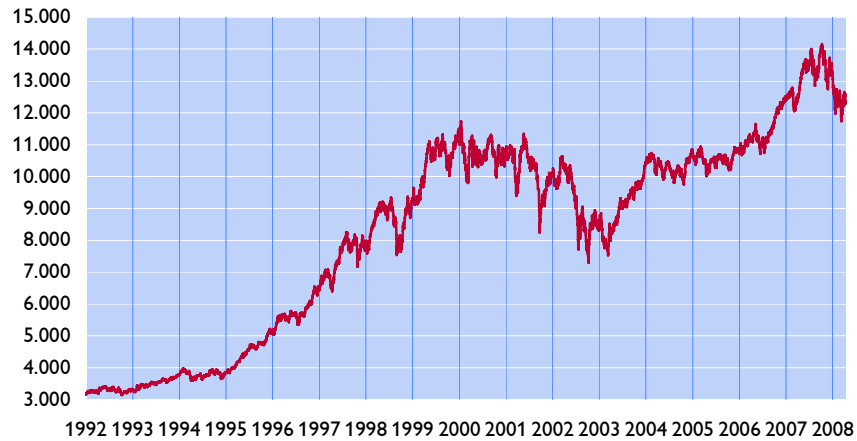
**ATX**

Basis: 2.1.1991 = 1000



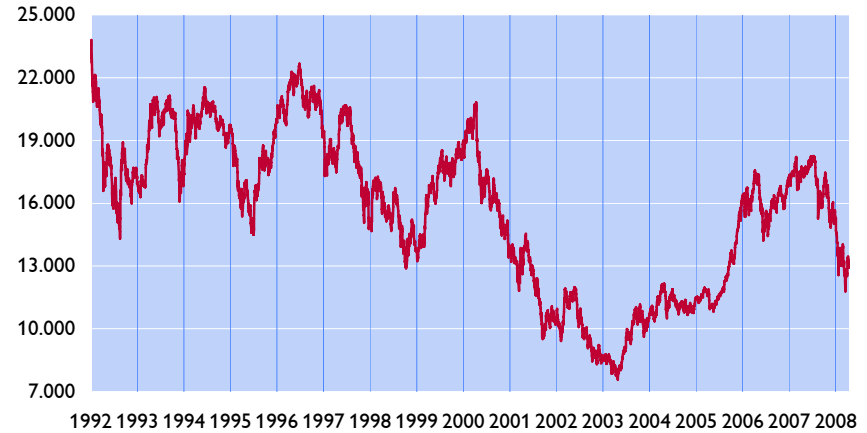
**Dow Jones Industrial**

Basis: 1896 = 100



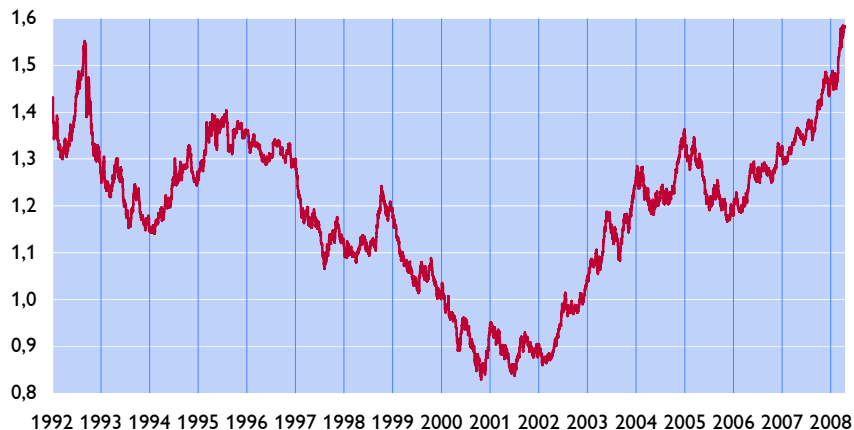
**Nikkei Index 225**

Basis: 16.5.1949 = 167,21

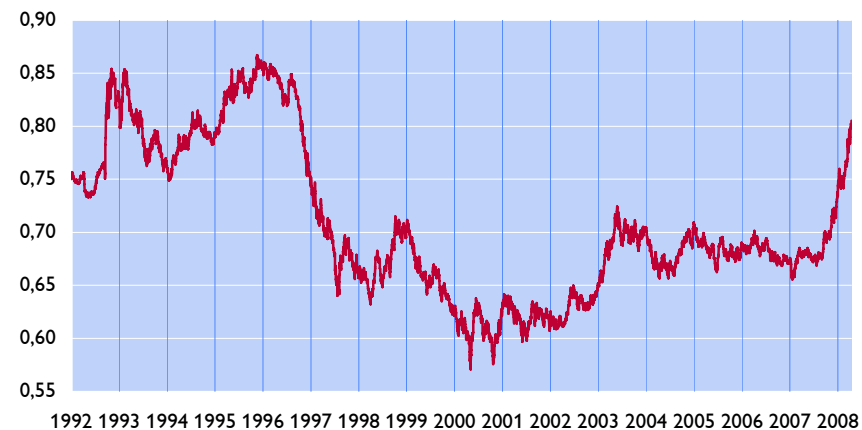


# Devisenmarkt und Gold

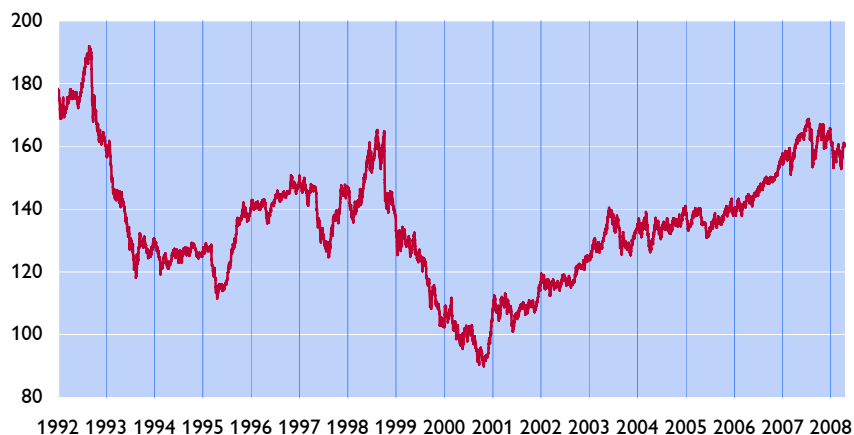
## USD/EUR



## GBP/EUR



## JPY/EUR



## Gold



Quelle: OeNB, Thomson Financial.

Inflationsraten <sup>1)</sup>								
Land	2005	2006	2007	Nov.07	Dez.07	Jän.08	Feb.08	Mär.08
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	2,5	2,3	1,8	2,9	3,1	3,5	3,6	4,4
Zypern	2,0	2,2	2,2	3,2	3,7	4,1	4,7	4,4
Deutschland	1,9	1,8	2,3	3,3	3,1	2,9	3,0	3,3
Irland	2,2	2,7	2,8	3,5	3,2	3,1	3,5	3,7
Griechenland	3,5	3,3	3,0	3,9	3,9	3,9	4,5	4,4
Spanien	3,4	3,6	2,8	4,1	4,3	4,4	4,4	4,6
Frankreich	1,9	1,9	1,6	2,6	2,8	3,2	3,2	3,5
Italien	2,2	2,2	2,0	2,6	2,8	3,1	3,1	3,6
Luxemburg	3,8	3,0	2,7	4,0	4,3	4,2	4,2	4,4
Malta	2,5	2,6	0,7	2,9	3,1	3,8	4,0	4,3
Niederlande	1,5	1,7	1,6	1,8	1,6	1,8	2,0	1,9
Österreich	2,1	1,7	2,2	3,2	3,5	3,1	3,1	3,5
Portugal	2,1	3,0	2,4	2,8	2,7	2,9	2,9	3,1
Slowenien	2,5	2,5	3,8	5,7	5,7	6,4	6,4	6,6
Finnland	0,8	1,3	1,6	2,2	1,9	3,5	3,3	3,6
<b>Euroraum</b>	2,2	2,2	2,1	3,1	3,1	3,2	3,3	3,6
Dänemark	1,7	1,9	1,7	2,5	2,4	3,0	3,3	3,3
Schweden	0,8	1,5	1,7	2,4	2,5	3,0	2,9	3,2
Vereinigtes Königreich	2,1	2,3	2,3	2,1	2,1	2,2	2,5	2,5
Bulgarien	6,0	7,4	7,6	11,4	11,6	11,7	12,2	13,2
Tschechische Republik	1,6	2,1	3,0	5,1	5,5	7,9	7,6	7,1
Estland	4,1	4,4	6,7	9,3	9,7	11,3	11,5	11,2
Lettland	6,9	6,6	10,1	13,7	14,0	15,6	16,5	16,6
Litauen	2,7	3,8	5,8	7,9	8,2	10,0	10,9	11,4
Ungarn	3,5	4,0	7,9	7,2	7,4	7,4	6,7	6,7
Polen	2,2	1,3	2,6	3,7	4,2	4,4	4,6	4,4
Rumänien	9,1	6,6	4,9	6,8	6,7	7,3	8,0	8,7
Slowakische Republik	2,8	4,3	1,9	2,3	2,5	3,2	3,4	3,6
<b>EU</b>	2,2	2,2	2,3	3,1	3,2	3,4	3,5	3,8
Kroatien	3,4	3,2	2,8	4,6	5,8	6,2	5,8	5,7
Türkei	8,1	9,3	8,8	8,4	8,4	8,2	9,1	9,1
USA	3,4	3,2	2,8	4,3	4,1	4,3	4,0	..
Japan	-0,3	0,3	0,0	0,6	0,7	0,7	1,0	..
Schweiz	1,2	1,1	0,7	1,8	2,1	2,5	2,3	2,5
Russland	12,5	9,8	9,1	11,6	11,9	12,6	12,7	..
Brasilien	5,8	3,3	4,1	4,8	5,2	5,4	5,4	5,5
China	1,8	1,4	4,8	6,9	6,5	7,1	8,7	..
Indien	4,2	5,8	6,4	5,5	5,5	5,5	5,5	..

Quelle: Eurostat, IWF, Nationale Statistische Ämter, Thomson Financial.

1) EU27, Türkei: HVPI, sonst nationaler VPI.

## Reales BIP

Land	2005	2006	2007	2006q04	2007q01	2007q02	2007q03	2007q04
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	1,7	2,8	2,7	2,7	3,0	2,8	2,6	..
Deutschland	0,8	2,9	2,5	3,9	3,7	2,6	2,5	1,8
Irland	6,0	5,7	4,9	5,0	7,9	5,6	3,7	3,8
Griechenland	3,8	4,2	4,0	4,3	4,3	4,1	3,8	3,6
Spanien	3,6	3,9	3,8	4,0	4,1	4,0	3,8	3,5
Frankreich	1,7	2,0	1,9	2,1	1,9	1,4	2,2	2,1
Italien	0,6	1,8	1,5	2,8	2,4	1,8	1,9	..
Luxemburg	5,0	6,1	5,2	5,7	5,9	5,6	5,6	..
Niederlande	1,5	3,0	3,5	2,9	3,3	2,4	3,9	4,3
Österreich	2,0	3,3	3,4	3,3	3,4	3,4	3,3	3,0
Portugal	0,9	1,3	1,9	1,6	2,0	1,9	1,7	2,0
Finnland	2,8	4,9	4,4	4,9	4,9	4,5	3,9	3,8
Slowenien	4,1	5,7	6,1	6,8	7,5	6,3	6,2	4,6
<b>Euroraum</b>	1,6	2,8	2,6	3,2	3,2	2,5	2,7	2,2
Dänemark	2,5	3,9	1,8	3,5	4,0	-0,2	1,6	1,9
Schweden	3,3	4,1	2,6	4,1	3,1	2,8	2,6	2,6
Vereinigtes Königreich	1,8	2,9	3,0	3,2	3,0	3,2	3,1	2,8
Tschechische Republik	6,5	6,4	6,5	6,1	6,4	6,0	6,0	6,6
Estland	10,2	11,2	7,1	11,0	10,1	7,6	6,4	4,8
Zypern	4,0	3,8	4,4	3,7	4,1	3,8	4,6	4,3
Lettland	10,6	11,9	10,2	11,7	11,2	11,0	10,9	8,0
Litauen	7,9	7,7	8,8	7,4	8,1	8,0	10,8	8,0
Ungarn	4,1	3,9	1,3	3,3	2,7	1,2	0,9	0,8
Malta	3,1	3,2	3,8	3,3	3,5	3,7	4,1	3,7
Polen	3,5	5,8	6,5	6,4	6,8	6,6	5,7	6,1
Slowakische Republik	6,6	8,5	10,4	8,2	8,3	9,3	9,4	14,3
<b>EU27</b>	1,9	3,1	2,9	3,5	3,3	2,8	2,9	2,5
Bulgarien	6,2	6,1	6,2	5,7	6,2	6,6	4,5	6,9
Rumänien	4,2	7,9	6,0	7,7	6,0	5,6	5,7	6,6
Kroatien	4,3	4,8	5,6	4,8	7,0	6,6	5,1	3,7
Türkei	7,4	6,1	4,5	5,2	6,8	4,1	1,5	3,4
USA	3,1	2,9	2,2	2,6	1,5	1,9	2,8	2,5
Japan	1,9	2,4	2,1	2,4	2,9	1,7	1,9	1,8
Schweiz	2,4	3,2	3,1	2,9	2,7	3,0	3,0	3,6
Russland	6,4	6,7	8,1	7,7	7,9	7,8	7,7	9,5
Brasilien	2,9	3,7	5,4	4,7	4,4	5,6	5,6	6,1
China	9,9	10,7	11,4	10,4	11,1	11,9	11,5	11,2
Indien	8,3	9,2	9,0	9,0	9,6	9,2	8,8	8,5

Quelle: Eurostat, Nationale Statistische Ämter, Thomson Financial.

## Industrieproduktion<sup>1)</sup>

Land	2005	2006	2007	Okt.07	Nov.07	Dez.07	Jän.08	Feb.08
	Veränderung zum Vorjahr in %							
Belgien	-0,3	5,1	2,5	0,0	3,9	-1,8	..	..
Zypern	0,8	0,7	3,3	5,8	4,2	3,1	6,7	..
Deutschland	3,3	5,9	6,0	6,9	4,9	5,5	6,5	5,9
Irland	3,0	5,1	7,1	12,4	13,8	4,2	2,1	1,0
Griechenland	-0,9	0,5	2,1	0,3	4,7	1,6	1,4	-4,2
Spanien	0,6	3,9	1,9	2,5	-1,0	-2,3	0,3	1,8
Frankreich	0,3	1,0	1,5	4,3	2,3	0,9	2,4	2,9
Italien	-0,8	2,6	-0,2	-1,2	-2,7	-6,5	0,2	-0,8
Luxemburg	0,8	2,4	2,4	-1,0	-1,6	0,5	-4,3	4,9
Malta	x	x	x	x	x	x	x	x
Niederlande	-1,1	1,2	2,9	9,2	9,4	10,6	5,3	3,7
<b>Österreich</b>	4,2	7,7	2,7	2,9	2,2	4,6	5,9	..
Portugal	0,3	2,7	1,9	4,5	-2,1	-1,2	-1,5	0,6
Slowenien	4,0	6,6	6,6	8,3	2,2	-0,2	0,6	7,5
Finnland	0,3	9,8	4,4	4,8	10,5	2,6	2,1	4,4
<b>Euroraum</b>	1,3	4,0	3,5	4,4	3,2	1,8	3,3	3,1
Dänemark	1,8	3,5	0,4	3,0	-1,2	-1,6	-2,0	2,1
Schweden	2,4	3,5	4,0	0,6	3,5	1,4	2,0	1,8
Vereinigtes Königreich	-1,3	0,2	0,0	1,5	0,0	0,0	0,1	1,7
Bulgarien	6,8	5,9	8,4	17,3	13,2	6,3	8,4	11,5
Tschechische Republik	6,6	11,4	8,1	6,6	4,9	4,7	9,3	10,7
Estland	11,1	7,5	5,9	5,9	4,5	-2,1	4,2	2,6
Lettland	5,9	5,6	0,4	-3,3	0,2	-6,7	0,0	0,6
Litauen	7,1	7,3	4,0	6,7	3,6	7,2	6,5	11,1
Ungarn	7,2	10,6	8,3	3,0	2,6	2,0	4,0	..
Polen	4,6	12,2	9,4	8,9	8,3	5,1	10,7	12,3
Rumänien	2,4	7,7	4,9	3,6	3,9	-0,1	5,6	..
Slowakische Republik	3,4	10,0	12,8	17,3	13,2	6,3	8,4	11,5
<b>EU27</b>	1,2	3,9	3,3	4,1	2,9	1,7	3,1	..
Kroatien	5,4	4,6	5,6	5,4	2,5	1,4	6,7	4,6
Türkei	5,7	5,8	4,4	7,3	8,5	-0,9	11,9	8,0
USA	3,3	3,9	4,6	1,6	2,4	1,9	2,8	..
Japan	1,2	4,6	7,8	4,6	3,0	0,8	2,7	..
Schweiz	2,7	7,8	..	..	..	..	..	..
Russland	3,9	4,7	6,4	6,1	3,6	6,6	3,7	..
Brasilien	3,4	2,9	5,9	10,1	6,9	6,0	7,8	6,5
China	x	x	x	x	x	x	x	x
Indien	7,9	10,6	9,8	12,2	4,9	7,7	5,8	8,6

Quelle: Eurostat, OECD, WIIW, Thomson Financial.

1) nicht saisonal, jedoch arbeitstägig bereinigt; Schweiz saisonal bereinigt, Russland, Brasilien, Indien nicht bereinigt.



## Arbeitslosenquoten<sup>1)</sup>

Land	2005	2006	2007	Okt.07	Nov.07	Dez.07	Jän.08	Feb.08
	in % gemäß ILO-Definition							
Belgien	8,4	8,2	7,5	7,1	7,1	7,0	7,0	6,9
Zypern	5,2	4,6	3,9	3,8	3,8	3,8	3,7	3,6
Deutschland	10,7	9,8	8,4	8,1	8,0	7,8	7,6	7,4
Irland	4,3	4,4	4,5	4,3	4,4	4,6	4,7	4,9
Griechenland	9,8	8,9	8,2	7,9	7,9	7,9	..	..
Spanien	9,2	8,5	8,3	8,5	8,6	8,7	8,8	9,0
Frankreich	9,2	9,2	8,3	8,0	7,9	7,9	7,8	7,8
Italien	7,7	6,8	6,1	6,1	6,1	6,1	..	..
Luxemburg	4,5	4,7	5,3	4,7	4,7	4,6	4,6	4,7
Malta	7,3	7,3	6,3	6,3	6,1	5,8	5,8	5,8
Niederlande	4,7	3,9	3,2	2,9	2,9	2,8	2,8	2,7
<b>Österreich</b>	5,2	4,7	4,4	4,3	4,3	4,2	4,1	4,1
Portugal	7,6	7,7	8,0	7,7	7,6	7,6	7,5	7,5
Slowenien	6,5	6,0	4,7	4,6	4,5	4,5	4,5	4,4
Finnland	8,4	7,7	6,9	6,7	6,6	6,5	6,4	6,2
<b>Euroraum</b>	8,9	8,3	7,4	7,3	7,2	7,2	7,1	7,1
Dänemark	4,8	3,9	3,7	3,3	3,2	3,1	..	..
Schweden	7,4	7,1	6,1	x	x	x	x	x
Vereinigtes Königreich	4,8	5,3	5,3	5,1	5,0	5,0	..	..
Bulgarien	10,1	8,9	6,9	6,3	6,0	5,9	6,1	6,0
Tschechische Republik	7,9	7,1	5,3	5,0	4,8	4,7	4,7	4,6
Estland	7,9	5,9	5,0	5,1	5,2	5,3	5,6	5,3
Lettland	8,9	6,9	5,9	5,5	5,4	5,2	5,0	5,3
Litauen	8,2	5,6	4,3	4,0	4,0	4,1	4,5	4,5
Ungarn	7,2	7,4	7,3	7,3	7,3	7,2	7,2	7,6
Polen	17,7	13,8	9,6	8,7	8,4	8,4	8,6	8,0
Rumänien	7,1	7,3	6,4	6,2	6,2	6,2	..	..
Slowakische Republik	16,2	13,3	11,3	11,2	11,0	10,7	10,4	9,9
<b>EU27</b>	8,9	8,2	7,1	6,9	6,9	6,8	6,8	6,7
Kroatien <sup>2)</sup>	17,9	16,9	15,1	14,3	14,5	14,7	15,1	14,9
Türkei <sup>3)</sup>	10,2	9,9	9,5	x	x	x	x	x
USA	5,1	4,6	4,6	4,8	4,7	5,0	4,9	4,8
Japan	4,4	4,1	3,9	4,0	3,8	3,8	3,8	3,9
Schweiz	3,8	3,3	2,8	2,6	2,6	2,6	2,5	..
Russland	7,6	7,2	6,1	5,8	5,9	5,7	5,8	..
Brasilien	9,8	10,0	9,3	8,7	8,2	7,4	8,0	8,7
China	4,2	4,1	4,0	x	x	x	x	x
Indien <sup>4)</sup>	x	x	x	x	x	x	x	x

Quelle: Eurostat, WIIW, Türkische Zentralbank, Thomson Financial.

1) EU27: saisonal bereinigte Arbeitslosenquoten.

2) Arbeitslosenquote auf Basis Registrierung.

3) Unterjährig: Quartalsdaten.

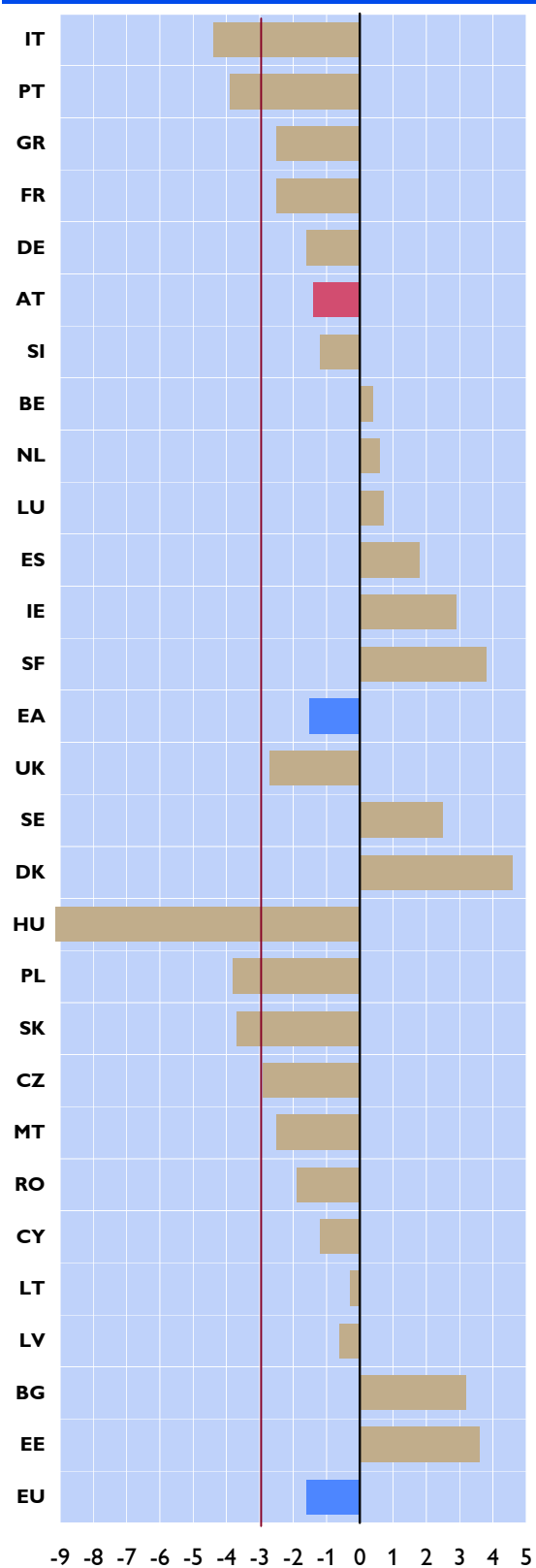
4) Keine Werte vorhanden.

## Fiskaldaten und Leistungsbilanz

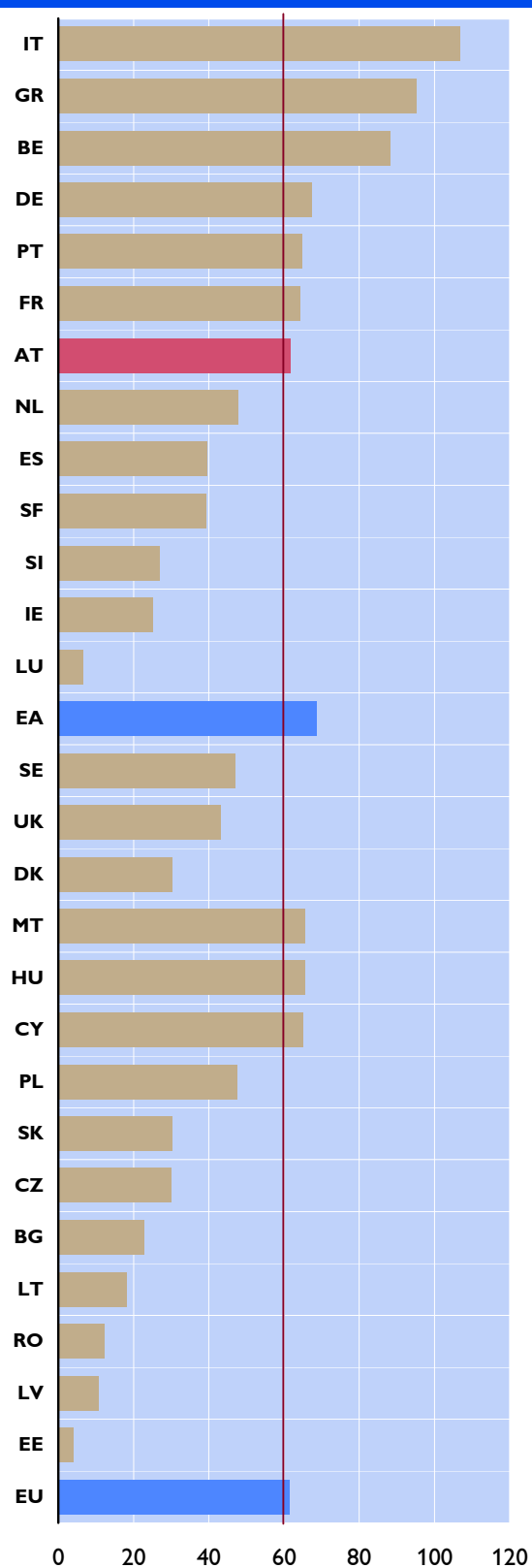
Land	Budgetsalden			Staatsschulden			Leistungsbilanz		
	2004	2005	2006	2004	2005	2006	2004	2005	2006
	in % des BIP			in % des BIP			in % des BIP		
Belgien	0,0	-2,3	0,4	94,2	92,2	88,2	3,8	3,0	3,3
Deutschland	-3,8	-3,4	-1,6	65,6	67,8	67,5	4,5	4,7	5,2
Irland	1,3	1,2	2,9	29,5	27,4	25,1	-0,3	-3,5	-4,2
Griechenland	-7,3	-5,1	-2,5	98,6	98,0	95,3	-9,3	-9,0	-11,1
Spanien	-0,3	1,0	1,8	46,2	43,0	39,7	-5,9	-7,5	-8,8
Frankreich	-3,6	-2,9	-2,5	64,9	66,7	64,2	-0,6	-1,7	-2,2
Italien	-3,5	-4,2	-4,4	103,8	106,2	106,8	-0,5	-1,2	-2,0
Luxemburg	-1,2	-0,1	0,7	6,4	6,2	6,6	11,6	10,9	10,3
Niederlande	-1,7	-0,3	0,6	52,4	52,3	47,9	8,6	7,1	7,7
Österreich	-1,2	-1,6	-1,4	63,8	63,4	61,7	2,4	3,0	3,5
Portugal	-3,4	-6,1	-3,9	58,3	63,7	64,8	-7,9	-9,6	-9,9
Finnland	2,3	2,7	3,8	44,1	41,4	39,2	7,7	4,9	4,7
Slowenien	-2,3	-1,5	-1,2	27,6	27,4	27,1	-2,6	-2,0	-2,8
<b>Eurozone</b>	-2,8	-2,5	-1,5	69,7	70,5	68,8	1,0	0,2	-0,1
Dänemark	1,9	4,6	4,6	44,0	36,3	30,3	3,1	3,6	2,4
Schweden	0,8	2,4	2,5	52,4	52,2	47,0	6,5	5,9	7,0
Vereinigtes Königreich	-3,4	-3,3	-2,7	40,4	42,1	43,2	-1,6	-2,5	-3,2
Tschechische Republik	-3,0	-3,5	-2,9	30,4	30,2	30,1	-5,3	-1,6	-3,1
Estland	1,8	1,9	3,6	5,1	4,4	4,0	-12,3	-10,0	-15,5
Zypern	-4,1	-2,4	-1,2	70,3	69,1	65,0	-5,0	-5,6	-5,9
Lettland	-1,0	-0,4	-0,3	14,8	12,1	10,7	-13,0	-12,5	-21,1
Litauen	-1,5	-0,5	-0,6	19,5	18,6	18,2	-7,7	-7,2	-10,8
Ungarn	-6,5	-7,8	-9,2	59,4	61,6	65,6	-8,4	-6,8	-6,5
Malta	-4,9	-3,1	-2,5	71,6	71,7	65,7	-6,3	-8,0	-6,1
Polen	-5,7	-4,3	-3,8	45,7	47,1	47,7	-4,2	-1,6	-3,2
Slowakische Republik	-2,4	-2,8	-3,7	41,4	34,2	30,4	-7,8	-8,4	-7,0
<b>EU27</b>	-2,8	-2,4	-1,6	62,1	62,7	61,4	0,4	-0,3	-0,7
Bulgarien	2,3	2,0	3,2	37,9	29,2	22,8	-6,6	-12,0	-15,7
Rumänien	-1,5	-1,4	-1,9	18,8	15,8	12,4	-8,4	-8,6	-10,4
Kroatien	-4,1	-3,8	-2,2	43,2	43,7	40,7	-5,1	-6,4	-7,7
Türkei	-5,8	-0,3	0,4	76,9	69,6	60,7	-5,1	-6,2	-8,3
USA	-4,6	-3,7	-2,3	61,8	62,2	61,5	-5,4	-5,9	-6,1
Japan	-6,2	-6,4	-2,4	167,1	177,3	179,3	3,7	3,6	4,0
Schweiz	-1,1	0,4	1,1	58,5	59,6	59,1	11,5	14,0	17,5
Russland	4,9	8,2	8,4	21,7	14,9	9,0	9,9	11,0	9,8
Brasilien	-5,1	-3,0	-3,0	x	x	x	1,8	1,6	1,2
China	0,0	0,2	1,0	x	x	x	3,6	7,2	9,4
Indien	-7,7	-7,7	-6,7	x	x	x	0,1	-1,0	-1,1

Quelle: Europäische Kommission, IWF, OECD, Russisches Finanzministerium, Nationale Zentralbanken.

## Budgetsalden in % d. BIP, 2006



## Staatsschulden in % d. BIP, 2006



Quelle: Europäische Kommission.